



# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

## Flüchtlingsdebatte:

### Zuzug schneller begrenzen

**Bayerisches Kabinett: Nulltoleranz bei Übergriffen - konsequente Strafverfolgung**

**Innenminister Joachim Herrmann und Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback berichteten dem Kabinett über Folgerungen aus den Geschehnissen in der Silvesternacht in Köln. Zusätzlich wurde über Mittel zur Beschleunigung des Asylverfahrens und zur Zuzugsbegrenzung gesprochen. Desweiteren wurden von Sozialministerin Emilia Müller Gestaltungsspielräume für die angemessene Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zur Entlastung von Kommunen aufgezeigt.**

Herrmann sieht Bayerns Polizei gut gerüstet. Sein Fazit: „2016 haben wir nochmals 1.000 zu zusätzliche Stellen geschaffen. Damit haben wir insgesamt 41.370 Stellen und den bislang höchsten Personalstand bei der Bayerischen Polizei erreicht. Während andere Länder abbauen, bauen wir Polizeikräfte auf.“

#### Polizeipräsenz

Herrmann setzt weiter auf Nulltoleranz gegenüber Straftätern, egal ob Ausländer oder Deutsche: „Die Bayerische Polizei wird konsequent einschreiten, wenn es sein muss, und keine rechtsfreien Räume dulden.“ Die Bayerische Polizei treffe alle erforderlichen Maßnahmen, um Bürgerinnen und Bürger vor solchen Attacken wie in Köln zu schützen. Sie bewerte aktuell und fortlaufend die Kriminalitäts- und Gefährdungslage. Herrmann: „Die Erkenntnisse aus den Vorfällen in Köln werden wir jeweils in die Konzeption eines Einsatzes einbeziehen und die Präsenz der Polizeikräfte daraufhin anpassen, vor allem in den kommenden Faschingstagen.“

Der Innenminister setzt außerdem auf den weiteren Ausbau der polizeilichen Videoüberwachung im öffentlichen Raum, insbesondere auch im Öffentlichen Personennahverkehr und auf den Bahnhöfen. „Auch spezielle Kameras an den Polizeiformen, sogenannte Bodycams, können

dazu beitragen, das Einsatzgeschehen besser zu dokumentieren und Gewalttaten einzudämmen“, so Herrmann. Pilotprojekte dazu sind derzeit in Vorbereitung für die Städte München, Rosenheim und Augsburg.

#### Schutz von Frauen

Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback ergänzte: „Die Angriffe auf Frauen in der Silvesternacht vor allem in Köln, aber etwa auch in Hamburg sind widerwärtig und unerträglich. Wir müssen alles dafür tun, dass in unserem Land keine rechtsfreien Räume entstehen. Die bayerischen Strafverfolgungsbehörden

#### DSTGB-Bilanz und Ausblick:

## Staatsumbau jetzt!

**Die weiter anhaltenden Flüchtlingsströme stellen Deutschland, aber auch Europa, vor Herausforderungen mit historischem Ausmaß. Die deutsche Politik wird von dieser Frage wie auch von dem Thema innere Sicherheit in den nächsten Jahren beherrscht werden. Laut Deutschem Städte- und Gemeindebund „ist unsere Staatsstruktur in der Verwaltung, in den Sozialsystemen, im Asylrecht und in der Finanzstruktur auf eine solche Situation nicht ausgerichtet. Notwendig sind grundlegende Reformen, um den Prozess zu gestalten und unseren Wohlstand zu sichern. Wir werden auch viele Standards, an die wir uns gewöhnt haben, reduzieren und ausgetretene Pfade verlassen müssen.“**

Bei der Jahrespressekonferenz des DSTGB in Berlin sprach sich Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg für eine finanzielle Planungssicherheit der Städte und Gemeinden aus. Er forderte die Bundesregierung auf, die Investitionskraft der Kommunen weiter zu stärken und die zugesagten finanziellen Entlastungen umzusetzen. Dabei müsse sichergestellt werden, dass das Geld tatsächlich bei den Kommunen ankommt. „Ohne diese Entlastungen wird der Investitionsrückstand der Städte und Gemeinden weiter anwachsen und die Funktionsfähigkeit vieler Einrichtungen gefährdet“, machte Landsberg deutlich. Die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen müsse nun erfolgreich abgeschlossen werden.

Seit Jahren entwickeln sich die

und Gerichte setzen Recht und Gesetz tagtäglich effektiv und konsequent durch: Bayern belegt im bundesweiten Vergleich bei den Verfahrensdauern seit Jahren Spitzenpositionen. Dort wo die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, wird zur Sicherung des Strafverfahrens Untersuchungshaft angeordnet und vollzogen.“

Gleichzeitig zeigten die aktuellen Ereignisse auch deutlich, dass der Schutz von Frauen gegen sexuelle Übergriffe überprüft werden müsse. „Das Strafrecht darf hier keine Schutzlücken aufweisen“, so Bausback.

#### Rechtsstaat

Auch das in den Medien berichtete teilweise inakzeptable Verhalten einzelner Beteiligten gegenüber Polizeibeamten in der Silvesternacht in Köln gebe Anlass, über Verschärfungen des Strafrechts nachzudenken: „Es ist völlig klar: Wir müssen unsere Polizei- und Einsatzkräfte bestmöglich vor Übergriffen schützen! Sie stehen jeden Tag ein für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger und riskieren dabei nicht selten Leib und Leben. Solche Übergriffe richten sich nicht nur gegen die Person, sondern auch gegen unseren Rechtsstaat. Sie sind aufs schärfste zu missbilligen“, so Bausback weiter. Unabhängig davon gelte in Bayern aber von jeher: „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie andere Repräsentanten des Staates wird konsequent strafrechtlich verfolgt und

(Fortsetzung auf Seite 4)

## Bayerische Krankenhausgesellschaft:

### Chancen der Krankenhausreform nutzen

Mitgliederversammlung in München

**Die Krankenhausreform, die Anfang dieses Jahres in Kraft trat, stand im Mittelpunkt der BKG-Jahresversammlung in München, zu der rund 200 Vertreter aus Kliniken und dem gesamten Gesundheitswesen Bayerns zusammenkamen. Der Vorsitzende, Forchheims Oberbürgermeister Franz Stumpf, zog ein verhalten positives Fazit der über ein Jahr lang kontrovers diskutierten Reform.**

Laut Stumpf „kann die Reform ein Erfolg werden, wenn alle Beteiligten ihre Energie für Patientenorientierung und die Weiterentwicklung der Versorgung anstelle von Egoismen und Missgunst einsetzen“. Der Gesetzentwurf sei in vielen Punkten geändert worden und in der jetzt verabschiedeten Form kein Kürzungsgesetz mehr. Die 500 Mio. Euro Versorgungszuschlag bleiben erhalten, neue geplante Absenkungsmechanismen beim Landesbasisfallwert wurden gestrichen und der Fixkostendegressionsabschlag wurde entschärft.

#### Kürzungen abgewendet

„Dies alles sind aber keine Mittel, die den Krankenhäusern nun neu zufließen. Es wurde lediglich verhindert, dass uns zusätzliche Kürzungen aufgebürdet werden,

und man gibt den mit dem Rücken an der Wand stehenden Krankenhäusern wieder etwas mehr Luft zum Atmen“, betonte Stumpf.



Franz Stumpf.

Darüber hinaus seien auch Verbesserungen vorgesehen. Die Mengendegression beim Landesbasisfallwert sei (endlich) gestrichen, es gebe eine Tarifraterhöhung zum Ausgleich von tariflichen Lohnsteigerungen und es werden Zuschläge, zum Beispiel für die Vorhaltung von Notfallversorgungsstrukturen, sowie ein Pflegestellenförderprogramm eingeführt. Grundsätzlich würden sich damit die finanziellen Rahmenbedingungen der Krankenhäuser verbessern, stellte der BKG-Vorsitzende fest, wies aber auch darauf hin, dass das KHSG „kein üppiges Füllhorn über den Kliniken“ ausschütete.

Ohnehin sei es für ein endgültiges Urteil noch zu früh, weil wesentliche Teile des Gesetzes von den Krankenhaus- und Krankenkassen-Spitzenverbänden ausgehandelt werden müssten. Dafür ist laut Stumpf mehr Gemeinsamkeit erforderlich. Mit Blick auf die großen aktuellen Probleme wie Terror, Flüchtlingsströme und zunehmender Polarisierung in der Gesellschaft schlug er einen großen Bogen und mahnte: „Wir sollten uns fragen, ob kleinkarier-

tes Gezänk und Spiegelfechtereien angebracht sind.“

Scharf kritisierte er in diesem Zusammenhang die Äußerungen der Kassennärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) zu den Regeln zur ambulanten Notfallversorgung in der Krankenhausreform. Der Vorwurf der KVB, die niedergelassenen Ärzte müssten künftig die Krankenhäuser subventionieren, habe nichts mit der Realität zu tun. „Wenn man die Vergütung nach dem Schweregrad der Fälle differenzieren will“, sei das ein überfälliger Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit.

#### Portalpraxen

Stumpf: „Bereitschaftsdienstpraxen oder auch Portalpraxen an den Krankenhäusern - für mich ist zwischen beiden kein Unterschied erkennbar - unterstützen wir. Sie sind patientenfreundlich nach dem Motto: eindeutige zentrale Anlaufstelle und Versorgung aus einer Hand. Aber solche Projekte müssen auch in einem partnerschaftlichen Sinne umgesetzt werden, das heißt, die niedergelassenen Ärzte müssen diese Praxen auch besetzen. Je geringer deren Einsatz ist, desto mehr wird

(Fortsetzung auf Seite 4)



**Der Bürgermeister ist ein Mann der klaren Worte und entschiedenen Handlungen. Dies gilt sowohl für seine Essgewohnheiten, als auch für seinen politischen Kurs, was in Zeiten wie diesen beileibe nicht einfach ist. Nicht immer steckt garantiert das drin, was außen drauf steht. S. 15**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Deutscher Städtetag: Integration neu ausrichten	Seite 2
Wohnungspakt Bayern: Wohnraumförderung verbessert	2
<b>GZ-Kolumne Stefan Rößle: Sicherheit und Werteverständnis</b>	<b>3</b>
Naturschutzfonds: Bayerns natürliche Vielfalt erhalten	3
<b>GZ-Fachthemen: Kommunale Infrastruktur</b>	<b>5-6</b>
<b>Kommunale Energiethemen</b>	<b>7-10</b>
<b>Abfall</b>	<b>11</b>
<b>Kommunalfahrzeuge · GaLaBau</b>	<b>12-13</b>
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Deutscher Städtetag und Landkreistag:

## Integration neu ausrichten

Vierorts sind die Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge erschöpft und die Grenzen der Leistungsfähigkeit erreicht. Deswegen fordert der Deutsche Städtetag in einem aktuellen Positionspapier, die Zuwanderung zu steuern und zu reduzieren, Kommunen nicht zu überfordern und die Integration neu auszurichten.

Im Positionspapier wird festgehalten: „Die Kapazitäten zur Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen stoßen vielerorts an ihre Grenzen. Eine weitere Zuwanderung wird nur zu bewältigen sein, wenn sie unter besonderer Berücksichtigung des Familiennachzugs wirkungsvoller gesteuert und reduziert wird.“

### Außengrenzen schützen

Die Außengrenzen der Europäischen Union müssen nach Auffassung des Kommunalverbandes besser geschützt werden. Hierzu und zum Aufbau europäischer Erstaufnahmeeinrichtungen („Hotspots“) hätten die Mitgliedsstaaten das erforderliche Personal bereitzustellen. Die Mitgliedsstaaten der EU blieben dringend aufgefordert, einen neuen Rechtsrahmen und einen Konsens über eine gerechte Verteilung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in der EU zu finden. In den Augen der deutschen Städte ist dies ein entscheidender Prüfstein für den solidarischen Zusammenhalt in der Europäischen Union.

### Registrierung

„Bereits an den Außengrenzen der EU ist für eine wirkungsvolle Registrierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu sorgen. Es darf nicht länger zugelassen werden, dass sich Hunderttausende von Flüchtlingen unregistriert in Europa aufhalten. Die Asylbewerber insbesondere von Menschen aus sicheren Herkunftsländern wie den Westbalkanstaaten sollten wie von der Regierungskoalition beabsichtigt in besonderen Aufnahmeeinrichtungen in einem beschleunigten Verfahren geprüft und entschieden werden. Erforderliche Rückführungen müssen erheblich wirkungsvoller durchgeführt werden als in der Vergangenheit. Bund und Wirtschaft sind gefordert, möglichen Asylbewerbern insbesondere aus den Westbalkanstaaten den Weg über legale Zuwanderung zur Aufnahme einer Beschäftigung

zu ermöglichen“, heißt es weiter.

Nachdem der bisherige Ausbau der Entscheider-Kapazitäten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nur schleppend verlief, bleibe die Bundesregierung aufgefordert, hier rasch und umfassend für Abhilfe zu sorgen. Die Entscheider-Kapazitäten des BAMF blieben Dreh- und Angelpunkt für die dringend gebotene Beschleunigung der Asylverfahren.

Asylbewerber müssten solange in Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben, bis ihr Bleiberechtsstatus geklärt ist. Die erforderlichen Kapazitäten in Erstaufnahmeeinrichtungen seien dringend weiter auszubauen. Das Angebot des Bundes, hierzu Bundeseinrichtungen zur Verfügung zu stellen, sei zu begrüßen. Die Länder blieben aufgefordert, unter Berücksichtigung der Aufnahmekapazität der aufnehmenden Städte den Ausbau eigener Kapazitäten energisch fortzusetzen.

### Flüchtlingsausweis zur Verfahrensvereinfachung

Der vorgesehene Flüchtlingsausweis wird nach Einschätzung des Deutschen Städtetages erheblich zur Verfahrensvereinfachung beitragen und ist einschließlich der erforderlichen Dateninfrastruktur rasch einzuführen.

Die Länder bleiben laut Städtetag aufgefordert, die vom Bund im Rahmen des Asylpakets 1 bewilligte Unterstützung in Höhe einer Pro-Kopf-Pauschale von zunächst 670 Euro aufgabenbezogen an die Kommunen weiterzugeben. Eine Verrechnung mit den bisher von den Ländern geleisteten Refinanzierungsmitteln dürfe nur insoweit erfolgen, als eine vollständige Kostenerstattung gesichert bleibt.

Die Städte erwarten einen hohen Anstieg bei den Ausgaben für die Kosten der Unterkunft im SGB II. Der Bund wird aufgefordert, den flüchtlingsbedingten Anstieg der Kosten der Unterkunft im SGB II vollständig zu übernehmen.

Die Aufwendungen von Bund

und Ländern für Maßnahmen der Integration müssten erheblich ausgeweitet werden, um schon rein quantitativ den steigenden Bedürfnissen nach Integrationsleistungen gerecht zu werden. „Dies betrifft die Ausweitung des Angebots an Sprach- und Integrationskursen, der Förderung von Kindern und Jugendlichen in Kindertagesbetreuung und Schulen, die Nachholung von Ausbildungsabschlüssen und der Weiterbildung. Hinzu kommen die erforderlichen Maßnahmen zur Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und zur Mobilisierung eines ausreichenden Angebots an Wohnraum. Integrationsangebote sollten grundsätzlich verpflichtend ausgestaltet werden. Insgesamt werden Bund und Länder aufgefordert, die Kommunen finanziell in die Lage zu versetzen, die notwendigen Integrationsleistungen zu erbringen.“

### Arbeitsmarktinstrumente

Eine weitere Forderung des Städtetags: „Die Jobcenter müssen finanziell in die Lage versetzt werden, die große Zahl von Flüchtlingen, die ins SGB II-System kommen werden, in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Neben der finanziellen Ausstattung bedarf es darüber hinaus spezifischer Arbeitsmarktinstrumente.“

Insgesamt schlägt der Deutsche Städtetag eine „Gemeinschaftsinitiative Integration“ vor, die eine Mehr-Ebenen-Strategie entwickelt und realisiert, so dass die Handlungsebenen von Bund, Ländern und Kommunen kooperativ verbunden werden.

Auch der Deutsche Landkreistag hat sich für eine deutliche Intensivierung der begrenzenden Maßnahmen bei der Zuwanderung von Flüchtlingen ausgesprochen. Nach der Sitzung des Präsidiums im Landkreis Greiz forderte Präsident Landrat Reinhard Sager, den Zuzug nach Deutschland spätestens bis zum Frühjahr wirksam zu reduzieren. „Wir fordern Bundestag und Bundesrat auf, das im Dezember vorgelegte zweite Asylpaket zügig zu verabschieden. Trotz der in den letzten Wochen zurückgegangenen Flüchtlingszahlen brauchen die Verantwortlichen vor Ort dringend Klarheit über die zukünftige Entwicklung. Dazu ist auch zwingend anzuerkennen, dass unsere Kräfte und Kapazitäten begrenzt sind!“

### Zuzugsbegrenzung

Der Deutsche Landkreistag bekräftigte damit seine Forderung, zuzugsbegrenzende Maßnahmen zu intensivieren. „Nur wenn deutlich weniger Flüchtlinge als bisher in Deutschland aufgenommen werden, kann die Unterbringung, Betreuung und Integration der Asylbewerber und Flüchtlinge überhaupt gewährleistet werden“, betonte Sager. Notwendig sei in diesem Zusammenhang auch eine spürbare Begrenzung des Familiennachzugs insbesondere bei solchen Ausländern, denen ein so bezeichneter subsidiärer Schutzstatus gewährt werde.

### Registrierzentren für schnelle Asylverfahren

Der Deutsche Landkreistag unterstützt zudem die Einführung besonderer Registrierzentren für die Durchführung eines beschleunigten Asylverfahrens. „Eine Verfahrensbeschleunigung würde nicht zuletzt für Staatsangehörige sicherer Herkunftsländer – die 2015 insgesamt immer noch mehr als ein Viertel aller Asylantragsteller ausgemacht haben – dazu führen, dass über den Status der Antragsteller in Deutschland schnell Klarheit herrscht“, erklärte der DLT-Präsident. In der Regel bedeute das für diesen Personenkreis ablehnende Bescheide mit der Folge, dass eine Ausreisepflicht besteht, die gegebenenfalls auch zwangsweise durch Abschiebungen umzusetzen sei.

Wohnungspakt Bayern:

## Verbesserung der Wohnraumförderung

Mehr Wohngeld für Bürger

Im Rahmen des „Wohnungspakt Bayern“ ist am 1. Januar das kommunale Wohnraumförderprogramm des Freistaats in Kraft getreten. Mit diesem Vier-Jahres-Programm stehen 600 Millionen Euro zur Unterstützung bayerischer Gemeinden bei der Schaffung von Wohnraum für sozial schwache Haushalte zur Verfügung. Zusätzlich wird die allgemeine Wohnraumförderung von 292,5 auf mehr als 400 Millionen Euro aufgestockt. Darüber hinaus ergeben sich in 2016 für Mieterinnen und Mieter sowie für Wohnungsbauherren wichtige Neuerungen, wie z.B. die Anhebung des Wohngelds bzw. die stärkere Bezuschussung von Neubauten.

Der zuständige Innen- und Bauminister Joachim Herrmann begrüßte ausdrücklich die Reform des Wohngeldrechts. Gerade Familien und Rentner profitieren von den längst überfälligen Leistungsverbesserungen. Dies sei ein wichtiger Schritt zur wirkungsvollen Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei den Wohnkosten. Dafür seien laut Herrmann die Miethöchstbeträge in Regionen mit stark ansteigen-

den Mieten überdurchschnittlich angehoben worden.

### Modernisierungsförderung

Außerdem erhielten Wohngeldempfänger deutlich höhere Zuschüsse. Für Investoren gebe es beim Neubau von Mietwohnungen jetzt einheitlich einen ergänzenden Zuschuss von bis zu 300 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Des Weiteren werde die

Modernisierung von Mietwohnungen mit bis zu 100 Euro je Quadratmeter gefördert.

### Private Investoren

Darüber hinaus forderte der Bauminister mehr frei finanzierten Wohnungsbau und hierzu das Engagement privater Investoren. Dafür müsse der Bund jetzt zusätzliche steuerliche Anreize schaffen. Ganz wichtig sei auch die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für Wohnungsneubauten. Ein erster Schritt sei hier die Sonderabschreibung zur Förderung von preiswertem Wohnungsbau. Es müsse alsbald mit den Ländern verhandelt werden, in welchen Gemeinden die Sonderabschreibung gelten soll, erklärte Herrmann abschließend. **rm**

Bayerischer Landkreistag:

## Flüchtlingshilfe der Bundeswehr muss weitergehen

„Berlin kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen“

Landkreistagspräsident Christian Bernreiter wies die Ankündigung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die Amtshilfe der Bundeswehr bei der Flüchtlingshilfe im Sommer zu beenden, entschieden zurück. Vor allem die Aussage, die Bundeswehr helfe hier bei einer Aufgabe der Länder und Kommunen, kritisierte Bernreiter scharf. „Tatsache ist, dass die Bundesregierung alle geltenden Regeln an der Grenze faktisch außer Kraft gesetzt hat. Es ist definitiv nicht Aufgabe der Kommunen, Flüchtlinge an der Grenze aufzunehmen und zu registrieren! Diesen Ball nehmen wir auf keinen Fall auf!“

Statt von Seiten des Bundes Termine für einen Rückzug aus der Flüchtlingshilfe zu nennen, ist zuallererst die Rückkehr zum Normalbetrieb und damit die drastische Reduzierung der Zugangszahlen erforderlich! Tägliche Ankunftsahlen von 2.500 Flüchtlingen und mehr sind keinesfalls dauerhaft akzeptabel. „Sie würden mehr als 900.000 Flüchtlinge im Jahr 2016 bedeuten! Dies ist nicht zu schultern und es ist auf keinen Fall der Normalbetrieb!“, sagte Bernreiter.

Die bayerischen Landratsämter sind weiterhin extremst gefordert bei der Unterbringung der Flüchtlinge sowie bei der Inobhutnahme und Betreuung der unbegleiteten Minderjährigen. Die dafür notwendigen Arbeiten liegen nach wie vor weit über der Belastungsgrenze aller Beteiligten. Die Schaffung neuer Quartiere in der Anschlussunterbringung ist kaum mehr möglich. Die immer weiter schwindende Akzeptanz in der Bevölkerung muss überall zur Kenntnis genommen werden.

### Hotspots erforderlich

„Berlin kann sich nicht einfach aus der Verantwortung stehlen“, so der Landkreistagspräsident. „Es ist höchste Zeit, endlich eine drastische Reduzierung der täglichen Zugangszahlen durchzusetzen. Die dazu beabsichtigten Schritte, wie etwa die Sicherung der EU-Außengrenzen, der funktionierende Betrieb der Hotspots und die Rückführung nicht-beberechtigter Asylbewerber müssen konsequent umgesetzt werden“, so Bernreiter. „Stellen Sie sich vor, wir Landkreise ziehen für uns eine Linie und verkünden: ‚Wir beenden unsere Mitarbeit bei der Bewältigung der nicht von uns zu verantwortenden Flüchtlingskrise! So kann der von mir schon lange geforderte Masterplan nicht aussehen“, sagte Bernreiter. **□**

## Landkreistag kritisiert Urteile zur Sozialhilfe für EU-Bürger

Der Deutsche Landkreistag hat die jüngsten Urteile des Bundessozialgerichts zum Sozialleistungsbezug von EU-Bürgern kritisiert. Zwar habe das Gericht den Leistungsausschluss für bestimmte Zuwanderer aus der EU in Bezug auf das SGB II (Hartz IV) bestätigt, dann allerdings auf die Sozialhilfe verwiesen.

Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke sagte: „Damit weicht das Gericht im Ergebnis vom Europäischen Gerichtshof ab, der den Leistungsausschluss bestätigt hat. Denn über die Sozialhilfe kommt es nun genau zu dem, was ausgeschlos-

sen werden soll, nämlich zu einem Sozialleistungsbezug. Nach ersten überschlägigen Berechnungen geht der Deutsche Landkreistag bei einer Gruppe von um die 130.000 betroffenen Personen von jährlichen Mehrkosten für die Landkreise und kreisfreien Städte in Höhe von um die 800 Mio. aus. Das ist kein Pappenstich!“

### Ungleichbehandlung

Das Bundessozialgericht hat jüngst entschieden, dass der Ausschluss arbeitsuchender Unionsbürger von Hartz IV-Leistungen auch für diejenigen Zuwanderer greift, die über kein Aufenthaltsrecht nach dem Freizügigkeitsgesetz oder dem Aufenthaltsgesetz verfügen. Allerdings seien in diesen Fällen Sozialhilfeleistungen zu erbringen. „Damit hebt das Gericht letztlich die Regelung des deutschen Sozialrechts aus, wonach u. a. Personen ohne Aufenthaltsrecht auch keine Soziallei-

stungen beanspruchen können. Diese richtige Wertung, die auf eine EU-Richtlinie zurückgeht und vom EuGH bestätigt worden ist, wird nun ad absurdum geführt“, so Henneke. Die EuGH-Richter hätten im September ausdrücklich klargestellt, dass eine damit verbundene Ungleichbehandlung von Unionsbürgern und Deutschen eine unvermeidliche Folge des Bestrebens sei, keine Belastung für die Sozialhilfesysteme der Mitgliedsstaaten herbeizuführen.

### Erhebliche finanzielle Auswirkungen

Für die Landkreise werde diese Rechtsprechung absehbar erhebliche finanzielle Auswirkungen haben. „Rechnet man die monatlichen Kosten für den Lebensunterhalt und die Kosten für Unterkunft und Heizung auf der Basis von angenommenen 130.000 Betroffenen auf das Jahr hoch, ergeben sich für die Landkreise und Städte zusätzliche Mehrausgaben in Höhe von 800 Mio. Für diese Kosten muss zügig eine Lösung gefunden werden“, sagte Henneke. **□**

### Wir gratulieren

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erich Nagel  
86453 Dasing  
am 21.1.

Bürgermeister Sebastian Winkler  
84494 Niedertaufkirchen  
am 21.1.

Landrat Wolfgang Berthaler  
83022 Rosenheim  
am 27.1.

Bürgermeister Friedrich Wörrlein  
91599 Dentlein a. Forst  
am 28.1.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister  
Jürgen Dupper  
94032 Passau  
am 22.1.

Bürgermeister Peter Bergmeir  
86465 Welden  
am 23.1.

Bürgermeisterin Thea Kohlroß  
97852 Schollbrunn  
am 26.1.

Landrat Thomas Bold  
97688 Bad Kissingen  
am 28.1.

Bürgermeister Konrad Carl  
86447 Todtenweis  
am 31.1.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Ruth  
83358 Seon-Seebruck  
am 1.2.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stephan Märkl  
82491 Grainau  
am 23.1.

Bürgermeister Udo Käsmann  
63924 Rüdenu  
am 29.1.

Bürgermeister Dieter Schröfl  
94371 Rattenberg  
am 30.1.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Heusinger  
97633 Sulzfeld  
am 3.2.

#### ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stephan Höß  
88167 Röthenbach i. Allgäu  
am 27.1.

### Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Veranstaltung von Hanns-Seidel-Stiftung und vbw:

## „Freiheit sichern - Verantwortung zeigen“

Themenkomplex „Marktwirtschaft und Ethik“ im Mittelpunkt

Die Hanns-Seidel-Stiftung und die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. setzen ihre Kooperationsveranstaltungen unter dem Titel „Freiheit sichern – Verantwortung zeigen“ fort. Dieses Jahr stand der Themenkomplex „Marktwirtschaft und Ethik“ im Mittelpunkt. Diskutiert wurde unter anderem über den moralischen Wert der Sozialen Marktwirtschaft und über die Frage, ob eine Rückbesinnung auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft notwendig ist.

„Die Soziale Marktwirtschaft hat einen hohen moralischen Wert: Markt und Wettbewerb ermöglichen Fortschritt und stiften damit gesellschaftlichen Nutzen. Die Soziale Marktwirtschaft honoriert die individuelle Leistungsbereitschaft und den unternehmerischen Mut, innovative Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln“, erklärte vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt. Zudem werde die individuelle Freiheit gesichert: „Sozialer Fort-

schrift wird sich auch in Schwellen- und Entwicklungsländern nur über marktwirtschaftlichen Wettbewerb und Wirtschaftswachstum realisieren lassen. Im Kontext der nachhaltigen Entwicklung wird die Marktwirtschaft ebenfalls zwingend gebraucht. Es muss dabei gelingen, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass nachhaltiges Handeln ohne Wettbewerbsnachteile möglich wird“, betonte Brossardt abschließend.

„Hanns Seidel, der Namensgeber unserer Stiftung, hat bereits in seiner Zeit als Wirtschaftsminister darauf Wert gelegt, dass es einer ethischen Komponente des Wirtschaftens bedürfe, und er hat das explizit zusätzlich zur sozialen Dimension der Marktwirtschaft verstanden“, erklärte Prof. Ursula Männle, Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, und fügt hinzu: „man kann darüber diskutieren, ob diese ethischen Positionen im Lauf der Zeit ausreichend Eingang gefunden haben in unser Wirtschaftssystem.“

Die vbw hat außerdem im Rahmen der Veranstaltung ihr neues Positionspapier „Wirtschaft und Werte“ vorgestellt, das im Internet unter [www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de) abrufbar ist. □

## Bayerns natürliche Vielfalt erhalten

Bayerischer Naturschutzfonds investiert 2,5 Millionen Euro

Bayerns kostbare Naturschätze für die Zukunft bewahren: Dazu trägt der Bayerische Naturschutzfonds, eine der ältesten und größten Naturschutzstiftungen Deutschlands, maßgeblich bei. Der Fonds hat in seiner aktuellen Sitzung die Förderung von zehn Projekten mit rund 2,5 Millionen Euro beschlossen.

Die Bayerische Umweltministerin und Vorsitzende des Naturschutzfonds Ulrike Scharf betonte nach der jüngsten Sitzung des Stiftungsrates: „Bayerns Naturreichtum ist einzigartig. Die faszinierenden Landschaften und Arten unserer Heimat zu erhalten, ist unser Auftrag und unser erklärtes Ziel. Dafür brauchen wir engagierte Partner und nachhaltige Projekte. Sicherung, Pflege und Neubeschaffung wertvoller Flächen sowie der Schutz bedrohter Arten wie der Schutz bedrohter Arten wie dem Naturschutzfonds am Herzen. Zusammen mit Verbänden, Vereinen, Kommunen und den vielen ehrenamtlichen Naturkennern vor Ort leistet die Stiftung einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung bayerischer Naturschutzpolitik.“

### Bachmuschel-Rettung

Neben vielen Projekten, die der Naturschutzfonds schon seit mehreren Jahren unterstützt und weiter entwickelt, hat er auch dieses Jahr wieder spannende neue Vorhaben auf den Weg gebracht: Im Landkreis Dillingen startet jetzt unter Federführung des Vereins Donautal-Aktiv e.V. eine Initiative zur Rettung der Bachmuschel im FFH-Gebiet „Nebel-, Kloster- und Brunnenbach“. Obwohl die Population der Bachmuschel dort bereits deutlich zurückgegangen ist, handelt es sich um 12.000 Exemplare noch immer um einen bayernweit bedeutsamen Bestand. Der Naturschutzfonds fördert das Biodiversitätsprojekt mit 346.000 Euro.

### Beweidungsprojekte in Augsburg

Ebenfalls neu ist das vom Landschaftspflegeverband der Stadt Augsburg initiierte Projekt „Weidestadt Augsburg“. Erweiterte Konzepte sollen die bereits bestehende und weithin bekannte Tradition der Beweidungsprojekte im Stadtgebiet Augsburg dauerhaft sichern. Dabei strebt der Landschaftspflegeverband vor allem eine enge Kooperation mit Landwirten, Gastronomen und Metzgern an. Knapp 300.000 Euro stellt der Bayerische Naturschutzfonds für Landschaftspflege, Vermarktung, Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit zur Ver-

fügung. Für ungenutzte Uferstrandstreifen und artenreichen Wiesen in der naturnahen Isenau setzt sich die Trägergemeinschaft Natur.Vielfalt.Isental ein. In dem Gebiet, das sich über die Landkreise Erding und Mühldorf erstreckt, gibt es überregional bedeutsame Niedermoore und zahlreiche bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Das Projekt leistet einen bayernweit wichtigen Beitrag zum Biodiversitätsprogramm 2030 und wird vom Naturschutzfonds mit 542.000 Euro unterstützt. In den Landkreisen Lindau und Kulmbach werden im Sinne der natürlichen Entwicklung von Wäldern Altbestände von Fichten, Tannen und Buchen gekauft. Hieran beteiligt sich der Naturschutzfonds mit insgesamt 270.000 Euro. Mit Zweckerträgen der Glücksspirale fördert der Naturschutzfonds außerdem bayernweit 41 Kleinprojekte der Natur- und Landschaftspflege in Höhe von 450.000 Euro.

Der Bayerische Naturschutzfonds gehört zu den drei größten Naturschutzstiftungen der Länder in Deutschland. Übernommen werden vom Fonds in der Regel zwischen 50 und 85 Prozent der Projektkosten; den Rest bringen die Träger auf.

### Die Förderprojekte 2016 auf einen Blick:

- Landkreis Dillingen: Donautal Aktiv e.V., Biodiversitätsprojekt „Bachmuschel“ (346.000 Euro);
- Stadt Augsburg: LPV Stadt Augsburg e.V., Weidestadt Augsburg (296.000 Euro);
- Landkreise Erding und Mühldorf: Trägergemeinschaft aus 5 Kommunen im Isental und der Wildland-Stiftung Bayern; „BNN-Projekt Natur.Vielfalt.Isental“ (542.000 Euro);
- Landkreis Kronach: Ökologische Bildungsstätte Oberfranken und Stiftung Lebensräume Mensch und Natur, BNN-Projekt „Beweidungskomplex Kreuzberg“ (304.000 Euro);
- Landkreis Lindau: Landkreis Lindau und LBV, Ankauf von zwei Tannen-Fichten-Altholzbeständen in Scheidegg und Schefau (2 Projekte, 175.000 Euro);
- Landkreis Kulmbach: Stiftung Lebensräume Mensch und Natur,

Ankauf Buchenmischwald, (98.000 Euro);

- Landkreis Cham: Bund Naturschutz, Erwerb Kiesweiher (71.000 Euro);
- Landkreise Eichstätt, Weißenburg-Gunzenhausen, Kelheim: Zweckverband Naturschutzgroßprojekt Altmühlleiten, Bundesnaturschutzgroßprojekt Altmühlleiten (Aufstockung) (195.000 Euro)
- Bayern: BN, LBV, DVL, Jahresprogramm Kleinmaßnahmen aus Zweckerträgen der Glücksspirale 2016 (450.000 Euro).

Weitere Informationen unter: [www.naturschutzfonds.bayern.de](http://www.naturschutzfonds.bayern.de) □

### Neue Hospiz- und Palliativgesetz:

## Versorgung in Bayern im Jahr 2015 weiter ausgebaut

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml will die Hospiz- und Palliativversorgung weiter verbessern. Durch das im Dezember 2015 in Kraft getretene neue Hospiz- und Palliativgesetz wird beispielsweise die Arbeit der ambulanten Hospizdienste an Krankenhäusern deutlich gestärkt.

Die Ministerin betonte jüngst in München: „Das neue Hospiz- und Palliativgesetz begrüße ich sehr. Es setzt viele Anliegen Bayerns um. So werden seit Inkrafttreten des Gesetzes ambulante Hospizdienste auch dann von den Krankenkassen gefördert, wenn Krankenhausträger die Dienste beauftragen - unabhängig davon, auf welcher Station der betroffene Patient liegt. Wir konnten zudem erreichen, dass ambulante Hospize frühzeitiger, nämlich ab der ersten Sterbebegleitung, durch die Krankenkassen gefördert werden.“

### Zuwendung und Fürsorge

Die Ministerin erläuterte: „Hospizdienste helfen mit ihrer Zuwendung und Fürsorge, wenn keine Heilung mehr möglich ist. Schwerstkranke und Sterbende schöpfen Kraft aus der Sterbebegleitung von ambulanten Hospizdiensten. Wichtig ist, dass alle Betroffenen und ihre Angehörigen die erforderliche Sterbebegleitung erfahren.“

2015 hat Bayern auch die stationäre Versorgung weiter voran gebracht. Insgesamt gibt es jetzt in Bayern 48 Palliativstationen sowie 48 palliativmedizinische Dienste. 2015 wurden zudem zwei weitere stationäre Hospize



**GZ** **Kolumne**  
**Stefan Rößle**

*Liebe Leserinnen und Leser,*

zu allererst möchte ich noch die Gelegenheit nutzen, Ihnen persönlich und im Namen der Kommunalpolitischen Vereinigung ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2016 zu wünschen. Jedes neue Jahr eröffnet immer wieder zusätzliche Chancen und Möglichkeiten, bringt aber in der Regel auch beständig neue Herausforderungen mit sich.

Im Zentrum der Aufgaben der meisten Kommunen bleibt sicherlich auch in den kommenden Monaten der Bereich Asyl, Zuwanderung und Integration. Hier haben gerade die Bayerischen Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden – gut unterstützt von der Bayerischen

**Sicherheit und Werteverständnis**

Staatsregierung – bislang eine herausragende Arbeit geleistet. Wo andernorts, wie beispielsweise in den Berliner Bezirken, eher Chaos vorgeherrsch hat, haben sich unsere Mandatsträger vor Ort gemeinsam mit den Verwaltungen und den vielen ehrenamtlichen Helfern als sturmstete Organisationsmanager präsentiert.

Aufgrund der aktuellen und wahrlich abschweulichen Ereignisse um die Jahreswende werden in diesem Jahr die beiden Themen Sicherheit und Werteverständnis noch stärker in den Fokus der öffentlichen Diskussion rücken.

Als KPV haben wir bereits vor Monaten ganz massiv und mit deutlichen Worten auf beide Aspekte hingewiesen. Damals wurden unsere Aussagen und Forderungen zwar von einem Großteil der Bevölkerung gutgeheißen, doch auch noch von so manchem „Sozialromantiker“, der noch immer von einer grenzenlosen Multikulti-Gesellschaft träumt, kritisch kommentiert.

Aber inzwischen dürfte im Zuge der Flüchtlingspolitik wohl allen klar sein, dass wir die Eigenschaften, die unser Land ausmachen, deutlicher denn je artikulieren und verteidigen müssen. Dazu zählen unsere Werte, unsere freiheitlich demokratische Gesellschaft und unser

christliches Menschenbild. Deshalb sehen wir es als zwingend notwendig an, dass dahingehend auch eine klare Aufforderung an die Adresse derjenigen Menschen geht, die als Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge oder Vertriebene in unser Land kommen und bleiben wollen. Wer bei uns Hilfe erwartet und auch bekommt, hat zu respektieren, wofür Deutschland unter anderem steht:

- Unantastbarkeit der Würde des Menschen
- Gleichberechtigung von Männern und Frauen
- Gewaltfreie Erziehung von Kindern
- Meinungsfreiheit
- Freie Gestaltung des Lebens
- Freier Zugang zu Bildung
- Freie und geheime Wahlen
- Keine Diskriminierung von Minderheiten
- Religionsfreiheit.

Gleichzeitig brauchen wir stets genügend Sicherheitspersonal - im Land und insbesondere an den Grenzen. Gerade in Bayern heißt es seit jeher „Sicherheit ist Lebensqualität“. Die bayerische Politik und unsere Polizei haben es sich seit Jahrzehnten höchst erfolgreich zur Aufgabe gemacht, diese Sicherheit zu gewährleisten. So soll es auch bleiben. Dazu ist es aber erforderlich, dass wir stets genau wissen, wer in unser Land kommt und wer sich bei uns aufhält. Dies ist auch erforderlich, um uns vor möglichen Terrorgefahren zu schützen. Hier sind vor allem Europa und natürlich der Bund gefragt. Ein einheitliches Registrierungsverfahren muss schnellstens umgesetzt werden.

Die politische Aufgabenfülle wird also sicherlich auch im Jahr 2016 nicht geringer werden – ganz im Gegenteil. Allein schon beim Thema Flüchtlingspolitik werden alle politischen Ebenen weiterhin enormes bewerkstelligen müssen. Als kommunale Familie sind wir dabei bereit, einen Anteil daran auf unseren Schultern zu tragen.

Unser Ziel für 2016 ist, dass wir neben enormen Herausforderungen im Asylbereich auch alle anderen vielfältigen Aufgaben mit der notwendigen politischen Unterstützung erfolgreich meistern.

**Ihr Stefan Rößle**  
KPV-Landesvorsitzender

tötung überzeugend begegnen. Deshalb werden wir auch künftig die Versorgung Schwerstkranker und Sterbender weiter ausbauen.“

Im Freistaat gibt es derzeit über 136 Hospizvereine mit rund 25.000 Vereinsmitgliedern. Jährlich werden in Bayern rund 12.000 Sterbebegleitungen abgeschlossen. Rund 6.500 aktive ehrenamtliche Hospizhelfer begleiten rund um die Uhr schwerstkranken und sterbende Menschen. □

Mit einer leistungsfähigen Hospiz- und Palliativversorgung können wir dem Wunsch mancher Menschen nach aktiver Sterbehilfe oder nach Beihilfe zur Selbst-



### Interkultureller Kalender 2016 an Innenminister Joachim Herrmann übergeben

Im Maximilianeum hat Martin Neumeyer jüngst den neuen interkulturellen Kalender 2016 an Innenminister Joachim Herrmann überreicht. Der Kalender des Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung erscheint heuer bereits zum siebten Mal und enthält die wichtigsten Feiertage ausgewählter Religionen. Als Vorbote für das Jahr der Europameisterschaft in Frankreich trägt er ein Fußballmotiv. Die darauf zugespielten Bälle tragen als Aufdruck wichtige Grundwerte unserer Gesellschaft wie Frieden und Freiheit, Menschenrechte und Demokratie. Der Kalender weist damit gleichzeitig auf die wichtige Funktion des Sports und der damit verbundenen Vereinskultur als tragendes Element unseres Gemeinwesens und damit auch für eine gelingende Integration hin. Erhältlich ist der Kalender in den Größen A2 und A3 und kann ab sofort beim Integrationsbeauftragten per E-Mail kostenlos bestellt werden: [integrationsbeauftragter@stmas.bayern.de](mailto:integrationsbeauftragter@stmas.bayern.de) Im Bild (v. l.): Joachim Herrmann, Praktikant Yazdan Scher Ayo und Integrationsbeauftragter Martin Neumeyer. Bild: Richard Stry

## Zuzug schneller...

(Fortsetzung von Seite 1)

geahndet! Dadurch machen wir auch deutlich: Wir in Bayern stehen hinter unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und stärken ihnen den Rücken!“

Herrmann plädierte darüber hinaus dafür, die Rückführung von ausländischen Straftätern oder abgelehnten Asylbewerbern in ganz Deutschland deutlich zu beschleunigen und zu erweitern. Die Neuregelung des Ausweisungsrechts zum 1. Januar 2016 müsse nun konsequent vollzogen werden. Da Asylbewerber im laufenden Asylverfahren besonderen Schutz genießen, müsse der Bund gerade deshalb dafür sorgen, bei Straftätern die Asylverfahren schneller abzuschließen.

Im Hinblick auf straffällige anerkannte Asylbewerber gelte es laut Herrmann, das Strafmaß, ab dem Abschiebungen zulässig sind, zu reduzieren, um Abschiebungen schon bei geringeren Strafen zu ermöglichen. Es dürfe letztlich auch nicht an deren Herkunftsländern scheitern, dass ausländische Straftäter dorthin zurückgeschickt werden können: „Wenn die Herkunftsländer sich weigern, diese Menschen wieder aufzunehmen, sollten wir auch den Hebel über die Kürzung der Entwicklungshilfe ansetzen.“

Ebenfalls auf der Agenda stand eine Initiative Bayerns im Bundesrat: Nach dem Willen der Bayerischen Staatsregierung soll der Bund weitere Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten erklären. Der Ministerrat hat beschlossen, den von Innenminister Joachim Herrmann vorgelegten Entwurf für eine entsprechende Entscheidung in den Bundesrat einzubringen.

Asylanträge von Bewerbern aus sicheren Herkunftsstaaten haben in der Regel keinen Erfolg. Es ist regelmäßig davon auszugehen, dass in diesen Ländern niemand politisch verfolgt wird. Die Asylverfahren können deshalb auch binnen kurzer Zeit abgewickelt werden. Darüber hinaus verkürzt sich die dem Ausländer zu setzende Ausreisefrist auf eine Woche. Eine eventuelle Klage gegen den ablehnenden Asylbescheid ist innerhalb einer Woche zu erheben und hat keine aufschiebende Wirkung. Außerdem besteht für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten grundsätzlich ein Beschäftigungsverbot.

Die Staatsregierung fordert, die Prüfung vor allem auf solche Staaten zu konzentrieren, aus denen eine hohe Zahl von Asylbewerbern nach Deutschland kommt, die Schutzquote im Asylverfahren aber gering ist. Herrmann: „Damit würde Menschen aus diesen Ländern ein wesentlicher Anreiz für einen Zuzug nach Deutschland genommen werden. Ein Beschäftigungsverbot verhindert von vornherein, dass Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten in Deutschland wirtschaftlich Fuß fassen, obwohl sie in nahezu 100 Prozent der Fälle hier nicht dauerhaft bleiben werden.“

Herrmann weiter: „Mit in den Blick zu nehmen ist der Vergleich mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den dort festgelegten sicheren Herkunftsstaaten. In den Kreis der zu überprüfenden Herkunftsstaaten gehören deshalb Algerien, Armenien, Bangladesch, Benin, Gambia, Georgien, Indien, Mali, Mongolei, Nigeria, die Republik Moldau und die Ukraine.“

Darüber hinaus erscheint der Staatsregierung auch die Einstufung der nordafrikanischen Staaten Marokko und Tunesien erwägenswert. Herrmann: „Auch aus diesen Ländern ist die Zahl der Asylanträge mit 1.747 Antragstellern 2015 beziehungsweise 923 Antragstellern 2015 vergleichsweise hoch, die Schutzquoten mit 3,7 Prozent und 0,2 Prozent aber sehr gering oder sogar nahe Null.“

Innenminister Joachim Herrmann hat im Ministerrat außerdem über den Umsetzungsstand der im Bund vereinbarten Maßnahmen zur Begrenzung des Flüchtlingszustroms („Asylpaket II“) informiert.

In diesem Zusammenhang forderte Herrmann noch weitergehende Maßnahmen: „Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge muss vollständig zu mündlichen Anhörungen mit Einzelanfragen zurückkehren. Syrische Bürgerkriegsflüchtlinge sind regelmäßig nicht individuell politisch verfolgt. Ihnen darf deshalb grundsätzlich nur noch sogenannter subsidiärer Schutz zuerkannt werden für die Zeit, in der ihnen im Herkunftsland ernsthafter Schaden wie etwa eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens droht.“

Herrmann bedauerte, dass außer Bayern derzeit kein anderes Land in Deutschland bereit sei, besondere Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten wie in Manching oder Bamberg zu schaffen. Herrmann: „So ist es uns gelungen, die Zuwanderung aus sicheren Herkunftsstaaten, von Menschen zum Beispiel aus dem Westbalkan, die keinerlei Bleibeperspektive bei uns haben, deutlich zu reduzieren.“ Der Innenminister forderte deshalb, endlich auch in anderen Bundesländern besondere Aufnahmeeinrichtungen zur Pflicht zu machen.

Ein weiteres Apekt im gleichen Bereich waren die Gestaltungsspielräume für die angemessene Versorgung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen in der Jugendhilfe. Sozialministerin Emilia Müller hat dazu ihre Pläne zur weiteren Entlastung der Kommunen bei der Versorgung unbegleiteter, minderjähriger Flüchtlinge vorgestellt: „Der Zugang von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen ist weiterhin hoch, auch wenn die bayerischen Kommunen durch die bundesweite Verteilung bei Neuzugängen nun sukzessive entlastet werden. Unsere Kommunen stehen weiterhin vor einer großen Herausforderung, denn die unbegleiteten Minderjährigen müssen nach den Vorgaben der Jugendhilfe untergebracht werden. Wir wollen deshalb im Dialog mit Bund, Ländern und den auf Landesebene beteiligten Institutionen die Standards und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe bedarfsgerecht anpassen. Nur so können wir auch künftig eine nachhaltige Versorgungsstruktur für alle neu ankommenden unbegleiteten Minderjährigen sicherstellen.“

Unbegleitete Minderjährige zeichnen sich in der Regel durch ein hohes Maß an Selbstständigkeit und Eigenverantwortung aus. Sie benötigen daher meist nur eine Grundversorgung, die dann bei besonderem Jugendhilfebedarf durch intensivere Betreuungsangebote ergänzt werden muss. „Hierfür werden wir die Leistungserbringung der Jugendhilfe weiter flexibilisieren und das Jugendhilfeangebot vor Ort anpassen“, so die Ministerin. Die Grundlagen für die Weiterentwicklung der bestehenden Angebote werden derzeit im „Forum unbegleitete Minderjährige“ (For.UM), dem institutionalisierten gemeinsamen Dialog auf Landesebene mit den Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe und weiteren relevanten Kooperationspartnern, erörtert.

Ministerin Müller appellierte weiter an alle übrigen Akteure, sich gemeinsam mit Freistaat und Kommunen für die Integration der unbegleiteten Minderjährigen einzusetzen: „Die Versorgung der unbegleiteten Minderjährigen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb erstattet der Freistaat seinen Kommunen auch seit November 2015 die Kosten für die Versorgung der unbegleiteten Minderjährigen. Dennoch kann

und darf Kommunale Jugendhilfe kein Ausfallbürge für andere Unterstützungssysteme sein. Auch beim Thema Integration der unbegleiteten Minderjährigen müssen alle ihren Beitrag leisten. Ich denke hier beispielsweise an die Arbeitsverwaltung mit der Ausbildungs- und Arbeitsmarktförderung, Sprachförderung und die Versorgung mit Wohnraum.“

Den Bemühungen um eine Weiterentwicklung der Standards für die Versorgung von unbegleiteten Minderjährigen sind jedoch durch Bundesrecht Grenzen gesetzt. Erforderlich ist es, dass jedes Bundesland selbst angemessene Standards festlegen kann. „Gemeinsam mit den Ländern streben wir deshalb auch bundesgesetzliche Änderungen an, mit denen die Gestaltungsspielräume für Länder und Kommunen entsprechend erweitert werden“, so Müller abschließend. □

(Fortsetzung von Seite 1)

und Wissenschaft, dass 300.000 zusätzliche Schüler und 100.000 Kinder in der Kita betreut werden müssen. Die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Zusatzkosten könnten nicht von den Kommunen gestemmt werden, sie müssten vom Bund übernommen werden. Diese Übernahme der Kosten durch den Bund sei auch deshalb notwendig, damit die Investitionskraft der Kommunen nicht noch weiter geschwächt wird.

Um den Kommunen finanzielle Planungssicherheit zu geben, gelte es, die Verhandlungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zeitnah zum Abschluss zu bringen. Der Bund wird vom DStGB aufgefordert, das von den Bundesländern am 3.12.2015 gemeinsam vorgelegte Reformmodell zur Ausrichtung der föderalen Finanzbeziehungen im neuen Jahr 2016 zum Abschluss zu bringen und gesetzgeberisch umzusetzen. Die Länder müssten die Chance nutzen, dabei eine nachhaltige aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen endlich zu gewährleisten. Zudem stehe es nunmehr auch an, die Gewerbesteuerumlage wieder zu Gunsten der Städte und Gemeinden abzusenken. Das Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag werde die öffentliche Hand absehbar für ihre enormen Finanzierungsherausforderungen brauchen. Daher könne auf dieses Aufkommen nicht verzichtet werden, es müsse ein Weg gefunden werden, dieses für Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen zu sichern.

„Wir fordern die Bundesregierung zudem dazu auf, die den Kommunen im Koalitionsvertrag zugesagten Entlastungen ab 2018 in Höhe von 5 Milliarden Euro jährlich umzusetzen. Für die dabei zu findende gesetzliche Regelung muss sichergestellt werden, dass ein Transferweg gefunden wird, über den alle Kommunen entlastet werden und das Geld auch tatsächlich bei den Städten und Gemeinden ankommt. Als bedenkenswert ist dafür ein Ansatz zu sehen, die 5 Milliarden Euro über einen erhöhten gemeindlichen Umsatzsteueranteil zu verteilen und insoweit die Umsatzsteuerverteilung zu modifizieren“, fuhr Landsberg fort.

Bei der im Jahr 2016 anstehenden Reform der Eingliederungshilfe sei sicherzustellen, dass keine neue Ausgabendynamik entsteht, so, wie es im Koalitionsvertrag niedergelegt ist. Weder bestehenden finanzielle Handlungsspielräume, noch zwingende sachliche Notwendigkeiten für Leistungsausweitungen. Die Kosten der Eingliederungshilfe seien

## Rechtsgutachten zur Flüchtlingspolitik des Bundes

**Ministerpräsident Horst Seehofer hatte den bekannten Staatsrechtler und ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio mit der Erstellung eines Gutachtens zur Flüchtlingspolitik des Bundes beauftragt. Laut Staatsregierung kommt das Gutachten zum eindeutigen Ergebnis, dass die bayerischen Einwände hinsichtlich des massenhaften und unkontrollierten Zustroms von Flüchtlingen berechtigt sind.**

„Auch ein reiches und weltoffenes Land kann so ein Problem auf Dauer nicht lösen. Die Begrenzung der Zuwanderung ist alternativlos. Wir in Bayern tun alles, aber wir müssen permanent auf Berlin warten. Die Zeit läuft davon. Derzeit reden wir zu viel über die Folgen der enormen Zuwanderung und betreiben Symptombehandlung. Wir müssen das Problem an der Wurzel packen und endlich die Begrenzung der Zuwanderung durchsetzen“, so Seehofer. CSU-Chef Seehofer hatte eine Obergrenze von 200.000 Flüchtlingen pro Jahr für Deutschland gefordert. Das sei eine Orientierungsgröße, die ein Land hinsichtlich der Integrationsleistung verkraften könne. Das Rechtsgutachten und ein Positionspapier der Bayerischen Staatsregierung sind im Internet abrufbar: Das Gutachten unter [www.bayern.de/Gutachten\\_Prof\\_Di\\_Fabio](http://www.bayern.de/Gutachten_Prof_Di_Fabio) sowie das Positionspapier unter [www.bayern.de/Positionspapier\\_zum\\_Rechtsgutachten\\_Di\\_Fabio](http://www.bayern.de/Positionspapier_zum_Rechtsgutachten_Di_Fabio). □

## Staatsumbau jetzt...

zudem allein schon in den vergangenen 10 Jahren um über 160 Prozent gestiegen.

Die Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge stellt für die Kommunen im Jahr 2016 eine immense Herausforderung dar. Wenn der Flüchtlingsstrom in der bisherigen Form anhält, sind die Kommunen überfordert, wie es schon jetzt bei einer Vielzahl zunehmend der Fall ist. „Deutschlands Aufnahmefähigkeit für Flüchtlinge ist begrenzt“, betonte DStGB-Präsident Roland Schäfer. Notwendig seien nationale, europäische und internationale Strategien zur Begrenzung der Flüchtlingsströme, um die Funktions- und Handlungsfähigkeit aller Ebenen des Staates zu gewährleisten.

### Integration als zentrale Aufgabe der Zukunft

Die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre werde die Integration der Flüchtlinge sein. Da ein Großteil der Flüchtlinge dauerhaft in Deutschland bleiben wird, fordert der DStGB Integrationsgesetze des Bundes und der Länder, in denen nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ die Leistungen aber auch die Anforderungen an die Neubürger festgelegt werden. Dazu gehöre selbstverständlich auch das Bekenntnis zur Wertordnung des Grundgesetzes wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Die Finanzierung der Flüchtlingsausgaben wird in den nächsten Jahren Milliarden kosten. Der DStGB erwartet Antworten von Bund und Ländern, wie Städten und Gemeinden der erhebliche Finanzierungsbedarf bei der Integration ersetzt wird. Da die Integration der Flüchtlinge keine Aufgabe für nur wenige Jahre ist, fordert der DStGB die Einführung einer neuen Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Migration und Integration. Benötigt würden zusätzliche Lehrer für rund 300.000 Schülerinnen und Schüler, 20.000 Erzieherinnen und Erzieher, mehr Sozialarbeiter und nicht zuletzt auch zusätzliche Gebäude für Schulen und Kitas sowie eine deutliche Entlastung bei den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II.

Auch stellt nach Schäfers Ausführungen die zunehmende Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge eine große Herausforderung für die Kommunen, insbesondere die Jugendämter, dar. Überwiegend handle es sich um Personen zwischen 15 und 17 Jahren, die offenbar teilweise auch von ihren Familien „vorgeschickt“ werden und häufig über Schlepperorganisationen nach Deutschland kommen. Schäfer: „Wir müs-

sen sicherstellen, dass sie besonders geschützt, schnell integriert und gut betreut werden. Dazu fordert der DStGB ein eigenes Leistungsrecht für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Die Regelungen sollten einerseits der besonderen Situation dieser Flüchtlinge Rechnung tragen (z. B. die schnelle Integration sowie die schulische und berufliche Bildung in den Vordergrund stellen) und andererseits gewährleisten, dass die Aufgabe sowohl organisatorisch wie finanziell leistbar ist.“

Darüber hinaus mahnt der Verband eine zügige Verabschiedung des Asylpakets II an. Wie Schäfer darlegte, „brauchen wir die beschleunigten Verfahren vor allem für Personen aus sicheren Herkunftsstaaten. Dies ist auch ein wichtiges Signal an die betroffenen Länder und die Menschen, die sich von dort auf den Weg machen wollen. Die vorgesehene Residenzpflicht für diese Personen ist wichtig, ebenso die Begrenzung des Familiennachzuges sowie die generelle Beschleunigung von Abschiebungen. Personen mit Bleibeperspektive müssen möglichst schnell integriert werden. Wichtiger als die Kostenbeteiligung an den Integrationskursen wäre jedoch die verpflichtende Teilnahme. Die Kostenbeteiligung wird ohnehin nur in geringem Umfang möglich sein und

## Chancen der..

(Fortsetzung von Seite 1)

der Anteil der Krankenhausärzte manifestiert, in einem Bereich, für den die Kliniken nicht zuständig sind. Ich hoffe sehr, dass sich die verbale Aufgeregtheit wieder legen wird und wir einen vernünftigen bayerischen Weg beschreiten können.“

BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein warb für eine selbstbewusste und offensive Rolle der Kliniken in der Diskussion um die Qualität. „Wenn die Qualitätsvorschriften im Gesetz methodisch sauber und objektiv erarbeitet werden, haben die bayerischen Kliniken nichts zu befürchten. Deshalb werden wir aktiv an einer sachgerechten Ausgestaltung mitwirken“ kündigte er an.

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml erwartet von der Krankenhausreform finanzielle Verbesserungen für die Kliniken im Freistaat: „Ab dem neuen Jahr erhalten die Kliniken mehr Geld für mehr Personal. Das Pflegeförderprogramm mit insgesamt 660 Millionen Euro wird in den kommenden drei Jahren den Krankenhäusern die Beschäftigung von mehr Personal dauerhaft ermöglichen. Zudem wird die Krankenhausfinanzierung im Bereich der Betriebskosten weiterentwickelt - unter anderem durch einen neuen

zusätzliche Bürokratie erforderlich.“

Auf der europäischen Ebene ist nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes der konsequente Schutz der EU-Außengrenzen erforderlich. Dieser Schutz müsse ergänzt werden mit einer größeren Zahl von europäischen Erstaufnahmeeinrichtungen entlang der Außengrenze insbesondere in Griechenland und Italien. „Dort müssen ein ordnungsgemäßes Registrierungsverfahren, eine menschenwürdige Unterbringung und die Entscheidung über den Asylantrag nach europäischen Standards sichergestellt werden“, erklärte Schäfer. Die Verteilung der Flüchtlinge mit einem Asylantrag müsse nach einer festen Quote europaweit erfolgen. Wichtig seien zudem Initiativen auf internationaler Ebene. Dazu zählten verbindliche Vereinbarungen zwischen der EU auf der einen Seite und Ländern wie Türkei oder Jordanien auf der anderen Seite. Es müsse sichergestellt werden, dass Europa diesen Ländern, aber auch den internationalen Hilfsorganisationen wie zum Beispiel UNHCR, hilft und der Flüchtlingsdruck nach Europa aus den Einrichtungen in diesen Ländern reduziert wird.

Mit Blick auf die Energiewende erachtet der DStGB die vom Koalitionsausschuss beschlossenen Maßnahmen wie Erdkabelvorrang beim Bau der großen Nord-Süd-Gleichstromtrassen, die Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes (KWKG) als unverzichtbarer Baustein der kommunalen Energie- und Wärmewende, die Bestimmung der Förderhöhe der erneuerbaren Energien über spezielle Ausschreibungsverfahren im Erneuerbare-Energien-Gesetz 2016 sowie die Zusammenführung dieser Bereiche mit einer wirtschaftlich darstellbaren Förderung als richtige Ansätze.

Die vorgesehene Maßnahmen seien geeignet, um die infolge des starken Ausbaus der Erneuerbaren Energien erzeugte Kostendynamik zu bremsen, die Förderbedingungen für den Erhalt und den Ausbau der KWK, insbesondere in der leistungsgelassenen Wärmeverversorgung, zu verbessern sowie den Aus- und Umbau der Netzinfrastruktur zu beschleunigen. Die Förderung neuer, intelligenter Technologien sowie moderner, grundlastfähiger Reservekraftwerke sind laut DStGB dabei eine wesentliche Voraussetzung, um Versorgungssicherheit zu garantieren. **DK**

Pflegezuschlag in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr.“

Huml zufolge hat Bayern sich in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe und im Gesetzgebungsverfahren stets für die Interessen der Krankenhäuser eingesetzt. Die Handschrift Bayerns zeige sich besonders bei den Verbesserungen, die gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf erreicht werden konnten.

Die Ministerin dankte der Bayerischen Krankenhausgesellschaft für die gute Zusammenarbeit. Sie würdigte zugleich den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenhäuser für ihren Einsatz in der Flüchtlingskrise und unterstrich: „Sie haben in Ihren Häusern tausende Erstaufnahme-Untersuchungen durchgeführt und unterstützen den Öffentlichen Gesundheitsdienst enorm. Dafür danke ich Ihnen herzlich!“

Wie Huml anfügte, dürfe dieses Engagement keinesfalls bestraft werden: „Ich habe mich deshalb beim Bund frühzeitig und erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Behandlung von Asylbewerbern außerhalb des Budgets und damit ohne die sonst obligatorischen Rückzahlungen für ungeplante Mehrleistungen vergütet werden kann.“ **DK**

## Straßenbau:

## Wiederkehrende Beiträge ein Allheilmittel?

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen wird in den letzten Jahren heftig - und teilweise kontrovers - diskutiert. Der Bayerische Landtag als Gesetzgeber und die bayerischen Kommunen, wie z. B. auch die Stadt Würzburg, haben sich in letzter Zeit intensiv mit dieser Thematik beschäftigt.

Im Juli erörterten Experten im Rahmen einer Anhörung im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport des Bayerischen Landtags, ob Straßenausbaubeiträge in Bayern abgeschafft oder modifiziert werden sollen. Ergebnis: Straßenausbaubeiträge sollen beibehalten werden. Im Oktober wurden nun von allen Landtagsfraktionen Entwürfe zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes eingebracht. Alle Entwürfe sehen als Alternativmöglichkeit die Einführung von sog. wiederkehrenden Stra-

ßenbaubeiträgen - wie etwa in Rheinland-Pfalz - vor.

### Brauchbare Alternative?

„Doch sind wiederkehrende Beiträge wirklich das Allheilmittel oder eine brauchbare Alternative? Ich bezweifle dies sehr stark“, so Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt. Die Erhebung von wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen bedeutet eine konkrete (tatsächliche) jährliche Beitragsberechnung aller beitragsfähigen Stra-

ßenbaumaßnahmen eines abgelaufenen Kalenderjahres im gesamten Gemeindegebiet bzw. in festgelegten größeren räumlichen Abrechnungsgebieten.

D. h. für die Berechnung von wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen sind sämtliche Arbeitsschritte notwendig wie bei Einzelabrechnungen - und dies jährlich. Dies bedeutet einen extrem hohen Verwaltungsaufwand.

Nach Schätzung der Stadt Würzburg müssten für das Würzburger Stadtgebiet jährlich ca. 40.000 Bescheide - statt bislang durchschnittlich 500 bis 1.000 - versandt werden, wenn das gesamte Stadtgebiet betroffen wäre. Dies verursacht nicht-nennenswerte Mehrkosten für die Kommune.

## Wachstumswahlen an den Flughäfen München und Nürnberg

Am Flughafen München sind 2015 rund 41 Millionen Fluggäste gestartet oder gelandet. Wie der Flughafenbetreiber FMG informiert, entspricht diese Zahl nicht nur einem Plus von 3,2 Prozent im Vergleich zu 2014, sondern stellt gleichzeitig einen neuen Passagierrekord dar.

Noch dynamischer wuchs die Luftfracht, die um rund neun Prozent auf den neuen Höchstwert von über 317.000 Tonnen zulegte. Nach drei Jahren mit rückläufigen Zahlen stiegen auch die Flugbewegungen um rund ein Prozent auf fast 380.000.

### Für dritte Start- und Landebahn

Vor dem Hintergrund dieser Verkehrszuwächse hat sich der Vorsitzende der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH (FMG), Dr. Michael Kerkloh, erneut für eine dritte Start- und Landebahn für Bayerns internationale Luftverkehrsdrehscheibe ausgesprochen. Nach seinen

Worten sehen alle Verkehrsprognosen für den Luftverkehr erhebliche Steigerungen voraus. In München werde schon mit Beginn der kommenden Sommerflugplanperiode mit einem deutlichen Wachstumssprung bei den Flugbewegungen gerechnet. Nach den bisher vorliegenden Anmeldungen werde die Anzahl der Starts und Landungen im Jahr 2016 um rund vier Prozent zu nehmen, was rund 15.000 zusätzlichen Bewegungen entspreche.

Als erfreulich bezeichnete Kerkloh auch den Umstand, dass 2015 bereits zum vierten Mal in Folge ein neuer Auslastungsrekord erzielt wurde. Die an Bayerns Luftverkehrsdrehscheibe startenden und landen-

den Jets waren im Durchschnitt zu mehr als drei Viertel gefüllt.

Das in München verbuchte dynamische Passagierwachstum basiert vor allem auf Steigerungen im internationalen Verkehr: Mit rund 6,5 Millionen Fluggästen - einem Plus von über vier Prozent - legte der Fernreiseverkehr wie bereits im Vorjahr prozentual am stärksten zu.

Auch am Airport Nürnberg war im vergangenen Jahr ein Anstieg der Passagierzahl zu verzeichnen. Gezählt wurden 3,4 Millionen Passagiere; dies entspricht einem Anstieg von 3,5 Prozent. Damit konnte die Trendwende, wie sie Ende 2014 bereits spürbar war, im vergangenen Jahr endgültig vollzogen werden.

### Höhere Auslastung der Maschinen

2015 starteten und landeten insgesamt gut 60.000 Flugzeuge am Airport Nürnberg, was einem Rückgang von etwa 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Grund dafür war der Einsatz von größeren Flugzeugen der Airlines, dadurch konnten mehr Passagiere mit weniger Flugbewegungen an ihr Ziel gebracht werden. Daraus resultiert eine im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Prozentpunkte gestiegene Auslastung der Maschinen.

Wie Flughafengeschäftsführer Dr. Michael Hupe bekräftigte, „freuen wir uns sehr darüber, unsere Fluggastzahlen das zweite Jahr in Folge gesteigert zu haben. Aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen wird es eine große Herausforderung, diesen positiven Verlauf auch 2016 fortzuführen. Diverse Ziele, die ab Nürnberg wieder direkt erreichbar sind, wie Brüssel und Ibiza, werden hoffentlich dazu beitragen.“ **DK**

der Eigenanteil der Kommunen auf 10 bzw. 20 Prozent reduziert werden.

### Kosten in Höhe von rund 22,3 Mio. Euro

Der Landkreis Cham setzt gemeinsam mit den beteiligten Kommunen die notwendigen Verfahrensschritte nach der „Förderrichtlinie zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ um. Die geschätzten Gesamtkosten für den Ausbau der noch fehlenden Gebiete betragen rund 22,3 Millionen Euro. Davon tragen der Bund rund 11,1 Millionen Euro und der Freistaat Bayern 7,7 Millionen, so dass den Kommunen ein Eigenanteil von 3,4 Millionen Euro verbleibt. **□**

### Landkreis Cham und Gemeinden:

## Schnelles Internet für alle

Der Landkreis Cham gehört zu den ersten Regionen Deutschlands, die Mittel aus dem milliardenschweren Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau erhalten. Bundesminister Alexander Dobrindt hat an Landrat Franz Löffler einen Förderbescheid über 50.000 Euro zur Planung eines weiteren Ausbauprojektes übergeben.

Landrat Franz Löffler und Bürgermeister Hugo Bauer (Kreis- und Bezirksvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags) begrüßen die Initiative des Bundes: „Damit kann der Landkreis Cham zusammen mit den Gemeinden des Landkreises eine weitere Phase beim Breitbandausbau starten, um auch die noch nicht mit dem schnellen Internet versorgten Randbereiche zu erschließen. Das trägt zu gleichwertigen Lebensbedingungen im gesamten Landkreis bei.“

### Interkommunales Kooperationsprojekt

Die Kommunen im Landkreis Cham haben über die bayerischen Programme bereits 86 Prozent der sogenannten Kabelverzweiger ausgebaut. Damit können bis Mitte 2016 rund 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis mit mindestens 30 Mbit/s versorgt werden. Einige Kommunen, vor allem die Städte, haben ihren Förderhöchstbetrag bereits zum größten Teil oder komplett ausgeschöpft. Das Bundesförderprogramm zum Breitbandausbau ermöglicht es den Kommunen, gemeinsam mit dem Landkreis den Ausbau in den sogenannten weißen Flecken bis

2017 abzuschließen. Dazu legen der Landkreis Cham und die Gemeinden ein interkommunales Kooperationsprojekt auf. Nach



Bundeminister Alexander Dobrindt (r.) mit Landrat Franz Löffler. **□**

Fertigstellung bis Ende 2017 wird der Landkreis Cham über eine der flächendeckendsten Datenautostrassen mit einer Länge von 430 Kilometern verfügen.

Der Fördersatz beträgt im Landkreis Cham 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Da das Bundesprogramm mit dem Förderprogramm des Freistaats Bayern kombinierbar ist, kann

Die Bürger werden insgesamt - wenn auch indirekt - dadurch höher belastet. Außerdem geht ein Stück Rechtssicherheit für die Vielzahl der Betroffenen verloren, wenn bereits ein Grundstück nicht richtig erfasst wird.

Wiederkehrende Beiträge sind auch nicht gerechter als einmalige. In den wenigsten bayerischen Gemeinden können die wiederkehrenden Beiträge einheitlich auf alle Grundstücke im gesamten Gemeindegebiet verteilt werden. So hat das Bundesverfassungsgericht unlängst beschlossen, dass innerhalb des Gemeindegebietes - aufgrund beitragsrechtlicher Vorgaben - mehrere Abrechnungsgebiete (z.B. Orts-/ Stadtteile, Altort, Neubaugebiete) zu bilden sind. Für Würzburg mit 13 „offiziellen“ Stadtbezirken wären dies voraussichtlich 20 bis 30. Damit kommt es innerhalb des Gemeinde-/ Stadtgebietes zu stark unterschiedlichen Beitragsbelastungen, da sich einzelne Orts-/ Stadtteile bzw. Baugebiete außerhalb des jeweiligen Altortes in bestimmten Jahrzehnten schwerpunktmäßig entwickelt haben (z. B. in den 1970er Jahren).

### Systemwechsel

Weiterhin würde ein Systemwechsel von einmaligen auf wiederkehrenden Beiträgen für Ärger und Unverständnis bei denjenigen Grundstückseigentümern sorgen, die unlängst zu einem Erschließungs- oder Straßenausbaubeitrag veranlagt wurden. Dem könnten auch Übergangsregelungen nicht abhelfen.

Außerdem würde bei Einführung von wiederkehrenden Beiträgen eine enorme Erwartungshaltung entstehen, dass jede schadhafte Straße zu erneuern sei, wenn schon ein Beitrag zu zahlen

### GZ lädt zum

## 1. Bayerischen InfrastrukturForum

Die kommunale Infrastruktur im Freistaat steht vor sehr großen finanziellen, technischen und rechtlichen Herausforderungen. Insbesondere Schwerpunkte wie Kommunaler Hoch- und Tiefbau, Leitungsinfrastruktur und Kommunalstraßen sowie so genannte weiche Standortfaktoren und deren optimale Finanzierung müssen beleuchtet werden. Letztlich ist es Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, hierfür die jeweils optimale Lösung zu finden und damit zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bayern allgemein beizutragen.

Auf dem 1. Bayerischen InfrastrukturForum am 10. März 2016 finden die verantwortlichen Repräsentanten aus Bayerns Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken die exakt auf ihren Bedarf zugeschnittenen Lösungsangebote. Die Tagung findet in den Räumlichkeiten des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. in der Landeshauptstadt München statt.

Weitere Infos unter [www.bayerisches-infrastrukturforum.de](http://www.bayerisches-infrastrukturforum.de)  
Wir bitten um Anmeldung! **□**

ist. Angesichts der Vielzahl der schadhafte und erneuerungsbedürftigen Straßen in den bayerischen Kommunen kann diese Erwartungshaltung nicht befriedigt werden.

Die Stadt Würzburg hatte als Alternative zu wiederkehrenden Beiträgen die Einführung einer verfassungskonformen „Straßenunterhaltsabgabe“ angeregt, die auf der Basis des Grundsteuermessbetrages berechnet werden sollte. Eine solche „Straßenunterhaltsabgabe“ hätte zumindest einheitlich für alle Grundstückseigentümer im Gemeindegebiet erhoben werden können. Bei einem leichteren ökonomischen Verwaltungsvollzug hätte sie die gleiche Wirkung wie wiederkehrende Beiträge erzielt.

„Die Einführung einer Straßenunterhaltsabgabe wäre aus meiner Sicht die klar bessere Alternative zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen gewesen. Leider konnten wir mit unserem

Vorschlag beim Innenministerium aus gesetzgeberischen Gründen nicht durchdringen“, bedauert Schuchardt.

An Stelle von wiederkehrenden Beiträgen kann ein hoher einmaliger Straßenausbaubeitrag im Übrigen bereits heute durch die Möglichkeit der Verrentung oder Ratenzahlung sozialträglicher gestaltet werden. Nach Auskunft von Schuchardt legt die Stadt Würzburg - auf deren Initiative die Verrentung 2014 in das Kommunalabgabengesetz aufgenommen wurde - diese Möglichkeit großzügig aus: „Bei uns erhält jeder Beitragszahler auf Antrag eine Verrentung zu einer moderat niedrigen Verzinsung. Dies ist zumindest eine kleine Entlastung für den Beitragszahler - ohne die Allgemeinheit zu belasten!“

Aufgrund dieser recht neuen Regelung können Erfahrungswerte jedoch erst in den nächsten Jahren gesammelt werden. **□**



Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Wir machen Tempo für schnelles Internet - mit dem Breitbandförderprogramm des Bundes für Kommunen. Insgesamt investiert die Bundesregierung über 2 Milliarden Euro für ein hochleistungsfähiges Breitbandnetz. Förderanträge für Kommunen können jetzt gestellt werden: [www.bmvi.de/breitband](http://www.bmvi.de/breitband)

# SCHNELLES NEUES JAHR!

Turbo-Internet für alle.

Universität der Bundeswehr München:

## Risikomanagement für Bahngesellschaften entwickelt

**London, Madrid, der vereitelte Anschlag auf den Thalys-Zug im August – der Bahnverkehr in Europa ist in den letzten Jahren mehrmals in das Visier von Terroristen geraten. Die wenigen Kontrollen und die Anwesenheit von vielen Menschen erhöhen die Terrorgefahr. Um in Krisen besser reagieren und intervenieren zu können, entwickelt das Team der Professur für Operations Research an der Universität der Bundeswehr München ein Risikomanagement für Bahngesellschaften.**

Risiken und Kosten der terroristischen Bedrohungen des schienengebundenen öffentlichen Personenverkehrs – dafür steht die Kurzform RiKoV des Projekts, das Prof. Pickl, Professor für Operations Research, in einem Forschungsverbund am Institut für Informatik der Universität der Bundeswehr München koordiniert. Projektpartner sind die Technische Hochschule Köln und das Karlsruher Institut für Technologie sowie die Airbus-Sparte Defence & Space.

Im Hinblick auf ein späteres konkurrenzfähiges Produkt für privatwirtschaftliche Akteure arbeitet das Team in der Entwicklung und Umsetzung des umfassenden Risikomanagements eng mit der Deutschen Bahn, der Kölner und der Münchner Verkehrsgesellschaft zusammen. Die Pro-

jektbeteiligten leisten mit RiKoV einen Beitrag zu den Forschungsthemen „Sicherheitsökonomie“ und „Sicherheitsarchitektur“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

### Entscheidungskatalog für den Notfall

„Sowohl öffentliche als auch sicherheitspolitische Debatten über Terrorismus beschränken sich hauptsächlich auf den Flugverkehr, obwohl Anschläge auf das Schienennetz wie zum Beispiel in Madrid 2004 oder London 2005 von ihren ökonomischen wie gesellschaftlichen Folgen ebenso verheerend sind“, sagt Prof. Pickl. Noch dazu führen die fehlende Alternative zu öffentlichen Verkehrsmitteln sowie der Stellenabbau in der

Branche dazu, dass sowohl die tatsächliche als auch die emotionale Wahrscheinlichkeit eines Anschlags steigen.

### RiKoV analysiert terroristische Angriffe

Bahngesellschaften können so das mögliche Verhalten des Angreifers und die Folgen seiner Tat besser einschätzen. Mit Hilfe quantitativer Methoden und Modelle sowie spieltheoretischer Betrachtungen erleichtert Operations Research eine Entscheidungsfindung in Krisensituationen. Simulationen, die bereits im Vorfeld oder während einer kritischen Situation durchgeführt werden, geben dem Bahnpersonal einen Entscheidungskatalog mit möglichen Sicherheitsmaßnahmen vor, die sie je nach Kosten und Nutzen im Notfall anwenden können.

### Praxisnahe Forschung

Da die externen Partner aus Bahnverkehr und Sicherheitstechnik ihre Expertise und Erfahrungen direkt in den Forschungsprozess einfließen lassen, wird sichergestellt, dass Bahnhöfe, Passagierzüge, Schienensystem und Leitstellen tatsächlich und ohne erneute Nachjustierung von den Ergebnissen des Verbundprojekts profitieren können. In das Projekt sind daher auch mehrere Realübungen eingebettet – die insgesamt größte fand im Mai 2015 in Köln statt. Die Forscherinnen und Forscher testeten so die Praxisnähe der theoretischen Methoden und Ergebnisse aus dem Projekt und trainierten die Zusammenarbeit mit den Einsatzkräften aus Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst sowie dem Ordnungsdienst und den Kölner Verkehrsbetrieben.

100 Studierende der Fach-

hochschule Köln griffen auf ihre schauspielerischen Fähigkeiten zurück und stellten in einer realistischen Testumgebung die Folgen eines Anschlags nach. Das wissenschaftliche Team interessierte sich dabei besonders für die algorithmische Analyse der Sensordaten sowie den Einsatz digitaler Informationszentralen – sogenannte Management Cockpits –, um Lagebilder künftig schneller erfassen und analysieren zu können.

### Ausweitung auf andere Krisensituationen

RiKoV bezieht mit seiner ganzheitlichen Herangehensweise sowohl technische Komponenten mit ein, als auch mögliche Verhaltensszenarien der Beteiligten und versucht gleichzeitig, ihre Privatsphäre zu wahren. Daher werden die Sicherheitsmaßnahmen auch daraufhin geprüft, ob sie bei ihrer Realisierung hohen rechtlichen Maßstäben genügen und welche juristischen Auswirkungen bei ihrer Implementierung auftreten können.

Eine Anwendung der Krisenpläne beschränkt sich mit diesem umfassenden Ansatz nicht nur auf den Bahnverkehr, sondern kann auch auf andere Krisensituationen ausgeweitet werden.

Prof. Pickl und sein Team freuen sich über den Erfolg des Projekts. „Die Aktualität und positive Aufmerksamkeit auf dieses Projekt hat alle Beteiligten positiv überrascht“, sagt Dr. Martin Zsifkovits, Co-Projektleiter und Habilitand an der Professur für Operations Research. Auch der ehemalige Sicherheitschef des Frankfurter Flughafens, Volker Zintel, ist begeistert: „Ich hätte nie gedacht, wie vielfältig Operations Research eine solche komplexe Übung unterstützen kann.“

In einem Folgeprojekt testet die Professur für Operations Research eine Anwendung und Weiterentwicklung des Risikomanagements im französischen TGV-Netz. Somit wird das Projekt in den nächsten zwei Jahren weitergeführt, RiKoV wird europäisch. **Eva Olschewski**



100 Studierende der Fachhochschule Köln stellten die Folgen eines Anschlags nach. Fotograf Steyer FH Köln

## Wettbewerbs- und Marktbedingungen im ÖPNV

### ÖPNV-Studie beklagt Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Verkehrsunternehmen

**Aus Anlass der Veröffentlichung der „Branchenanalyse Zukunft des ÖPNV“ der Hans-Böckler-Stiftung fordert der LBO bei der Vergabe von öffentlichen Verkehrsleistungen gleiche Markt- und Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsunternehmen, gleichgültig ob diese im öffentlichen oder privaten Eigentum stehen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass in Deutschland die öffentlichen Träger die ÖPNV-Unternehmen durchweg mit Direktvergaben beauftragt haben, um den lokalen und regionalen Nahverkehr für längere Zeiträume zu organisieren.**

Von dieser Vergabebform ohne Ausschreibung profitieren jedoch in erster Linie alle kommunalen Verkehrsbetriebe. Obwohl nach dem geltenden europäischen Nahverkehrsrecht Direktvergaben bei einem Auftragswert von bis zwei Millionen Euro auch an private Unternehmen möglich sind, werden deren Verkehrsleistungen vielfach europaweit ausgeschrieben. Dies führt nicht nur zu unfairen Wettbewerbs- und Marktbedingungen im ÖPNV, sondern birgt auch die Gefahr von Lohn- und Sozialdumping für die Beschäftigten.

Die neue ÖPNV-Studie beklagt, dass sich durch den Wettbewerbsdruck im Nahverkehr die Arbeitsbedingungen in den Verkehrsbetrieben deutlich verschlechtert hätten. Dies gilt nach den Erfahrungen des LBO insbesondere für erfahrene und langjährige Beschäftigte, deren höhere Personalkosten bei Ausschreibungsverfahren nicht mehr kalkuliert und am Markt durchgesetzt werden können. Dieser Umstand hat sogar bei der Deutschen Bahn dazu geführt, dass diese an Ausschreibungsverfahren in der Regel mit sog. Wettbewerbsgesellschaften teilnimmt.

Langjährige Beschäftigte sind jedoch Garant für einen sicheren und funktionsfähigen Nahverkehr. Die ÖPNV-Aufgaben-

träger haben es in der Hand, durch die Gestaltung der Vergabebedingungen, die Lohn- und Sozialbedingungen der Beschäftigten auf Grundlage der regionalen Tarifniveaus zu gewährleisten.

LBO-Präsident Brodschelm erinnert daran, dass bereits 1996 unter Federführung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr und unter Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände, der Verbände des Verkehrsgewerbes, der Kammern und der Gewerkschaften eine entsprechende Empfehlung für die Vergabe von gemeinwirtschaftlichen Verkehrsleistungen im Freistaat heraus gegeben wurde.

„Lohn- und Sozialdumping im Nahverkehr kann nur wirksam verhindert werden, wenn die Einhaltung der bayerischen Tarifbedingungen als Vergabekriterium vorgeschrieben wird“, so LBO-Präsident Heino Brodschelm. In nahezu allen anderen Bundesländern gelten zwischenzeitlich Vergabe- und Tarifreugesetze. Der LBO fordert deshalb Direktvergaben auch für private Unternehmen zu nutzen sowie im Falle von Ausschreibungsverfahren Tarifreueklärungen verbindlich vorzuschreiben.

**Link zur „Branchenanalyse Zukunft des ÖPNV“:** [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_study\\_hbs\\_302.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_302.pdf) □

## In Schwaben wird kräftig investiert

**Für den Ausbau des Flughafens in Memmingen wurden kürzlich im Bayerischen Landtag die Weichen gestellt. Gleichzeitig kündigen sich zwei Großinvestitionen im Bereich Wirtschaft und Tourismus an. Der Möbelhersteller IKEA wird sich in Memmingen niederlassen und die französische Center-Park-Gruppe baut eine Ferienanlage bei Altusried im Oberallgäu. Für den schwäbischen CSU-Bezirksvorsitzenden Markus Ferber, MdEP stärken diese Investitionen nicht nur die Region, sondern sind auch ein Ergebnis ein-er gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur.**

Die Vorstandschaft des Bezirksverbands hatte sich einstimmig dafür ausgesprochen, dass der Flughafen durch finanzielle Mittel des Freistaats, aber auch von Landkreisen sowie Kommunen gestärkt werde und gefordert, dass der politische Handlungsrahmen hierzu zeitnah geschaffen wird. Genau dies hat der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags beschlossen und nach Ansicht von Markus Ferber die richtige Weichenstellung getroffen.

Als touristische Attraktion für ganz Schwaben bewertet er die jüngste Entscheidung der Center-Park-Gruppe für den Bau einer Ferienwohnanlage bei Altusried im Oberallgäu. „Ein solches 255-Mil-

ionen-Projekt hat Strahlkraft in die gesamte Region und stärkt auch die kleineren touristischen Angebote im Umfeld. Nachdem die Center-Park-Anlagen eine hohe Anziehungskraft haben, wird auch der nur eine knappe halbe Autostunde entfernte Memminger Flughafen mittelfristig hiervon profitieren“, so Ferber. Auch die Entscheidung des Möbelherstellers IKEA für eine Niederlassung bei Memmingen wertet er als ein Ergebnis einer sehr guten zurückliegenden Verkehrspolitik. „Gerade hier hat sich bestätigt, dass die gute Anbindung durch das Autobahnkreuz von A7 und A96 ausschlaggebend für die Standortentscheidung war“, so Ferber. □

### VCD-Positionen zum Fernbusverkehr:

## Für fairen Wettbewerb

**Innerhalb von zwei Jahren hat sich der Fernbusverkehr in Bayern etabliert. Doch ungleiche Rahmenbedingungen gewähren den Fernbussen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Bahn. Die Deutsche Bahn reagiert darauf nur zögerlich, stellt der Verkehrsclub Deutschland (VCD), Landesverband Bayern, in einem Positionspapier fest.**

Laut VCD rekrutiert der Fernbusverkehr seine Fahrgäste mit einem Qualitätsstandard, der zahlreiche objektive Vorteile wie einen meist günstigen Fahrpreis, umsteigefreie Verbindungen sowie einfache Tarife für die Fahrgäste bietet. Hinzu kämen ungleiche Rahmenbedingungen, die dem Fernbusverkehr einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Schienenverkehr einräumen. So komme der Busverkehr mit vergleichsweise wenig Personal aus, weil er weitgehend autark zu organisieren ist und er einfach das Straßennetz mitbenutzt. Zudem sei das Personal über Subunternehmen jederzeit leicht zu gewinnen. Die Bezahlung unterliege meist keinen Tarifvertragsstandards.

Darüber hinaus, so der VCD, seien die Linien schnell an den Bedarf anzupassen. Es gebe keine dauerhafte Betriebspflicht oder Bedienstandards. Es sei möglich, ausschließlich lukrative Verbindungen anzubieten. Bei der Nutzung der Infrastruktur entstünden ferner keine nennenswerten Kosten. Busreisende hätten deutlich weniger Rechte als Bahnreisende. Bei Verspätungen bekämen sie nur selten eine Entschädigung oder Hilfsleistungen.

Mit der Fernbuskonkurrenz verliert die Bahn nach Darstellung des VCD Fahrgäste (etwa 5 Prozent Einnahmeverlust bundesweit im Fernverkehr). Die meisten Fahrgäste im Fernbus nutzten Umfragen zufolge zuvor die Bahn. Ökologisch gesehen könnte der Fernbusverkehr sinnvoll sein, wenn er mehrheitlich Potenziale aus dem motorisierten Individualverkehr rekrutiert. Dies sei aber den Erhebungen zufolge nicht der Fall. Weil ein Bus durchschnittlich nur zwei bis drei Pkw zu ersetzen vermag, würden weder eine Einsparung an Energie noch eine Vermeidung von CO<sub>2</sub> durch den Fernbusverkehr erzielt – im Gegenteil. Während die Bahn – zumindest auf elektrifizierten Strecken – CO<sub>2</sub>-neutral fahren kann und dies zunehmend tut, bleibe die Emission von Fernbussen weitge-

hend unverändert. Langfristig werde das Missverhältnis damit noch größer.

Um diese Probleme zu lösen, beschreibt der VCD folgende Zielrichtungen: Für einen fairen Wettbewerb müssten die beanspruchte Infrastruktur für Straßen und Halte auch den Busunternehmen in Rechnung gestellt werden. Dazu sei eine Straßennaut für Fernbusse nötig, gegebenenfalls auch eine Stau-Abgabe, wenn durch Fernbusse bestimmte innerstädtische Straßen stark belastet sind. Eine angemessene Beteiligung der Busunternehmen an der benutzten Infrastruktur Omnibus-Bahnhöfe sollte erreicht werden.

Weiter gehöre zu einem gleichberechtigten Wettbewerb die Angleichung der Fahrgastrechte im Busverkehr mindestens an die Standards im Bahnverkehr. Die Politik sei in der Pflicht, die Rahmenbedingungen der Bahn zu verbessern und CO<sub>2</sub>-vermeidende Verkehre sowie Verkehre, die mit nachhaltig gewonnener Energie betrieben werden, zu fördern. Dazu sei eine Trassenpreisreform notwendig. Je länger die Fahrwege, desto geringer sollte der kilometerbezogene Trassenpreis sein. Die Bundesländer als Besteller des Nahverkehrs auf der Schiene sollten diesen stärker fördern. Primär seien dazu die Fördergelder für den Betrieb aufzustocken.

Die Deutsche Bahn wiederum ist nach Auffassung des VCD angehalten, umfassende Zukunftskonzepte zu erarbeiten und für die Kunden spürbare Verbesserungen einzuführen. Das Tarifsystem der Bahn sei zu überarbeiten und einfacher zu gestalten. Um den Systemvorteil der Bahn wirksam auszunutzen, müssten die Züge stärker untereinander und mit dem anschließenden lokalen Nahverkehr vertaktet werden. Anzustreben sei ein integraler Taktfahrplan für ganz Deutschland. Zudem wird die rasche Einführung komfortabler, flexibler und effizienter Neufahrzeuge gefordert. Diese Maßnahmen sollten „innerhalb weniger Jahre umgesetzt“ werden. **DK**

## Netzzusammenführung von O2 und E-Plus

**Im Januar 2016 startet Telefónica Deutschland die bundesweite Zusammenführung der UMTS- und GSM-Netze von O2 und E-Plus. Parallel baut das Unternehmen sein LTE-Netz zügig weiter aus und plant, Mitte 2016 auch eine gemeinsame LTE-Nutzung zu ermöglichen. Alle Kunden profitieren damit von einer noch besseren Netzversorgung. Sie vereinigt die Stärken des O2 Netzes bei LTE mit denen von E-Plus bei UMTS.**

„Als führendes digitales Telekommunikationsunternehmen wollen wir unseren Kunden das beste Netzerlebnis liefern. Nach der erfolgreichen Einführung des UMTS National Roaming ist die Integration der Mobilfunknetze der nächste wichtige Schritt auf dem Weg zu einer noch besseren und dichteren Netzversorgung. Es handelt sich um ein in Europa einmaliges technisches Großprojekt, das im erwarteten Umfang zu den Synergien beitragen wird, die wir dem Markt in Aussicht gestellt haben“, so Markus Haas, Chief Operating Officer von Telefónica Deutschland.

### Einmaliges Großprojekt

Bereits im ersten Jahr der Netzintegration will Telefónica Deutschland mit dem neuen integrierten Netz mehr als 60 Prozent der Bevölkerung abdecken. Um dieses Ziel erreichen zu können, startet die Netzintegration in Bayern zunächst im Großraum München und der Metropolregion Nürnberg. Die vollständige Zusammenführung soll innerhalb von fünf Jahren in ganz Bayern abgeschlossen werden. □

# Ökologische Durchgängigkeit an der Donau wird weiter verbessert

Fisch-Highway um das Bahnstrom-Kraftwerk Bertoldsheim  
Rhein-Main-Donau AG investiert rund 2,5 Millionen Euro

Am Bahnstrom-Kraftwerk Bertoldsheim haben kürzlich die Arbeiten zum Bau einer kombinierten technisch-natürlichen Fischaufstiegsanlage begonnen. Diese Maßnahme zur weiteren Verbesserung der ökologischen Durchgängigkeit der Donau erfordert Investitionen von rund 2,5 Millionen Euro. Das Kraftwerk Bertoldsheim ist die westlichste Anlage der Donau-Wasserkraft AG, an der die Rhein-Main-Donau AG zu 99,25 Prozent und Uniper zu 0,75 Prozent beteiligt sind. Die Betriebsführung obliegt der Uniper Kraftwerke GmbH.

Die Fischaufstiegsanlage am Donaukraftwerk Bertoldsheim umfasst eine Gesamtstrecke von 1.150 Meter, die am Nordufer der Donau um das Kraftwerk herumgeführt wird. Auf dieser Distanz werden in fünf unterschiedlich gestalteten Bauabschnitten insgesamt bis zu 7,20 Meter Höhenunterschied für Fische passierbar gemacht. Zielfischart für die Auslegung der geplanten Fischaufstiegsanlage ist der in der Donau heimische Huchen alias Donaulachs.

Fische wandern flussaufwärts gegen die Strömung. Deswegen ist der Einstieg in das Umgehungs-gewässer circa 500 Meter unterhalb des Kraftwerks vorgesehen. Dieser wird durch ein rund 120 Meter langes, naturnah gestaltetes Verbindungsgewässer, ein sogenanntes Raugerinne, mit einem beste-

henden Entwässerungsgraben verbunden. Das Raugerinne wird über 20 natürlich gestaltete Becken einen Höhenunterschied von 1,80 Meter überbrücken. Damit die Fische den Abzweig aus der Donau leichter finden, sind zur Erzeugung der entsprechenden Lockströmung aufwändige Gestaltungsarbeiten notwendig. Unter anderem sorgen eingebrachte Wasserbausteine und eine neue künstliche kleine Insel vor dem Einstieg für die unverzichtbare Lockströmung und einen fischfreundlich gestalteten Einstieg.

Der Entwässerungsgraben verläuft parallel zur Donau und hat bereits den Charakter eines Auenbachs mit Laichplätzen. Daher kann dieses Nebengewässer ohne bauliche Veränderungen auf rund 700 Meter für den Fischaufstieg genutzt werden kann. Auf dieser

Distanz überwindet es eine Höhendifferenz von 0,60 Meter.

Ebenfalls aufwändig ist die Anbindung des Entwässerungsgrabens im Oberwasserbereich (Stauraum) des Kraftwerks an den technischen Teil der Fischaufstiegsanlage. Das Ausstiegsbauwerk liegt rund 150 Meter oberhalb des Kraftwerks und wird mit einem 210 Meter langen, naturnah gestalteten Raugerinne an den Entwässerungsgraben angebunden. Über 39 Becken überwindet das Raugerinne dort einen Höhenunterschied von 3,20 Meter.

Mittels Einbau von Totholz, Wasserbausteinen und Kiesnestern sowie einem geschwungenen Verlauf mit Zonen unterschiedlicher Wasserführung werden die beiden etwa sieben Meter breiten und zwei bzw. drei Meter tiefen Raugerinne zu neuen, abwechslungsreichen und attraktiven Lebensräumen für Fische und Wasserlebewesen aufgewertet.

## Aufwändige Arbeiten

Das aufwändige Ausstiegsbauwerk wird als wirkungsvoller „Vertical Slot“-Fischpass, also mit versetzten Betonelementen modellierter Schlitzpass, errichtet. Auf diese Weise entstehen 19 versetzt angeordnete Betonbecken (350 x 225 Zentimeter) mit einer Tiefe von 120 bis 160 Zentimeter, so dass die wandernden Fische den Höhenunterschied von bis zu 1,80 Meter (je nach Wasserstand im Stauraum) gefahrlos und bequem überwinden können. Über ein betoniertes Trogbauwerk, das den Donaudamm durchdringt, wird der Schlitzpass oberwasserseitig an die Donau angebunden.

Die Herausforderung besteht darin, diesen Teil so an den bestehenden Stauhaltungs-damm anzupassen und technisch auszurüsten, dass trotz der mehrmals am Tag schwankenden Pegelstände im Stauraum immer die optimalen Wasserverhältnisse für die wandernden Fische in der Fischwand-

erhilfe bereitgestellt werden. Dazu wird die Anlage mit sechs regelbaren Einlaufschützen ausgerüstet, die voll automatisch sicherstellen, dass trotz der unterschiedlichen Wasserstände in der Stauhaltung die Fischaufstiegsanlage immer mit einer Wassermenge von durchschnittlich 500 Liter pro Sekunde (3,3 Badewannenfüllungen pro Sekunde) versorgt wird. Diese Wassermenge ist notwendig, damit die Fische problemlos den Aufstieg durchwandern können.

Aktuell befindet sich das Projekt in der Bauphase 1: Im Zentrum stehen dabei vorbereitende Arbeiten zur Errichtung des technischen Bauwerks und Erdarbeiten zur Gestaltung der Raugerinne. Daher laufen jetzt in der vegetationsarmen Zeit die Bauarbeiten mit schwerem Gerät. So wurden bisher für das Trogbauwerk und zur Querung des Damms insgesamt 33 Bohrpfähle gesetzt. Die notwendigen Spundwandarbeiten für das Schlitzpassbauwerk laufen derzeit ebenso, wie die Brunnenbohrungen zur Wasserhaltung während der Bauarbeiten. Auch sind schon die geschwungenen Verläufe der Raugerinne erkennbar.

„Uniper und Rhein-Main-Donau AG ist es ein zentrales Anliegen, Ökologie und Ökonomie bei der Nutzung der Wasserkraft in Einklang zu bringen. Mit dem Bau der Anlage in Bertoldsheim kommen wir diesem Ziel wieder ein Stück näher. Ohne den konstruktiven Dialog zwischen der Fischerei und uns als Betreiber bzw. Eigentümer der Anlage wäre ein solches Projekt deutlich schwieriger zu stemmen. Daher danken wir den zuständigen Behörden, der Fischerei sowie unseren Partnern für die positive Begleitung und die Genehmigung unseres Bauvorhabens“, sagte Peter Fösel, kaufmännischer Vorstand der Donau Kraftwerke AG.

Konzeption und Bau der Fischaufstiegsanlage wurden von der RMD Consult GmbH geplant. Abgestimmt wurden die Planungen mit dem Landratsamt Neuburg-Schrobenhausen, dem Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt, der Gemeinde Bertoldsheim sowie der Fischereifachberatung für Oberbayern. Die Projektleitung liegt in der Verantwortung der Uniper Kraftwerke GmbH. □

## Netzentwicklungsplan Strom 2025:

# Freistaat fordert weitere Entlastung beim Netzausbau

Wirtschafts- und Energieministerin Ilse Aigner hat im Kabinett betont, dass mit den energiepolitischen Vereinbarungen vom 1. Juli 2015 schon viel für Bayern angestoßen worden sei. „Jetzt werden wir nicht locker lassen, um weitere Verbesserungen beim Netzausbau für unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere schützenswerten Landschaften zu erreichen“, erklärte Aigner.

Dem Ministerrat berichtete die Ministerin über den 1. Entwurf des Netzentwicklungsplans Strom 2025. Darin schlagen die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber die aus ihrer Sicht notwendigen Netzausbau-projekte vor. Die Planungen können nach den Worten der Ministerin aber nur teilweise überzeugen. Aigner: „Positiv am neuen Netzentwicklungsplan ist, dass der Netzknoten Isar als Endpunkt der östlichen Gleichstromverbindung uneingeschränkt geeignet ist. Außerdem wird mit dem fast vollständig in Hessen verlaufenden Trassenprojekt ‚P43mod‘ statt ‚P43‘ nach Grafenrheinfeld eine faire Lastenverteilung zwischen den Bundesländern und eine Schonung des Biosphärenreservats Rhön ermöglicht.“

## Bayerische Ablehnung

Klar ablehnen wird Bayern im laufenden Konsultationsverfahren zum Netzentwicklungsplan jedoch die geplante Erhöhung der Übertragungsleistung der Süd-Ost-Passage von zwei auf vier Gigawatt sowie die vorgeschlagenen Trassenprojekte „P44“ und „P44mod“.

Aigner: „Der Ausbau der Süd-Ost-Passage mit vier statt zwei Gigawatt war nicht Grundlage der Vereinbarung vom 1. Juli 2015 und widerspricht der bayerischen Forderung, den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien an der Netzstruktur auszurichten und nicht umgekehrt. Eine doppelt so breite Trasse wie vereinbart werden wir auf keinen Fall hinnehmen.“ Nicht akzeptabel sind für Bayern auch die Varianten „P44“ und „P44mod“ von Thüringen nach Grafenrheinfeld bzw. von

Thüringen in den Landkreis Nürnberger Land. Ministerin Aigner: „Mit unserer Stellungnahme haben wir harten Widerstand gegen die Projekte ‚P44‘ und ‚P44mod‘ angekündigt, die weite Teile Nordbayerns in Mitleidenschaft ziehen würden. Mir erscheinen stattdessen bürger- und landschaftsverträglichere Lösungen - ob mit Erdkabeln oder neuen Technologien - gut möglich. Dies nochmals genauer zu untersuchen, ist jetzt Aufgabe der Netzbetreiber.“ Eine Erdverkabelung müsse darüber hinaus generell in Gebieten geprüft und angestrebt werden, in denen Menschen wohnen. Das gelte vor allem für die Trassenprojekte „P46“ (Ostbayererring) und „P43mod“ in Unterfranken.

## Verpflichtende Vereinbarung

Das Kabinett stimmte Aigners Vorschlag zu, die Energieversorger mit einer schriftlichen Vereinbarung zu Transparenz, Bürgerfreundlichkeit und Verlässlichkeit bei Kommunikation, Planung und Bau der Leitungsbauprojekte zu verpflichten.

„Die Übertragungsnetzbetreiber haben durch ihre Vorgehensweise im letzten Jahr viele Bürger vor den Kopf gestoßen und verbrannte Erde hinterlassen. Das darf nicht noch einmal passieren. Das Wirtschaftsministerium hat jetzt eine Task Force eingerichtet, um die Planungen der Übertragungsnetzbetreiber engmaschig zu begleiten und sie dazu anzuhalten, auf die Akzeptanz bei den Bürgern und die Minimierung der Auswirkungen auf Mensch und Umwelt zu achten“, machte Aigner deutlich. □



In der Heizzentrale der Wärmeversorgung Woringen - von links: Uwe Sommer, Leiter Kommunalkunden schwaben netz, Volker Müller, 1. Bürgermeister der Gemeinde Woringen, Jochen Lutz, 2. Bürgermeister, Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben. □

## Woringen setzt auf Erdgas für das Wärmenetz

Erdgas-Wegenutzungsvertrag über 20 Jahre abgeschlossen

Woringen und die kommunale Wärmeversorgung Woringen GmbH haben sich entschieden: Das örtliche Wärmenetz soll ab Heizperiode 2016/17 auch den Energieträger Erdgas nutzen.

Das klimaschonende Erdgas wird dabei zur Deckung der Mittel- und Spitzenlast und als Redundanz zur Bio-Wärme aus der örtlichen Biogasanlage eingesetzt. Somit steht die Wärmeversorgung in Woringen auf zwei stabilen Säulen.

Die notwendige Erdgasleitung von Gossmannshofen bis zur Heizzentrale in Woringen wird von schwaben netz gebaut, der 100% Netztochter im Unternehmensverbund von erdgas schwaben, zuständig für Bau und Unterhalt des Erdgasnetzes in der Region.

Ende November 2015 wurde der Erdgas-Wegenutzungsvertrag

mit einer Laufzeit von 20 Jahren im Rathaus von Woringen unterzeichnet. Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz freute sich: „Erdgasnetze sind immer dann wichtiger Bestandteil von Wärmeversorgungen, wenn es darum geht, Versorgungssicherheit zu gewährleisten.“

Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben ergänzt: „Für alle Entwicklungen auf dem Energiemarkt stehen wir als zuverlässiger Partner an der Seite unserer Kunden. Erdgas ist zukunftssicher, bleibt Partner der erneuerbaren Energien und wird die Brücke zur Wasserstofftechnik sein.“ □

Der schönste Energiemix

Erdgas // Bio-Erdgas  
Strom // Bio-Strom

Geld sparen, Klima schonen -  
unser Mix macht's möglich

Wir sind da, wo unsere Kunden sind  
www.erdgas-schwaben.de

## Jährliche Einsparung von 300 Tonnen Kohlendioxid

Bayernwerk Natur und Krankenhaus in Zwiesel nehmen Kraft-Wärme-Kopplungsanlage in Betrieb

Das Kreiskrankenhaus Zwiesel setzt weiter auf Energieeffizienz und hat sich für die Bayernwerk Natur GmbH als Partner für den Neubau einer Kraft-Wärme-Kopplungsanlage (KWK) zur gekoppelten Strom- und Wärmeerzeugung entschieden. Jetzt haben die Projektverantwortlichen die Inbetriebnahme der für das Krankenhaus maßgeschneiderten Energieanlage gefeiert.

„Diese effiziente, moderne und hochgradig wirtschaftlich arbeitende Anlage ist ein weiterer wesentlicher Beitrag des Klinikums zur Energiewende in der Region“, freute sich Bayernwerk Natur-Geschäftsführer Dr. Alexander Fenzl.

Die komplette Anlage wurde von der Bayernwerk Natur gebaut und finanziert. Es wurde ein hocheffizientes Blockheizkraftwerk (BHKW) nach dem neuesten Stand der Technik zur gleichzeitigen Wärme- und Stromerzeugung mit einer thermischen Leistung von 207 kW und einer elektrischen Leistung von 140 kW eingebaut.

### Positive Umweltbilanz

Die neue Anlage produziert jährlich rund 770.000 Kilowattstunden (kWh) Strom und deckt somit über 35 Prozent des Gesamtbedarfs des Krankenhauses. Zudem werden circa 1.138.000 kWh Wärmeenergie in das Kliniknetz eingespeist. Äußerst positiv ist dabei die Umweltbilanz: Die Rauchgase werden durch einen Dreiwegekatalysator auf modernstem technischen Stand gereinigt und

unterschreiten die geforderten Emissionswerte.

### Herzstück Erdgasmotor

Das nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung arbeitende Herzstück der Anlage, ein hocheffizienter Erdgasmotor, gekoppelt mit einem Stromgenerator und einem Wärmetauscher, erreicht einen Gesamtnutzungsgrad – dies ist das Verhältnis der nutzbaren zur eingesetzten Energie – von 90 Prozent und benötigt somit deutlich weniger Energie, als zur getrennten Erzeugung von Heizwärme und des elektrischen Stroms nötig wäre. Durch diese Technik vermeidet das Klinikum den Ausstoß von circa 300 Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr.

### Gute und reibungslose Zusammenarbeit

„Das Energiemanagement des Krankenhauses Zwiesel ist wegweisend“, betonte Christian Schmitz, Vorstand der Kreiskrankenhäuser. „Neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten werden auch Umwelt- und Klimaaspekte in vorbildlicher Weise berücksichtigt.“ Er hob die sehr gute

und reibungslose Zusammenarbeit mit der Bayernwerk Natur hervor. Rund sechs Monate ver-

gingen von der Auftragsvergabe bis zur Inbetriebnahme des BHKW. Die optimale Auslegung und Dimensionierung der Anlage mit einer möglichst hohen Laufzeit und Verfügbarkeit war Maßgabe. Die gesamte technische Realisierung erfolgte im gesteckten Zeitplan, die gesamten Umbauarbeiten und die Montage des neuen Aggregates gelang ohne Unterbrechung und Störung des Klinikbetriebs. □

## Warmwasser für das Hallenbad

Bayernwerk Natur und Stadtwerke Furth im Wald nehmen Power-to-Heat-Anlage in Betrieb

Die Bayernwerk Natur GmbH und die Stadtwerke Furth im Wald haben nun die moderne Power-to-Heat-Anlage im öffentlichen Hallenbad in Betrieb genommen. Die Power-to-Heat-Technologie koppelt einen elektrisch betriebenen Durchlauferhitzer mit dem bestehenden Blockheizkraftwerk.

In einem zweijährigen Pilotprojekt zum Test der Marktfähigkeit hat die Bayerwerk-Tochter Mitte November ein 250-Kilowatt-Modul installiert, das aus überschüssiger Energie heißes Wasser produziert, um effizient und günstig die Wärmeversorgung für das Hallenbad sicherzustellen. Den künftigen Betrieb und die Überwachung der Anlage in Furth im Wald übernehmen die Experten der Bayernwerk Natur.

### Der Kunde profitiert

„Power-to-Heat ist eine Lösung und ein neues Angebot, das den Kunden und uns als Anbieter Vorteile bringt. Zum einen profitiert der Kunde von den möglichen Brennstoffeinsparungen, zum anderen freuen wir uns über

die Chance, uns erneut als kompetenter Anbieter und Betreiber dezentraler Energielösungen zu beweisen. Als Teil des sogenannten Virtuellen Kraftwerks des Konzerns entstehen wirtschaftlich weitere Optionen“, erklärte Roman Angulanza, Projektleiter von Bayernwerk Natur. „Die Zukunft gehört den Energielösungen vor Ort. Wir sind spezialisiert auf individuelle Kundenlösungen und die dezentrale Energiegewinnung aus Erneuerbaren Energien. Diese Erfahrung bringen wir gerne in die Partnerschaft mit den Stadtwerken Furth im Wald ein“, so Roman Angulanza. Das Angebot sei zudem ein Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit mehrerer Konzernbereiche in Deutschland.

„Die Inbetriebnahme der Anlage im Hallenbad ist ein Meilenstein auf unserem Weg in die Energiezukunft“, erklärte Marcus Hanff, Geschäftsführer der Stadtwerke Furth im Wald. Mit der neuen Power-to-Heat-Technologie präsentieren sich die Stadtwerke als innovativer Partner und als Vorreiter beim Einsatz moderner, effizienter und wirtschaftlicher Entwicklungen. „Wir sind davon überzeugt, mit der Bayernwerk Natur einen Partner zu haben, der mit uns dieses Projekt langfristig zum Erfolg führen wird“, erklärte Marcus Hanff.

### Teil des Virtuellen Kraftwerks

Die Power-to-Heat-Anlage im Further Hallenbad wurde Mitte November zusammen mit dem Schaltschrank angeliefert. Die Befestigung der einzelnen Anlagenteile auf dem bereits vorbereiteten Sockel und die Montage der Komponenten im Heizraum des Hallenbads wurden noch am Vormittag durchgeführt. Im Anschluss wurden die Sensoren der Power-to-Heat-Anlage mit den Rohrverbindungsstücken verschraubt. Am Nachmittag wurden bereits die Verbindungen zwischen der neuen Anlage und dem Heizsystem des Hallenbads errichtet und verschweißt. Zum Abschluss wurden die Kabel gezogen und sämtliche Verbindungen zwischen Steuerung, Schaltschrank und dem Power-to-Heat-Modul eingerichtet.

Power-to-Heat ist auch Teil des sogenannten Virtuellen Kraftwerks, mit dem aus dem E.ON-Konzernverbund heraus kundentreue Energielösungen sowohl für Industriekunden als auch für öffentliche Einrichtungen angeboten werden sollen. Die neue Technologie soll die Möglichkeit mitbringen, am Regelenergiemarkt teilzunehmen, um bislang überschüssige erneuerbare Energie in größerem Maß zu nutzen. Die Kunden profitieren wiederum von der Umwandlung der überschüssigen Energie in Wärme, zusätzlichen Erlösen und einem verringerten Verbrauch von konventionellen Brennstoffen. □



Vertragsunterzeichnung. Vordere Reihe: Ursula Jekelius (links), oberbayerische Regionalleiterin des Bayernwerks und Erster Bürgermeister Jan Neusiedl (rechts). Hintere Reihe v. l.: Silke Mall, Kommunalbetreuerin des Bayernwerks, Peter Kleßinger, stellvertretender Leiter der Bauverwaltung und Anja Reinhardt vom Kommunalbereich des Bayernwerks und Geschäftsführerin der neu gegründeten Gesellschaft. Bild: Bayernwerk

Bayernwerk und Grünwald:

## Gemeinsame Gesellschaft

Die Gemeinde Grünwald und der Netzbetreiber Bayernwerk AG werden zukünftig bei dem Stromnetzbetrieb in Grünwald noch enger zusammenarbeiten. Zu diesem Zweck wurde die Elektrizitätsnetzgesellschaft Grünwald mbH & Co. KG gegründet. Der Startschuss für die gemeinsame Gesellschaft, an der die Gemeinde Grünwald mit 51 Prozent die Mehrheit halten wird, ist der 1. Januar 2016.

In die gemeinsame Gesellschaft bringt die Bayernwerk AG die gesamte örtliche Netzinfrastruktur auf Grünwalder Grund ein. Die Gemeinde erwirbt im Rahmen eines Anteilskauf- und Abtretungsvertrages 51 Prozent der Anteile der Gesellschaft. Sitz der Gesellschaft ist Grünwald. Unternehmensgegenstand ist in erster Linie die Verpachtung des eigenen Elektrizitätsverteilungsnetzes, weitere mit diesem Zweck eng verbundene Tätigkeiten der Daseinsvorsorge können zukünftig hinzukommen.

„Mit der vereinbarten Kooperation werden wir die gute Partnerschaft mit dem Bayernwerk erfolgreich fortsetzen. Der Bereich „Energieversorgung“ ist für uns von großer Bedeutung. Auf diese Weise können wir nun auch auf kommunaler Ebene verantwortungsbewusst und zukunftsorientiert mitgestalten und Einfluss nehmen. Dass das Bayernwerk als Pächter weiterhin die Verantwortung für den technischen Netzbetrieb übernimmt, stellt aus unserer Sicht für den Grünwalder Bürger ein Maximum an Versorgungssicherheit sicher“, erklärte Erster Bürgermeister Jan Neusiedl.

„Wir freuen uns über das entgegengebrachte Vertrauen und die weitere partnerschaftliche Zusammenarbeit“, so Ursula Jekelius, Leiterin Kommunen und Kooperationen und zuständig beim Bayernwerk für die Region Oberbayern. „Wir werden auch zukünftig in eine sichere und zukunftsstrahlende Stromversorgung investieren“, erklärte Anja Reinhardt, Kommunalbereich beim Bayernwerk und Geschäftsführerin der neu gegründeten Gesellschaft.

Das Stromnetz wird nun an die Bayernwerk AG verpachtet, womit die Bayernwerk AG weiterhin für den Netzbetrieb verantwortlich ist. Der mit der Bayernwerk AG laufende Konzessionsvertrag wird auf die neue Gesellschaft übertragen. Durch die Ausgestaltung der Gesellschaft ist die kommunale Einflussnahme – insbesondere auf Investitionen und Ausbau des Netzes – gewährleistet. Die Partner sind sich einig, das Versorgungsnetz in der Gemeinde Grünwald bewusst gemeinsam und unter kommunaler Federführung zu betreiben und für die Herausforderungen einer modernen Stromversorgung zu rüsten. □



## Schnelldorf verlängert Partnerschaft mit N-ERGIE

Die Gemeinde Schnelldorf und die N-ERGIE Aktiengesellschaft haben Ihre Partnerschaft um bis zu 20 weitere Jahre verlängert: Die Erste Bürgermeisterin Christine Freier und Volker Laudien, Leiter Asset Owner und Kommunen bei der N-ERGIE, haben einen neuen Konzessionsvertrag für die Stromversorgung in Schnelldorf unterzeichnet. Der Konzessionsvertrag gestattet der N-ERGIE, im öffentlichen Raum Stromnetze zu bauen und zu betreiben, wofür die Gemeinde eine gesetzlich festgelegte Konzessionsabgabe erhält.

„Die N-ERGIE wird während der Vertragslaufzeit mit Schnelldorf die Stromversorgung weiterhin im Interesse der Kunden sicherstellen und steht der Gemeinde als Ansprechpartner bei allen Energiefragen zur Seite“, erklärte Volker Laudien. Die Versorgungssicherheit im Netzgebiet der N-ERGIE liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. 2014 investierte das Unternehmen rund 100 Millionen Euro in seine Stromnetze. Unser Bild zeigt sitzend: 1. Bürgermeisterin Christine Freier, Volker Laudien (N-ERGIE). Stehend - v. l.: Geschäftsleitender Beamter Günter Leyh, Kämmerin Tina Hofmann-Meyer, Markus Prokopczuk (N-ERGIE). □

## Für ein lebendiges Bayern.

Wir machen uns stark für die Menschen in der Region und engagieren uns für Gesellschaft, Kultur und Ökologie.

[www.bayernwerk.de](http://www.bayernwerk.de)

bayernwerk





LEW-Leuchtenpark:

## Ausbau zum Technologiezentrum

Die Lechwerke (LEW) bauen den bestehenden LED-Leuchtenpark in Königsbrunn bei Augsburg zum Technologiezentrum aus: So können Besucher künftig mit 100 nun doppelt so viele verschiedene Modelle umweltfreundlicher Straßen- und Objektbeleuchtungslösungen wie bisher begutachten.

Über das Thema Straßenbeleuchtung hinaus informieren die Lechwerke im Technologiezentrum nun auch über Elektromobilität und effiziente Energielösungen. Interessierte finden dort Informationen zu Wärmepumpensystemen und Batteriespeichern sowie zu Elektrofahrzeugen, Ladesäulen oder Ladeboxen. Auch Smart-Home-Komponenten sind Teil der neuen Anlage.

Im Mittelpunkt des Technolo-

giezentrums stehen innovative und energieeffiziente Lösungen für die Straßenbeleuchtung. Zu den funktionellen Straßenbeleuchtungen sind nun auch dekorative Beleuchtungssysteme hinzugekommen. Das LEW-Technologiezentrum bietet eine der größten Ausstellungen zu LED-Straßenleuchten in Süddeutschland: Auf dem 13.000 m<sup>2</sup> großen Gelände entstand eine Parkland-



Auf dem rund 13.000 Quadratmeter großen Technologiezentrum in Königsbrunn bei Augsburg informieren die Lechwerke Unternehmen und Kommunen über effiziente Beleuchtungssysteme, Energielösungen und Elektromobilität. Bild: LEW/Funck

Leuchtenformen und -designs, Lichtfarben und Beleuchtungsstärken präsentiert werden. Insgesamt befinden sich rund 40 Objektbeleuchtungen sowie 60 verschiedene Straßenleuchten auf dem LEW-Gelände. Um unter-

schiedliche Beleuchtungssituationen nachbilden zu können, sind alle Leuchten einzeln schalt- und dimmbar.

### Führungen und Vorträge

Nach Vereinbarung bieten die Lechwerke Führungen für Kommunen, Geschäfts- oder Gewerbetreibenden durch das Technologiezentrum an. In der zweieinhalb-stündigen Führung durch den LED-Leuchtenpark erfahren Besucher mehr zur LED-Technik und können die Tag- und Nachtwirkung der Leuchten erleben. Die E-Mobility-Führung dauert etwa eine Stunde und besteht aus einem Vortrag und anschließenden Testfahrten mit E-Bike und E-Auto.

Derzeit wird auf dem Gelände ein Vortragsaal gebaut, um Unternehmen, Kommunen und Bürger noch besser vor Ort informieren zu können. Die offizielle Eröffnung des neuen Technologiezentrums ist im Frühjahr nächsten Jahres geplant.

Weitere Informationen unter: [www.lew.de/technologiezentrum](http://www.lew.de/technologiezentrum)

Thüga-Gruppe:

## Strom zu Gas-Technologie ist Smart Grid-tauglich

München/Frankfurt am Main: „Mit der Einbindung unserer Anlage in ein virtuelles Smart Grid\* ist ein entscheidender Schritt erfolgt. Wir haben bewiesen, dass die Strom zu Gas-Technologie Unterschiede zwischen Stromerzeugung und -verbrauch intelligent aussteuern kann und das bis auf die Minute genau“, so Michael Riechel, Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft.

Im Herbst hatten die 13 Partner der Strom zu Gas-Anlage erstmals getestet, wie sich die Anlage in einer zunehmend von erneuerbaren Energien geprägten Energielandschaft verhält. Dazu hatte das Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme eine Software für eine Echtzeit-Steuerung entwickelt.

### Computersimulation

Während des Livebetriebs ist die Thüga Strom zu Gas-Anlage mit Wind- und Solaranlagen, einem Blockheizkraftwerk (BHKW) und dem Stromverbrauch mittels Computersimulation in einem virtuellen Smart Grid zusammen geschaltet worden. Die Strom zu Gas-Anlage hat bei zu viel Strom diesen automatisch in Wasserstoff umgewandelt und eingespeist. Bei zu wenig Strom hat das angeschlossene BHKW die gespeicherte Energie zur Rückverstromung genutzt. Dieser Prozess erfolgte automatisch durch die intelligente Steuerungssoftware.

„Dieses Ergebnis ist entschei-

dend, um die Strom zu Gas-Technologie zur Speicherung größerer Energiemengen einzusetzen, denn sie erfüllt ihren Zweck erst dann, wenn sie automatisch auf sich ständig ändernde Bedingungen in der Erzeugung und beim Verbrauch reagiert“, erklärt Riechel. Die Integration des stetig wachsenden Anteils an Wind- und Sonnenenergie in die bestehende Stromversorgung ist gegenwärtig schwierig, auch da deren Einspeisung fluktuiert. Aktuell muss der Überschussstrom zunehmend abgeregelt werden, da nicht genügend Speicher vorhanden sind. Nur mit ausreichend intelligenten Speichersystemen für regenerativen Strom kann die Energiewende gelingen.

\* Erklärung virtuelles Smart Grid: Die Anlagen sind real und in Echtzeit an unterschiedlichen Standorten gelaufen. Zusammengeschaltet wurden die Anlagen nicht physikalisch innerhalb eines Netzes, sondern virtuell in einer Computersimulation. □

BayernFM:

## Unterstützung bei Umsetzung des Energieaudits

Im vergangenen Jahr ist das novellierte Energiedienstleistungsgesetzes (EDL-G) in Kraft getreten. Demnach sind Großunternehmen verpflichtet ein Energieaudit durchzuführen. Die Bayern Facility Management GmbH (BayernFM) unterstützt ihre Kunden bei der Umsetzung und der Einhaltung der Fristen.

Im Zuge der Umsetzung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie 2012/27/EU wurde mit der Novelle des deutschen Energiedienstleistungsgesetzes (EDL-G) die Pflicht zur Durchführung von periodischen Energieaudits für Unternehmen eingeführt. Das EDL-G verpflichtet alle Unternehmen, die nicht unter die KMU-Definition fallen, erstmalig bis zum 5. Dezember 2015 und danach mindestens alle vier Jahre ein Energieaudit durchzu-

führen. Der Ablauf des Energieaudits ist gemäß DIN 16247 definiert und gliedert sich in mehrere Phasen wie u.a. Datenerfassung, Gebäudebegehung und -analyse, Berichterstellung sowie ein Abschlussgespräch.

Rund 50 Unternehmen, darunter zahlreiche Sparkassen, beauftragten die BayernFM mit der Durchführung des Energieaudits. Zu diesem Zweck wurde eigens ein interdisziplinäres Expertenteam aus Energiemanagern, Bau- und HKLS-Ingenieuren gebildet, das situativ um weitere Fachkräfte ergänzt werden kann. Die ersten Workshops begannen im Juli 2015 und obwohl der Zeitplan angesichts des hohen Auftragsvolumens recht knapp bemessen war, wurden alle Abschlussgespräche erfolgreich absolviert.

Im Vorfeld dazu haben die Energieaudit-Kunden die Verbräuche für sämtliche relevanten Energieverbraucher aus den Bereichen IT, Haus- und Anlagentechnik, Produktionstechnik und Fuhrpark mittels eines webbasierten Datentools und standardisierter Formulare erhoben. Der Datenpool umfasst die Energiebezüge von bundesweit rund 2.000 Standorten von 20 m<sup>2</sup> bis 25.000 m<sup>2</sup> Nutz- und Verkehrsfläche. Über 20.000 Verbraucher wurden bis heute erfasst - von einfachen Büroleuchten und Elektrogeräten bis hin zu Heizungs-/Klimaanlagen und Produktionsanlagen. Die im Rahmen des Energieaudits entwickelten technischen, baulichen und organisatorischen Einsparmaßnahmen stellen für den Kunden lediglich eine Empfehlung dar und sind nicht verpflichtend umzusetzen. Im Vergleich dazu ist jedoch das Re-Audit nach vier Jahren seitens des Gesetzgebers vorgeschrieben. In der Zwischenzeit ist ein jährlicher Erfahrungsaustausch gemeinsam mit den Kunden vorgesehen.

Darüber hinaus plant die BayernFM in naher Zukunft ein sogenanntes Energieeffizienz-Netzwerk zu initiieren. Das Bundesumweltministerium unterstützt im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative derartige Zusammenschlüsse von 8 bis 15 Unternehmen, die im regelmäßigen moderierten Erfahrungs- und Ideenaustausch stehen und somit voneinander lernen, wie man zeit- und kosteneffektiv den Energieverbrauch senken kann. Die Auswertungen ergaben, dass die Unternehmen, die in den Netzwerken zusammengeschlossen sind, doppelt so schnell ihre Effizienz steigern, wie der deutsche industrielle Durchschnitt. □

## Projekt zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung

Ein gemeinsames Projekt des Instituts für Energietechnik in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum für Kraft-Wärme-Kopplung und dem Studentenwerk Oberfranken hat genau das zum Ziel: Effizienzsteigerung und Kostensenkung. Denn in Bestandsobjekten steckt großes Potenzial: 10 Prozent CO<sub>2</sub>-Einsparung ohne großen wirtschaftlichen Aufwand ist möglich. Prof. Dr. Markus Brautsch von der OTH Amberg-Weiden und Josef Tost, Geschäftsführer des Studentenwerks Oberfranken, haben das erkannt und ein gemeinsames Konzept auf den Weg gebracht. Dieses Konzept hat auch das Bayerische Wirtschaftsministerium überzeugt, das das Projekt zu 50 Prozent fördert.

Das Konzept beinhaltet die Erfassung des Energieverbrauchs und der Energieinfrastruktur der rund 15 Studierendenwohnheime des Studentenwerks Oberfranken, die größtenteils vor 30 Jahren erbaut wurden. Mit den Daten werden Steckbriefe erstellt und eine Datenbank aufgebaut. Das lässt Schwachstellen leichter erkennen, z.B. veraltete Heizpumpen. Mit den Steckbriefen, die jährlich aktualisiert werden, wird ein Energie-Monitoring aufgebaut. □

Energie Südbayern:

## Strompreise für Privatkunden sinken

Die Energie Südbayern GmbH startet mit attraktiven, TÜV-zertifizierten Ökostrom-Angeboten in den Winter – und dies trotz erheblich gestiegener staatlicher Umlagen. Die neuen Tarife FIX13 Ökostrom und FIX25 Ökostrom sind deutlich günstiger als die örtliche Grundversorgung und selbst als aktuell auslaufende Tarifprodukte des Unternehmens.

Durch die frei wählbare Laufzeit von 13 oder 25 Monaten können Privatkunden von Energie Südbayern sich wahlweise bis 31. Januar 2017 oder sogar gleich bis 31. Januar 2018 gegen Preisschwankungen am Energiemarkt absichern. „Die vorteilhaften Marktentwicklungen im Strombereich geben wir selbstverständlich an unsere Kunden weiter. Auch unsere langfristigen Planungen sowie die stets fortlaufende Optimierung interner Prozesse trägt dazu bei, Preissenkungen für unsere Kunden möglich zu machen“, erläutert Helmut Schmidbauer, Fachbereichsleiter Vertrieb bei Energie Südbayern.

Die Senkung der Preise ist ein deutlicher Vorteil für Verbrau-

cher, denn allein die erhöhten Umlagen bedeuten für einen Kunden mit einem Durchschnittsverbrauch von etwa 3.500 Kilowattstunden Mehrkosten von über 25 Euro.

Energie Südbayern legt als regional verwurzelter und in Ober- und Niederbayern führender Energiedienstleister mit über 50 Jahren Erfahrung im Markt stets großen Wert auf attraktive Konditionen bei Strom- und Erdgasprodukten – und ebenso auf hohe Kundenzufriedenheit. Dies beleuchtet die Zertifizierung des Kundenservices durch den TÜV Süd sowie das unabhängig vergebene Siegel „Deutschlands kundenorientierteste Dienstleister“.

Weitere Informationen unter: [www.esb.de](http://www.esb.de) □

Gemeinsam stark.  
Kommunale  
Partnerschaften.

## Energie Südbayern. Regionaler Partner der Kommunen.

Seit über 50 Jahren Energieversorger der Region.

Unsere Leistungen:

- > Entwicklung zukunftsweisender Energielösungen
- > Intelligente Energiekonzepte für Städte und Gemeinden
- > Sichere und strukturierte Energiebeschaffung und -lieferung
- > Individuelle Beteiligungsmodelle

[www.esb.de/kommunen](http://www.esb.de/kommunen)

ENERGIE SÜDBAYERN

Kongressmesse RENEXPO® HYDRO 2015 in Salzburg:

## Innovative Drehscheibe für Europas Wasserkraft

Mit neuester Technik, Kontaktbörsen und direktem Wissenstransfer hat die RENEXPO® HYDRO im Messezentrum Salzburg für über 2.000 Besucher, 700 Tagungsteilnehmer und 125 Aussteller aus 14 Ländern Europas für ein außergewöhnliches Erlebnis gesorgt. Binnen weniger Jahre hat sich die Kongressmesse als innovative Drehscheibe für Europas Wasserkraft etabliert.

20 Hersteller von Turbinen und Wasserkraftschnecken bis hin zum Wasserrad, 12 Rohrleitungsproduzenten und 10 Firmen aus der Mess- und Regeltechnik stellen das Gros der Aussteller zur Wasserkraft. Wehr- und Rechenanlagen, Generatoren, Energiehandel und Medien sowie hochinteressante Nischenprodukte wie mobile Kleinstwasserkraft für off-grid-Regionen oder High-Tech zum Stand der Technik von Fischwanderhilfen rundeten das

bayerischer Sicht sowie Nutzen und Wirtschaftlichkeit neuer Pumpspeicher-Anlagen bis ins Jahr 2050.

Wie Dr. Franz Zöchbauer, Leiter Public Affairs, VERBUND AG, darlegte, ist die Wasserkraft mit einem Anteil von 18 % auch in Europa eine bedeutende Quelle der Stromerzeugung. Sie leiste einen signifikanten Beitrag zum Wohlstand in Europa, sichere hochwertige Arbeitsplätze, trage zur Versorgungssicherheit und Stabilität

le Europas in der Wasserkraft zu behaupten.

„Um die Wasserkraft zielgerichtet weiterentwickeln zu können, braucht es stabile Rahmenbedingungen, die einheitliche Wettbewerbsbedingungen für alle Stromerzeugungstechnologien an einem diskriminierungsfrei zugänglichen Strommarkt garantieren“, erläuterte Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG und zuständig für Wasserkraft im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW.

Der RMD-Vorstand zeigte auf, „dass die Energiewende kein Kind von Fukushima ist, dadurch aber beschleunigt wurde“. Eigentlich habe die Energiewende bereits 1991 mit dem Inkrafttreten des Stromeinspeisungsgesetzes begonnen.

### Unverzichtbare Energiewende

Laut Schleich „ist die Energiewende unverzichtbar, stellt uns aber vor große Herausforderungen“. Die Abkehr von der Kernenergie werde von der Mehrheit der Bevölkerung getragen. Allerdings sei das energiewirtschaftliche Zieldreieck mit den Komponenten Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit gefährdet.

Nach den Worten des Vorstands ist die Netzstabilität in Gefahr: „Wir haben in Bayern mit einer immer größeren Lücke zwischen der Höchstlast und der gesicherten Leistung zu kämpfen.“ Auch die schnell wachsende EEG-Umlage, sinkende Börsenstrompreise, Netzausbaukosten bis zu 50 Milliarden Euro für Verteil- und Übertragungsnetze sowie der Umstand, dass die notwendigen Investitionen in Erzeugungsanlagen mit hoher Verfügbarkeit am Wegfall des Marktes scheiterten, bereiten Schwierigkeiten.

Zudem gebe es große Vorbehalte von Nichtregierungsorganisationen (NGO), die einerseits den Ausbau der Erneuerbaren Energien befürworteten, andererseits aber den Flächenfraß beklagten. Auch die Wasserkraft sei nicht frei von Kritik, da deren Nutzung bisweilen auch mit den Interessen des Naturschutzes kollidiere, wie u. a. das Projekt der VERBUND Wasserkraft „Energienutzung Untere Salzach – Tittmoninger Becken“ zeige.

### Enormer Beitrag zur Versorgungssicherheit

Dass die Wasserkraft zum Thema Versorgungssicherheit einen besonders großen Beitrag leistet, steht für Schleich außer Frage: „Wasserkraft steht rund um die Uhr zur Verfügung und ist grundlastfähig; sie trägt mit ihrer Kraftwerksleistung zu einer gesicherten Energieversorgung bei und ist eine gut planbare, zuverlässige, heimische, regenerative Energie. Wasserkraft ist gut regelbar und leistet daher einen wesentlichen Beitrag zur Netzstabilität. Zudem ist Strom aus Wasserkraft speicherbar.“

Wasserkraftnutzung sowie Natur- und Klimaschutz seien keine Gegensätze, sondern gehörten zusammen, erläuterte Schleich. Wasserkraftnutzung bedeute saubere Stromproduktion ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen, ohne Rückstände oder Abfälle und durch Reinhaltung der Flüsse mit Rechenreinigungsmaschinen. Wasserkraft schone natürliche Ressourcen und das Klima.

Konsequent engagierten sich die Wasserkraftunternehmen für die jeweilige Fischfauna mit

maßgeschneiderten Ökologieverbesserungs-Aktionen an ihren Flussläufen. Wasserkraftanlagen leisteten einen Beitrag zur Sohl- und damit zur Grundwasserstabilisierung. Wasserkraftnutzung schaffe hochwertige Naturschutzgebiete. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2013 („Deutscher Energiekompass“ der IG BCE) ist die Akzeptanz für Wasserkraft bei der „schweigenden Mehrheit der Bevölkerung“ mit 94 % freilich sehr hoch. Nur 6 % sehen in der Wasserkraft Nachteile.

Mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit meinte der RMD-Vorstand: „Neu- und Ausbau der Wasserkraft rechnen sich nicht mehr.“ Somit gelte es, die vorhandenen Wasserkraftpotenziale zu nutzen – einerseits durch Effizienzsteigerung an bestehenden Anlagen durch Modernisierung, andererseits durch Nachrüstung.

Nach Schleichs Ansicht würde sich die Wasserkraft in einem freien Markt leicht gegenüber allen anderen regenerativen Erzeugungsarten behaupten, doch sei der Markt durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz außer Kraft gesetzt worden. Die Börsenstrompreise an der EEX (European Energy Exchange) seien so niedrig, dass sich Investitionen zum Ausbau der Wasserkraft nicht mehr rechnen. Die EEG-Boni für Wasserkraft erzielten keine Hilfe dar, da sie die Baukostensteigerungen und die Investitionen für die ökologischen Maßnahmen bei Wasserkraftprojekten nicht berücksichtigen.

### Kommunikation von Großprojekten

Erfolg bei komplexen Entscheidungen und Projekten sowie in schwierigen Situationen verlangt nach Akzeptanz bei den relevanten Anspruchsgruppen. Die österreichische Agentur wikipreventk schafft dafür die Basis durch fallspezifische Kommunikationsberatung. Sie unterstützt Kunden beim Management ihrer öffentlichen Wahrnehmung, bei der Gestaltung ihrer Kommunikationsprozesse, der Durchsetzung von Interessen und Stärkung ihrer Reputation.

Wie ganz allgemein die Kommunikation von Großprojekten gelingen kann, machte wikipreventk-Geschäftsführer anhand folgender Regeln sichtbar:

1. Kommunikation als wesentlichen Bestandteil des Projekterfolges erkennen
2. Gesunde Selbsteinschätzung
3. Personen kennen, Themen kennen
4. Auf alles vorbereitet sein
5. Fragen & Antworten ausarbeiten
6. Schnell sein
7. Nutzen darstellen
8. Kritische Themen aktiv managen
9. Verständlich kommunizieren
10. Dialogbereit bleiben.

Künftig werden die erneuerbaren Energien die tragende Säule der Stromerzeugung sein. Hierfür benötigt das Energiesystem jedoch zunehmend Flexibilität. Darüber hinaus muss auch in Zeiten einer geringen Erzeugung aus erneuerbaren Quellen die Versorgungssicherheit gewährleistet sein. Die Kernbotschaft der „1. Internationalen Konferenz über Pumpspeicherkraftwerke“ lautete, dass Pumpspeicherkraftwerke einen wesentlichen Beitrag zur Lösung beider Herausforderungen liefern können.

Als Marktvorteile der Pumpspeicher definierte Günther Brauner von der TU Wien u. a. die hohe Regelfähigkeit (Gradienten in beide Richtungen), hohe Umwandlungswirkungsgrade sowie große Speichervolumina und Schwungmassen. Zudem eignen sich Pumpspeicher zur Spannungs- und Frequenzregelung und wiesen kleinere Erzeugungspreise als Batterien und niedrigere Preise als Wasserstoff oder Ökometan auf. **DK**

IFAT 2016:

## Abwasser als Energieträger

Komponenten, Systeme und Best-Practice-Beispiele

Abwasser, Klärgas, Klärschlamm – das sind nur drei Begriffe, die im Zusammenhang mit Energierückgewinnung immer wieder auftauchen. Was hier alles möglich ist, zeigen aktuelle Produkte und Verfahren zum Gesamtkomplex Abwasseraufbereitung, Klärschlammbehandlung und -verwertung, die auf der kommenden IFAT vom 30. Mai bis 3. Juni 2016 auf dem Messegelände in München präsentiert werden.

„Unsere Aussteller bilden technologisch den gesamten Pfad von der Abwasserbehandlung bis zur Wärmerückgewinnung und Energiegewinnung aus Abwasser ab“, erklärt Silvia Fritscher, Projektleiterin der IFAT. „Darüber hinaus zeigen sie auf ihren Ständen anhand von Best-Practice-Beispielen neue Konzepte für das ‚Kraftwerk Kläranlage‘ auf.“

So stecken im Abwasser und seinen Aufbereitungsprozessen jede Menge Energie. Zum Beispiel im Klärgas: Im Jahr 2014 wurden allein auf den deutschen Kläranlagen 1.340 Gigawattstunden Strom aus diesem „Nebenprodukt“ der Klärschlammfäulung gewonnen. Eine Energiemenge, mit der der Strombedarf einer Großstadt wie Frankfurt am Main ein ganzes Jahr lang gedeckt werden könnte. Und das Potenzial ist noch wesentlich größer: Von den über 10.000 Kläranlagen in Deutschland gewannen im letzten Jahr nur 1.252 Anlagen Klärgas.

Aber auch in der Temperatur des Abwassers sind bedeutende Energiemengen enthalten. Häusliches, gewerbliches und industrielles Abwasser ist je nach Anwendung und Messpunkt zwischen 10 und 60 Grad Celsius warm. Über spezielle Wärmetauscher geleitet, kann dieser Energieschatz geho-

ben werden. Das auf Wasseraufbereitung, Abwasserreinigung und Schlammbehandlung spezialisierte Maschinenbauunternehmen Huber SE aus Berching/Deutschland hat errechnet, dass zum Beispiel die bayerische Landeshauptstadt München theoretisch über 60 Prozent ihres Energiebedarfs aus ihrer eigenen Abwasserwärme decken könnte.

Ein realitäts- und praxisnaher Anfang, dieses Potenzial zu erschließen, sind kleinräumige Kreisläufe. Beispielsweise betreibt das Münchner Klinikum rechts der Isar seit Mitte 2014 die erste Zentrale Sterilgutversorgungsabteilung (ZSVA) Deutschlands, die mit einer Abwasser-Wärme-Rückgewinnungs-Anlage (AWRG-Anlage) ausgestattet ist.

In der ZSVA werden jährlich 64.000 Sterilguteinheiten gereinigt und sterilisiert – der Großteil des am Klinikum benötigten OP-Materials. Am Ende dieses Prozesses fallen beträchtliche Mengen heißen Abwassers an. Die AWRG-Anlage gewinnt diese Energie teilweise zurück und wärmt damit das Wasser für den nächsten Reinigungs- und Sterilisierungsvorgang vor. Pro Jahr können so rund 200 Megawattstunden an Wärmeenergie eingespart werden. **□**

CSU-Arbeitskreis Energiewende:

## Kritische Anmerkungen zur rechten Zeit

Der CSU Arbeitskreis Energiewende (AKE) hat sich für eine Beibehaltung der steuerlichen Abschreibedauer von Blockheizkraftwerken in Wohngebäuden ausgesprochen. Laut AKE wurde diese durch einen aktuellen Beschluss der obersten Finanzbehörden der Länder von 10 auf 50 Jahre ausgeweitet, weil diese BHKWs wieder als Gebäudebestandteil betrachtet werden. „Dies ist für die notwendige Verbreitung von BHKWs nicht förderlich und bei einer durchschnittlichen Lebensdauer einer BHKW-Anlage von nicht mehr als 20 Jahren auch nicht sinnvoll“, stellte AKE-Landesvorsitzende Martin Ehrenhuber klar.

Bei einer durchschnittlichen Lebensdauer einer KWK-Anlage von nicht mehr als 20 Jahren mache eine derartige Verlängerung keinen Sinn und stehe zudem im Widerspruch zu den Bemühungen der Bundesregierung, die Effizienz bei der Nutzung von Energie zu steigern und damit einen wichtigen Beitrag zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz zu leisten.

Bei Umsetzung des Beschlusses der obersten Finanzbehörden der Länder würde eine Technik ausgebremst, die durch die gleichzeitige Bereitstellung von Strom und Wärme einen energetischen Gesamtnutzungsgrad von 80 Prozent aufweist und damit maßgeblich zur Verringerung des Energieverbrauchs beiträgt.

### Solarstromspeicher-Förderung

Auch das Ende der Solarstromspeicher-Förderung ist dem AKE ein Dorn im Auge. Nach Martin Ehrenhubers Worten gebe sich Bundesminister Gabriel endgültig als Gegner der dezentralen Energiewende zu erkennen, indem er im Dezember 2015 die Solarstromspeicher-Förderung beendet hat. Dies sei ein fatales Signal und komme zur falschen Zeit. Trotz einer erfolgreichen Marktentwicklung, vieler heimischer Unternehmen und bereits eingplanter Haushaltsmittel sei dieser För-

derstopp nicht nachzuvollziehen.

Gerade für Bayern seien Solarstromspeicher von großer Bedeutung, da im Freistaat ein hoher Ausbaugrad an Photovoltaik erreicht wurde. Die Solarstromspeicher stellen einen wichtigen Baustein in der dezentralen Energiewende dar und trügen entscheidend dazu bei, die Stromlücke zwischen Tag und Nacht zu schließen sowie das Stromnetz zu stabilisieren. Bei weit über 400.000 PV-Anlagen in Bayern ist es nach Auffassung des AKE von entscheidendem Interesse, Solarstromspeicher auf allen Ebenen zügig umzusetzen. „Gabriel macht nicht nur eine Energiepolitik gegen eine dezentrale Energiewende, sondern auch eine schädliche Politik gegen Bayern“, kritisierte Ehrenhuber.

Der AKE geht in Zukunft von einem weiterhin wachsenden Markt für Solarstromspeicher in Deutschland aus. Die Dynamik werde jedoch durch den Förderstopp ohne Grund abgewürgt, zeigt sich der Arbeitskreis Energiewende überzeugt. „Deutschland erteilt durch die Fehlentscheidung von Minister Gabriel einer möglichen frühzeitigen Vorreiterrolle bei der Integration des Photovoltaik-Stroms und einem Wachstumsfeld von Weltbedeutung eine Absage und schwächt damit auch die Stellung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt“, betonte der AKE-Landesvorsitzende. **DK**



V. l.: VBEW-Geschäftsführer Detlef Fischer, Stefan Pastötter, Vorstandsmitglied der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern, Landesrat Dipl.-Ing. Dr. Josef Schwaiger, Land Salzburg, Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Bayerisches Wirtschaftsministerium), Dr. Albrecht Schleich, Vorstand Rhein-Main-Donau AG. **□**

umfassendste Messe-Angebot ab, das es in Europa je zu diesen Themen gab.

Nach der Eröffnung der RENEXPO® HYDRO durch den Salzburger Landesrat Dr. Josef Schwaiger verwies Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer in seinem Impulsreferat darauf, dass 2014 ca. 37 % des Stromverbrauchs in Bayern aus erneuerbaren Energien gedeckt wurden. Damit stehe der Freistaat an der Spitze der regenerativen Stromerzeugung in Deutschland. Mit einem Anteil von etwa 15 Prozent sei die Wasserkraft weiterhin der größte erneuerbare Stromerzeuger.

### Wasserkraftland Bayern

Pschierer machte deutlich, dass Bayern „immer Wasserkraftland“ gewesen sei. Als Vorteile dieses heimischen Rohstoffs nannte er u. a. die geringen Erzeugungskosten, die zuverlässige und ausgereifte Technik sowie den hohen Wirkungsgrad.

Die Staatsregierung kämpft nach Pschierers Worten für die Kleinwasserkraftanlagen, wobei es vornehmlich um Modernisierung, Effizienzsteigerung und Nachrüstung gehe, weil das Neubaupotenzial begrenzt sein dürfte. Heute gibt es in ganz Deutschland nur noch rund 7600 Wasserkraftanlagen, davon stehen rund 4.200 in Bayern. Mehr als 90 Prozent dieser Anlagen zählen zu den Kleinwasserkraftanlagen mit einer Ausbauleistung von weniger als 1.000 Kilowatt.

4 Konferenzen, 4 Seminare, 2 Workshops und ein spezielles „business matchmaking“ intensivierte den Erfahrungsaustausch zwischen Finanzwelt, Technik, Wirtschaft und Ökologie über die endliche Ressource Gewässer. Bei der „1. Internationalen Konferenz über Pumpspeicherkraftwerke“ diskutierten zahlreiche Spezialisten aus der „großen“ Wasserkraft die Herausforderungen der raschen Energiewende auf die Wasserkraft aus österreichischer und

des Energiesystems in Europa bei und bringe aufgrund ihrer vielfältigen Funktionen (Hochwasserschutz, Wasserversorgung, Schifffahrt, Tourismus) eine zusätzliche Wertschöpfung von mehr als 10 Mrd. Euro pro Jahr.

### Stärkung der lokalen Wirtschaft

Auch trage die Wasserkraft insbesondere durch Steuern und Abgaben zu den öffentlichen Einnahmen bei und stärkt so die lokale Wirtschaft. Die Beiträge der Wasserkraft seien um einiges höher als die Unterstützung für Kleinwasserkraftanlagen (2,6 Mrd. Euro). Seit 2010 wurden mehr als 25 Milliarden Euro in bestehende und neue Wasserkraftanlagen in Europa investiert.

Basierend auf den Ergebnissen der bislang umfangreichsten volkswirtschaftlichen Analyse des europäischen Wasserkraftsektors ergeben sich laut Zöchbauer folgende energiepolitische Empfehlungen:

1. Schaffung eines „level playing field“, d. h. gleicher Wettbewerbsbedingungen für die Wasserkraft und aller anderen Technologien.
2. Gestaltung eines Strommarktes, der den wahren Wert der flexiblen und gesicherten Leistung der Wasserkraft zu unterschiedlichen Zeiten widerspiegelt.
3. Beseitigung von Hindernissen im grenzüberschreitenden Stromhandel und Ausbau der Interkontoren.
4. Vermeidung doppelter Netzentgelte für Pumpspeicherkraftwerke.
5. Anpassung „widersprüchlicher“ energie- und umweltpolitischer Zielsetzungen (bzw. deren Hierarchisierung) und rechtlicher Rahmenbedingungen, insbesondere im Kontext Wasserwirtschaft, erneuerbarer Energie sowie Klima- und Naturschutz.
6. Nutzung von F&E- sowie Technologieprogrammen der EU, um Innovation in der Wasserkraft zu forcieren und die Führungsrol-

EU-Kreislaufwirtschaftspaket und Öffentliche Vergabeverfahren:

## bvse mahnt grundlegende Webfehler an

„Kein Ende der Deponierung in Sicht, die Müllverbrennung geht ungebremst weiter, keine wirksamen Impulse zum Aufbau regionaler Recyclingnetze in Europa“, lautet - kurz zusammengefasst - die Kritik des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung (bvse) am Ergebnis der viele Monate dauernden Überarbeitung des EU-Kreislaufwirtschaftspakets. Herausgekommen sei eine „Light-Version“, die von einem guten Kreislaufwirtschaftspaket noch weit entfernt sei, meinte bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock.

Das kürzlich veröffentlichte EU-Kreislaufwirtschaftspaket sei offensichtlich weniger ehrgeizig als das ursprünglich vorgelegte. Der grundlegende Webfehler sei, dass von einem Deponieverbot keine Rede mehr ist und stattdessen eine 10%ige Deponierungsquote vorgegeben werde, die erst 2030 gelten solle, erklärte Rehbock. Der bvse, mit 840 Mitgliedsunternehmen der größte Recycling- und Entsorgungsbund in Europa, fordert einen verbindlichen Fahrplan zu einem klaren Deponierungsverbot für unbehandelte Haushaltsabfälle sowie einen festgeschriebenen Stopp der finanziellen Förderung neuer oder den Ausbau alter Hausmülldeponi-

en. Letztlich dürfen nach Auffassung des Wirtschaftsverbandes in absehbarer Zukunft nur noch sogenannte inerte Abfälle deponiert werden. Laut Rehbock „wäre dies tatsächlich ein hervorragender Beitrag der Europäischen Union zur angestrebten CO2-Minderung“.

### Potenzial für Recycling

Nach Ansicht des bvse gibt es noch erhebliches Potenzial für Recycling und Kreislaufwirtschaft in Europa. Immerhin werden gegenwärtig in Europa noch etwa 500 Millionen Tonnen an Wertstoffen, die aus Abfällen gewonnen werden könnten, deponiert oder verbrannt. Angesichts dieser Tatsache

sprünge der Kommissionsvorschlag nicht gerade vor Taten-drang. Allerdings begrüßt der bvse den Vorschlag, dass die Öko-Design-Richtlinie zukünftig nicht nur Energieeffizienz-Kriterien vorgibt, sondern unter anderem auch Reparierbarkeit, Haltbarkeit, Recyclingfähigkeit in Elektronikprodukten eine Rolle spielen sollen.

### Zuschüsse für Sammelsysteme

Hauptgeschäftsführer Rehbock vermisst aber vor allem Maßnahmen, die die gewerblichen Sammelstrukturen in den EU-Mitgliedstaaten aufbauen, erhalten und stärken. Dafür seien nicht nur entsprechende rechtliche Regelungen erforderlich, sondern auch europäische Investitionszuschüsse zum Aufbau von Sammelsystemen sowohl in Metropolen als auch in ländlichen Regionen, die gerade kleinen und mittleren Unternehmen zugutekommen müssten.

Parallel zum Ausbau bzw.

Jahresrückblick des Abfallwirtschaftsbetriebs München:

## Von der Abfall- zur Ressourcenwirtschaft

Auf ein ereignisreiches Jahr 2015 blickt der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) zurück. Wie Zweiter Werkleiter Helmut Schmidt bei der Jahresabschlusspressekonferenz in der Landeshauptstadt ausführte, lagen die Schwerpunkte dabei unter anderem auf dem Pilotprojekt „Neuhausens wertvollste Sammlung“, der Wiedereröffnung der Halle 2 und dem neuen Wertstoffgesetz, dessen Arbeitsentwurf gerade auf politischer Ebene diskutiert wird.

Als sehr erfolgreich stellte Schmidt die Bioabfallkampagne in Neuhausens des Abfallwirtschaftsbetriebs München (AWM) dar. Seit Beginn des Pilotprojektes, mit dem die Sammelmengen der Bioabfälle gesteigert werden sollen, habe der Inhalt der braunen Tonnen im Pilotgebiet um den Rotkreuzplatz um satte 100 Prozent zugenommen.

Ende Juni 2015 hatte der AWM das Projekt gestartet, um die Bioabfälle, die immer noch 30 Prozent des Münchner Restmülls ausmachen, gesondert einsammeln zu können. Zunächst begrenzt sich diese Aktion nur auf einen Stadtteil, um Erfahrungen über das Trennverhalten, die Qualität des Biomülls und die Verwertbarkeit zu erhalten. Die Kampagne läuft unter dem Namen „Neuhausens wertvollste Sammlung“. Denn der Abfall hat einen großen Wert: In der Trockenfermentationsanlage entsteht aus Bananenschale, Kaffeesatz und Rasenschnitt Biogas und Strom. Insgesamt 1.600 Münchner Haushalte können jedes Jahr damit versorgt werden. Dadurch werden 375.000 Liter Heizöl ersetzt und so circa 1.160 Mg CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart.

Im Januar 2015 öffnete das Gebrauchsgüterkaufhaus Halle 2 nach neun Monaten Pause seine Pforten: Finanziell schwächer Gestellte, aber auch Schnäppchenjäger sind eingeladen, auf dem Gelände des Wertstoffhofs in der Sachsenstraße 29 nach günstigen Angeboten wie etwa Möbel, Bücher, Hausrat oder Spielsachen zu stöbern. Die Halle 2 wurde im Zuge der Enthüllungen über Wertstoffhofmitarbeiter, die illegal Schrott weiterverkauften, im April 2014 geschlossen.

Schmidt zufolge zog der AWM aus diesen Vorfällen Konsequenzen und führte ein neues Sicherheitskonzept ein. Hierzu gehört etwa, dass es eine

stärkere Rotation an den Arbeitsplätzen geben soll, um die Bildung krimineller Strukturen zu verhindern. Zudem wurden auch elektronische Schließanlagen an den Toren eingebaut, die erkennen, wer sie nachts öffnet und schließt.

Mit Blick auf das neue Wertstoffgesetz wies Werkleiter Schmidt darauf hin, dass der Münchner Stadtrat auf Initiative des AWM mit großer Mehrheit beschlossen habe, einen Appell an die Bundesregierung und den Bundesrat zu richten, wonach insbesondere ökologische und kommunale Aspekte in dem neuen Wertstoffgesetz stärker berücksichtigt werden müssen. Der Münchner Appell sei die Antwort auf das Eckpunktepapier zum neuen Wertstoffgesetz, auf das sich die Koalition im Juni geeinigt hatte. Gerade in diesem Eckpunktepapier sehe der Münchner Abfallwirtschaftsbetrieb jedoch erhebliche Schwachstellen.

### Ökologische Aspekte stärker berücksichtigen

Recycling mache nur dann Sinn, wenn es technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist und wenn zudem am Markt eine Nachfrage für die aus dem Recycling gewonnenen Sekundärrohstoffe besteht, erklärte Schmidt, der auch Vorsitzender des Landesgruppe Bayern des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) ist. Als Kommune müsse man sehr genau darauf achten, dass die Ökologie beim Geldverdien nicht unter die Räder kommt.

Dies genau aber sei der Fall, insbesondere bei den sogenannten Leichtverpackungen wie Konservendosen, Tetrapack oder Joghurtbecher. In München werden diese Verpackungsabfälle über die Wertstoffinseln gesammelt, zuständig für die Sammlung und die Entsorgung

sind die Dualen Systeme, also private Unternehmen oder Entsorgungsfirmen, die von der Privatwirtschaft beauftragt sind. Für diese Entsorgung bezahlt der Verbraucher bereits beim Kauf eine im Preis enthaltene Entsorgungsgebühr.

„Wieviel das ist, ist absolut intransparent und für den Verbraucher nicht erkennbar“, kritisierte Helmut Schmidt. Und: Nur rund 20 Prozent der Kunststoffverpackungen werden tatsächlich recycelt. Denn im Wettbewerb werde oft die billigste Verwertung gewählt und das sei nicht das Recycling. Außerdem seien die Dualen Systeme gekennzeichnet durch enorme Bürokratiekosten, die je nach Betrachtungsweise zwischen 200 und 400 Millionen Euro jährlich betragen. Und dies ohne Nutzen für die Bürger und für die Ökologie.

Die in der Verpackungsverordnung und im Eckpunktepapier für das neue Wertstoffgesetz verankerte „Produktverantwortung“ sei so auf die Bezahlung von Lizenzgebühren reduziert. Schmidt: „Wir fordern, dass die Produktverantwortung mit einer ökologischen Lenkungswirkung verbunden ist.“ Dass dies bis jetzt nicht der Fall ist, zeigten die Zahlen: Ökologisch sinnvoll wäre es laut AWM, die Verpackungsabfälle so weit wie möglich zu reduzieren. Das bedeutet: weniger Einweg, mehr Mehrweg. „Seit Einführung der Dualen Systeme haben aber – nach einem anfänglichen Rückgang – die Mengen an Verpackungsabfällen stetig zugenommen - seit 2003 um insgesamt 25 Prozent“, berichtete Schmidt. Die Mehrwegquote sei von anfänglich über 70 Prozent mittlerweile unter 50 Prozent gesunken.

Deshalb fordert der Münchner Appell, dass im neuen Wertstoffgesetz die Hoheit über die Stoffströme der Siedlungsabfälle in kommunaler Hand sein solle. Nur dann sei eine ökologische Verwertung garantiert. Für eine bessere Schlagkraft sollten dafür auch andere politische Organisationen wie Städte- Gemeinde- und Landkreistag eingebunden werden. **DK**

zum Aufbau getrennter Wertstoffsammelstrukturen sollten außerdem regionale Recyclingnetzwerke in den europäischen Mitgliedstaaten entwickelt werden. Denn im Gegensatz zum zentralen Ansatz großindustrieller Lösungen wie Deponien oder Müllverbrennungsanlagen könne mit mittelständischen Sammel- und Aufbereitungsstrukturen besser auf die lokalen Besonderheiten eingegangen, flexibel auf Marktveränderungen reagiert und vor allem die Wertschöpfung und damit die Schaffung von hunderttausenden zukunftsfesten Jobs in den europäischen Regionen realisiert werden.

Apropos Mittelstand: Wie der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung vor kurzem dem Bundeskartellamt mitgeteilt hat, verhindern die Ausschreibungsbedingungen die Teilnahme von kleinen und mittleren Unternehmen an öffentlichen Vergabeverfahren. In einem Schreiben erläuterte Eric Rehbock das Ergebnis verbandinterner Diskussionen, die aufgrund der geplanten Sektoruntersuchung in der Abfallwirtschaft geführt wurden.

### Kommunale Ausschreibungen

Natürlich habe die Teilnahme oder auch die Nicht-Teilnahme an Ausschreibungen vielfältige Gründe. Oftmals seien aber unfaire Bedingungen bei kommunalen Ausschreibungen, insbesondere im Bereich Altpapier, der ausschlaggebende Grund. Kritisiert wurden unter anderem zu kurze Ausschreibungszeiträume, die maximal drei Jahre betragen würden. Außerdem ließen sich die Kommunen einseitige Vertragsverlängerungen nach Ablauf der eigentlichen Vertragslaufzeit zu alten Konditionen zusichern, ohne dass externe Kostensteigerungen berücksichtigt werden könnten.

Auch sogenannte zweistufige Ausschreibungsverfahren würden durchgeführt. Hier würden die Unternehmen in der ersten Stufe aufgefordert ein Angebot abzugeben. Die fünf Bestbieter würden dann in der zweiten Stufe aufgefordert monatlich ihre Angebote abzugeben. Im Ergebnis erhalte nur das Unternehmen den Zuschlag, das sein Angebot aufstocke.

### Einseitige Risikoverteilung

Auffällig sei, so der Hauptgeschäftsführer, dass diese Ausschreibungspraktiken eine extrem einseitige Risikoverteilung zu Lasten der Unternehmen zur Folge hätten, da diese Mengen in der Vermarktung bei der Papierindustrie nicht abzuschließen sind. „Gerade kleine und mittelständische Unternehmen haben jedoch nicht die Möglichkeit, diese oft unkalkulierbaren Risiken einzugehen und verzichten deshalb auf eine Teilnahme“, informierte Rehbock das Bundeskartellamt. Große Konzerngesellschaften seien hier klar bevorzugen und könnten so auch bessere Margen erzielen.

Kritisiert wurde vom bvse auch, dass kommunale Ausschreibungen zudem auch oftmals neueste Fahrzeugtechnik, modernste Ident- und Verriegelungssysteme sowie häufige Abfuhrhythmen verlangten und außerdem hohe Vertragsstrafen vorsehen. Die daraus resultierenden hohen Investbeiträge, die rasch bei mehreren Millionen Euro liegen können, stellten angesichts der kurzen Vertragslaufzeiten ein ebenfalls nicht zu unterschätzendes Hemmnis bezüglich der Teilnahme mittelständischer Unternehmen an kommunalen Ausschreibungen dar. Der bvse bat das Bundeskartellamt daher, die geschilderte Problematik im Rahmen der Sektoruntersuchung aufzugreifen. **DK**

Private Entsorgungsunternehmen:

## bvse befürchtet Existenzgefährdung

Nach Medieninformationen haben sich der Umwelt-, Innen- und Wirtschaftsausschuss des Bundesrates mit dem geplanten Wertstoffgesetz befasst. Nicht mit dem vorliegenden Arbeitsentwurf des Bundesumweltministeriums, sondern mit einem Entschließungsantrag der drei Bundesländer Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Der Entschließungsantrag, dem die Ausschüsse mehrheitlich zustimmen, sieht unter anderem vor, die Organisationsverantwortung für die Sammlung der Wertstoffe bei den privaten Haushalten den Kommunen zu übertragen.

Aus Sicht des bvse ist diese Forderung vor allem deshalb problematisch, weil eine solche Aufgabenübertragung dazu führen würde, dass die Kommunen ohne Ausschreibungsverfahren ihre eigenen Unternehmen mit der Sammlung beauftragen könnten (Inhouse-Vergabe). Da schon seit geraumer Zeit ein Trend zur Kommunalisierung von Entsorgungsdienstleistungen festzustellen ist, würde dieser aus unserer Sicht noch einmal an Fahrt gewinnen.

Im Ergebnis würden private Entsorgungsunternehmen von einem wichtigen Teilmarkt gesperrt. Durch die wettbewerbsfreie Auftragsvergabe und die damit verbundenen besseren Gewinnmargen würde kommunalen Unternehmen zudem die Möglichkeit verschafft, sich noch stärker in Entsorgungsbereichen zu engagieren, die von der Privatwirtschaft abgedeckt werden.

Die entscheidende Abstimmung findet am 29. Januar 2016 im Bundesrat statt. Wenn der

Bundesrat diesem Beschluss zustimmen würde, wäre es äußerst zweifelhaft, ob überhaupt ein Wertstoffgesetz in dieser Legislaturperiode verabschiedet würde. bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock appelliert daher an die Bundesländer, den Entschließungsantrag der drei Bundesländer Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein abzulehnen.

Eric Rehbock: „Wir wollen zwar ein Wertstoffgesetz, aber wir wollen nicht irgendein Wertstoffgesetz, sondern ein Gesetz, das das Recycling und die Recycling- und Entsorgungsunternehmen stärkt und nicht schwächt!“

Wenn die Kommunen die Möglichkeit erhielten, ihre eigenen Unternehmen ausschreibungs-frei mit der Sammlung zu beauftragen, würden viele Entsorgungsunternehmen Sammelaufträge verlieren. „Im Endeffekt läuft die Entwicklung auf eine Existenzgefährdung mittelständischer Unternehmen hinaus“, kritisierte Rehbock. **□**

Kreistag in Miltenberg:

## Einstimmiges Votum gegen Rekommunalisierung

Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) begrüßt die einstimmig getroffene Entscheidung des Miltenberger Kreistags, den Auftrag der Hausmüllabfuhr erneut öffentlich auszuschreiben.

Aus Sicht des VBS sind die Bürger des Landkreises Miltenberg die eigentlichen Gewinner der Entscheidung, denn diese werden auch künftig ein preisgünstiges Dienstleistungsangebot in der Hausmüllabfuhr erhalten. Denn ein bayernweiter Gebührenvergleich im Rahmen einer vor kurzem veröffentlichten Studie von IW-Consult ergab: Landkreise, die private Entsorgungsunternehmen beauftragen, erheben im Durchschnitt deutlich geringere Gebühren (ca. 14 %) als Landkreise, die den Haushaltsabfall über einen kommunalen Eigenbetrieb entsorgen.

VBS-Präsident Otto Heinz: „Fehlender Wettbewerb geht grundsätzlich zu Lasten der Bürger, die die Zeche über kurz oder lang in Gestalt unnötig hoher Gebühren zahlen müssen. Aus Sicht des VBS hat der Bürger Anspruch darauf, dass ihm für die von ihm gezahlten Ge-

bühren ein optimales Preis-Leistungsverhältnis im Bereich der Entsorgung geboten wird.“

### Intensive Gespräche

Der VBS hatte in den vergangenen Monaten Gespräche mit Miltenberger Kommunalpolitikern geführt. Zudem war der Verband im Herbst 2015 beteiligt an einer Veranstaltung der IHK Aschaffenburg zum Thema „Rekommunalisierung in der Abfallwirtschaft - Schritt nach vorne oder Rolle rückwärts?“, an der zahlreiche Miltenberger Kommunalpolitiker teilgenommen hatten. Otto Heinz: „Die Kreisräte haben sich über Monate intensiv mit dem Für und Wider einer möglichen Rekommunalisierung befasst und ihre Entscheidung sorgsam abgewogen. Umso mehr freut es uns, dass der Beschluss mit so klarer Mehrheit gefasst wurde.“ **□**

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der BAYERISCHE GemeindeZeitung [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

- im Einzelabo für 81,43 € und
- ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
  - 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder
  - 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)

Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

# Städtisches Grün erhalten

Profis können auch große Bäume versetzen

Der Wert eines Baumes ist schwer zu bemessen. Nicht nur die Kosten, die für dessen Anschaffung, für die Pflanzung und die Pflege anfallen, sind dabei zu rechnen. Je größer ein Baum wird, desto wertvoller wird er auch für seine Umwelt. Wer von einer vielbefahrenen Straße ohne Bepflanzung in einen Park geht, merkt sofort den Unterschied in der Luft: Die Blätter absorbieren Feinstaub und produzieren Sauerstoff. Die Baumkronen spenden Schatten und kühlen durch Wasserverdunstung. Durch den Klimawandel wird es zukünftig noch mehr heiße Sommertage geben, an denen die positive Wirkung von Grünflächen auf das Mikroklima einer Stadt besonders wichtig ist. Wenn Bäume aufgrund von Baumaßnahmen weichen müssen, kann es nützlich sein, statt einer Fällung einen Umzug des Baumes in Betracht zu ziehen.

Dass Bäume einen effektiven Nutzen haben, ist keine Neuigkeit. Doch scheinen manche in einem Baum eine nachwachsende und damit vermeintlich leicht ersetzbare Ressource zu sehen. „Wenn als Ersatz für ei-

nen großen, vitalen Baum ein kleiner gepflanzt wird, kann dieser allerdings erst nach vielen Jahren die gleichen Funktionen erfüllen“, erklärt Baumexperte Bas van der Velden vom BSI Baumservice. „In vielen

Fällen ist es auch gar nicht notwendig, Bäume, die gesund sind und noch eine lange Lebenserwartung haben, zu fällen. Wir haben viel Erfahrung damit, ausgewachsene Bäume von A nach B umzuziehen.“

## Moderne Technik

BSI Baumservice nutzt seit Jahren moderne Techniken, um Bäume erfolgreich zu transportieren. Dies fängt mit der Inspektion an. Mit Messinstrumenten und geschultem Blick von Spezialisten wird der Zustand eines Baumes festgestellt. Ist er gesund, kann geplant werden. „Wenn wir während des gesamten Prozess mit unseren Methoden arbeiten können, garantieren wir, dass der Baum an seinem neuem Standort gesund weiterwächst“, sagt van der Velden.

## Behutsamer Transport

Häufig ist die Entfernung zum neuen Standort gar nicht so lang. Stadtplaner wissen um den Wert von Bäumen und so wird bei Umgestaltungen häufig in unmittelbarer Nähe neuer Platz für urbanes Grün geschaffen. Auch die identifikationsstiftende Bedeutung von großen Bäumen ist nicht zu unterschätzen.

Sie prägen das Stadtbild und sind für viele Bürger ein wichtiger Teil ihres Lebensumfelds. Daher können Stadtbewohner mit Spendensammlungen oder öffentlichkeitswirksamen Aktionen aktiv in den Erhalt von Bäumen in ihrem Quartier eingebunden werden.

## Spektakuläre Verpflanzung

„Die Verpflanzung selbst ist sicher der spektakulärste Teil unserer Arbeit, der oft viele Schaulustige anlockt“, erzählt van der Velden. „Zunächst schneiden wir die Baumkrone und das Wurzelwerk zurück. Damit fördern wir das Wurzelwachstum, sodass der Baum an seinem neuen Standort schnell anwächst.“ Im zweiten Schritt werden hydraulisch Stahlrohre unter den Baum getrieben. Wie auf einem Schlitten zieht ihn dann eine leistungsstarke Elektroseilwinde vorsichtig auf einem vorher präparierten Untergrund an seinen neuen Bestimmungsort. Auf diese Weise lassen sich sogar kleine Baumgruppen umsetzen. Nach dem Transport setzen die Baumexperten je nach Bedarf verschiedene Baumpflegetechniken ein. „Wir verfügen über eigens entwickelte Bewässerungs- und Belüftungssysteme sowie spezielle Substrate, die Bäumen das Überleben in der Stadt erleichtern“, so van der Velden.

Weitere Informationen unter: [www.bsi-baumservice.de](http://www.bsi-baumservice.de)



Die Frostfreiheit von Wasserspendern ist für viele Friedhofsbetreiber zu einem entscheidenden Kaufargument geworden. □

## Die Frostfree Stele von Paul Wolff:

# Verlässliche Funktionalität

Ein gutes Funktionieren auch während der Frostperioden und maximaler Bedienernutzen sind die wesentlichen Erfolgsfaktoren für die wachsende Beliebtheit der Paul Wolff-Zapfstelle. Friedhofsverwaltungen bevorzugen das ganzjährig nutzbare Bewässerungssystem, da es Bürgerinnen und Bürgern die Grabpflege erleichtert und gleichzeitig Kosten spart.

Dank eines sich selbst entwässernden Ventils ist die formschöne Frostfree-Stein auch in der Übergangszeit einsatzbereit. Die Frostfreiheit von Wasserspendern ist für viele Friedhofsbetreiber zu einem entscheidenden Kaufargument geworden, da sie mit einer Reihe von Vorteilen verbunden ist: Zum einen steht für alle Grabpflege begleitenden Tätigkeiten wie dem Händewaschen und der Reinigung von Gartengeräten immer Wasser zur Verfügung. Zum anderen werden auch Reparatur- und Wartungskosten minimiert. Leicht zu erreichende Revisionsöffnungen vereinfachen die nötigen In-

standhaltungsarbeiten zusätzlich.

## Einfache Montage

Ein weiteres Plus ist die einfache und schnelle Aufstellung und Montage: Mit zwei Fachkräften ist die Frostfree-Stein in drei bis vier Stunden fertig montiert – inklusive dem Ausschachten der Grube, der Verfüllung mit Kies, dem Ausrichten des Revisionssschachtes, dem Aufstellen der Zapfstelle und der Installation mit einer Schnellkupplung.

Noch bis Ende Januar 2016 bietet Paul Wolff eine Winterverkaufsaktion auf sein gesamtes Wassertechnik-Sortiment an. □

## Totholz - die tödliche Gefahr

Beim Fällen von schwachen Totholzbäumen besteht eine große Unfallgefahr. Abgestorbene Laubbölder sind besonders gefährlich.

Äste, Kronenteile und Stammstücke können abbrechen, z.B. durch Schläge beim Keilen, das Aufschwingen beim Fällbereichsinsatz, das Hängenbleiben in Nachbarbäumen, die träge Masse in der Krone beim Umfallen oder durch Motorsägenvibrationen.

Schwaches Totholz lässt sich am sichersten maschinell beseitigen, und zwar entweder durch das Fällen im Zuge eines Harvesterinsatzes oder durch das Umreißen mit der Seilwinde aus sicherer Entfernung beziehungsweise alternativ durch das Umziehen bei einer seilwindenunterstützten Fällung. Wichtig ist in jedem Fall eine genaue Baumannsprache, um die Gefahr, die von dem „dürren“ Baum ausgeht, rechtzeitig zu erkennen. □

denen extreme Bedingungen herrschen. Diese Rasenmischung enthält eine Gräserart mit besonders harten, breiten Blättern, welchen auch starke Hitze und intensive Sonneneinstrahlung nichts anhaben können. Sein sehr tiefes Wurzelwerk, das bis zu zwei Meter tief reicht, erschließt sich Feuchtigkeit und Kühlung aus tiefen Regionen des Bodens. Der Rasen eignet sich daher beispielsweise auch zur Begrünung von exponierten Südhanglagen sowie für Fairways ohne Beregnung oder andere Flächen, die nicht bewässert werden.

Wer sich bei 60 verschiedenen Rasen-Sorten und vier verschiedenen Rollengrößen nicht wirklich sicher ist, welche der über 300 verschiedenen Variationen für seinen Garten die ideale ist, bekommt vom Rasenprofi kompetente Beratung zur Seite gestellt. Extrem praktisch und einfach –

beispielsweise über den Online-Rollrasenberater auf der Website von Schwab Rollrasen. Selbstverständlich gibt das kompetente Experten-Team auch jederzeit per Telefon oder Mail persönlich Auskunft auf alle Fragen rund um das Thema Rollrasen.

Die Schwab Rollrasen GmbH mit Firmensitz im bayerischen Waidhofen ist der größte deutsche Rollrasenanbauer. Seit seiner Gründung 1969 hat sich das weltweit agierende Unternehmen zum europäischen Innovationsführer seiner Branche entwickelt. Aus der Ideenschmiede des erfolgreichen Familienbetriebs stammen zahlreiche Produktfindungen und Patente, die heute Branchenstandard sind. Dazu zählen u.a. Großrollen, spezielle Verlegemaschinen und besondere Rasenmischungen.

Weitere Informationen unter: [www.schwab-rollrasen.de](http://www.schwab-rollrasen.de) □

Garten München vom 24.2. bis 1.3.2016:

## Faszinierende Ideen

Die Garten München, größte Indoor-Gartenmesse in Süddeutschland, lockt Hobbygärtner und Naturliebhaber aus dem Winterschlaf. Vom 24.02. bis 01.03.2016 weckt die parallel zur Internationalen Handwerksmesse stattfindende Messe Frühlingserfühlungen und inspiriert die Besucher mit faszinierenden Ideen zur Gartengestaltung. Stilvolle Showgärten mit vielseitigen Gestaltungsideen, trendige Balkonmöbel, außergewöhnliche Pflanzen und ein prallgefülltes Rahmenprogramm machen Lust auf die neue Freiluftzeit.

Sehen und Staunen heißt es im Bereich der Garten- und Landschaftsbauer in Halle C4. Hier zeigen Profis, was bei der Gestaltung und Pflege alles möglich ist. Garten- und Landschaftsbauer sowie Gartenarchitekten machen den Garten zum Erlebnis - egal, ob kleiner oder großer Garten, Balkon oder Dachterrasse. Vom Teichsystem bis hin zur richtigen Beleuchtung wird der Garten in Szene gesetzt.

## Gute Tipps

In Halle B4 und C4 gibt es alles, was der Gartenliebhaber braucht. Beet- und Balkonpflanzen, Gemüse- und Kräuterpflanzen in Hülle und Fülle. Zusätzlich gibt's gute Tipps – vom Zeitpunkt des Aussäens bis zur Ernte. Wie Blumenzwiebeln zu einer bunten Blütenpracht werden, kann ebenfalls in Erfahrung gebracht werden. Teich, Wasser- und Zierpflanzen sowie Dünger, Erden und Substrate runden das Angebot ab.

## Blumenkunstwerke

Üppiges Grün und bunte Blüten sind das eine – die richtige Inszenierung das andere. Die Floristik-Aussteller zeigen in Halle B4, wie man mit geschickten Handgriffen wahre Kunstwerke zaubert. Für ein tolles Ambiente findet sich außerdem eine große Auswahl an Gefäßen aller Art. Stimmungsvolle Fackeln, Leuchten und Kerzen runden das Angebot ab.

Die Garten München ist täglich

von 9.30 bis 18 Uhr geöffnet. Weitere Informationen unter: [www.garten-muenchen.de](http://www.garten-muenchen.de) DK



Wildblumenwiesen gibt es jetzt auch als Rollrasen.

Bild: Rodney Campbell/Flickr.com

# Wildblumen, Duftrassen oder robustes Grün

Ausgerollt: Über 60 verschiedene Rollrasensorten vom Rasenprofi Schwab

Verschiedene Gärten und Verwendungszwecke benötigen unterschiedliche Rasenarten. Bei über 60 verschiedenen Rollrasensorten im Portfolio der Schwab Rollrasen GmbH findet jeder Hobby- und Profigärtner sein passendes Grün. Dazu zählen nicht nur spezielle Hitze- oder Halbschattenmischungen, sondern auch Exoten, wie der erste Wildblumenrasen, der sich rollen lässt oder ein spezieller Duftrassen mit ätherischen Ölen.

Schwabs so genannter Albrecht-Dürer-Rasen ist eine kleine Sensation. Er ist die erste Wildblumenwiese, die sich einfach ausrollen lässt! Wer sie bestellt, darf sich auf ein Blütenmeer freuen, das sich quasi über Nacht entfaltet. Entstanden ist das Produkt ursprünglich als Beitrag der Stadt Nürnberg zur Bundesgartenschau 2006. Nürnberg ließ Albrecht Dürers Aquarell „großes Rasenstück“ von Fachleuten auf die Gräser- und Kräuterverzahnung hin untersuchen und daraus eine Saatgutmischung erstellen. Es zeigte sich sehr schnell, dass diese Blumenwiese etwas Besonderes ist. Bunt blühend, robust und pflegeleicht erlebt Dürers Meisterwerk 500 Jahre nach seiner Entstehung eine Renaissance in naturnahen Gärten, ökologische Begrünungsmaßnahmen, Dachgärten oder öffentliche Grünflächen.

Ein weiterer Exote im Rasensortiment von Schwab ist der so

genannte Duftrassen. Diese besondere Mischung besteht aus langsam wachsenden Gräsern, Kräutern und Blumen und wildem Thymian. Eine spezielle Gräserart, die beim Betreten intensiv duftende, ätherische Öle freisetzt, sorgt zudem für angenehmen, betörenden Heuduft – ein ganz besonderes Rasen-Erlebnis! Der Duftrassen eignet sich für naturbelassene Flächen und punktet genau wie der Wildblumenrasen mit wenig Pflegeaufwand. So benötigt er weder Bewässerung, noch Düngung und muss auch nur zwei bis fünf Mal pro Jahr gemäht werden.

Doch nicht nur der Kräuter- und Wildblumenfan kommt bei Schwab auf seine Kosten – auch ganz gewöhnliche Gärten benötigen je nach Verwendungszwecke unterschiedliche Rasenarten. Wird der Rasen etwa stark strapaziert bzw. viel begangen oder befindet er sich in besonders sonnig-heißer oder sehr schattiger

Lage? Je nach Ausgangslage eignet sich ein jeweils anderer Rasen am besten! Neben den gewöhnlichen Spiel- und Gebrauchsrasen-Mischungen hat Schwab daher beispielsweise folgende Spezialmischungen im Angebot:

## Halbschattenrasen

Dank seiner Zusammensetzung mit einem hohen Anteil an Gräserarten mit breiten, extrem dunkelgrünen Blättern nimmt dieser Rasen die Sonneneinstrahlung besonders gut auf. Die breiten Blätter drehen sich mit der Sonne und können so Licht besser verwerten, als andere Rasen. Zudem wachsen sie langsamer und müssen seltener gemäht werden. Der Halbschattenrasen besitzt zudem ein sehr tiefes Wurzelwerk, das ihn sehr strapazierfähig macht und dafür sorgt, dass er nahezu ohne Bewässerung auskommt. Er eignet sich für alle halbschattigen Standorte, wächst aber auch in sonnigen Lagen.

## Hitze- und Trockenrasen

Der Hitze- und Trockenrasen gedeiht auch an Standorten, an

Qualität aus Niederbayern!

ERDEN  
RINDEN  
KOMPOST  
und mehr!

Lose oder Sackware, Lieferung ab 2 Paletten.

BBG  
Donau-Wald

[www.erdenprofis.de](http://www.erdenprofis.de)

09903/920-170

CharterWay:

## Winterdienstfahrzeuge für den kurzfristigen Bedarf

Komplettlösung mit Mercedes-Benz Atego 1530 AK und Arocs 2036 AK

Berlin/Stuttgart – Kommunen und Lohnunternehmer waren schon lange auf den ersten Schneefall vorbereitet, als sie ihre Winterdienstfahrzeuge vor einigen Wochen das erste Mal auf die Straßen schickten. In der Regel ist die Beschaffung und Bereitstellung der Fahrzeuge lange vor dem Wintereinbruch abgeschlossen. Dennoch gibt es Kommunen oder Unternehmer die ihren Fuhrpark kurzfristig erweitern müssen, sei es aufgrund eines zusätzlichen Auftrags oder des Bedarfs an einem Ersatzfahrzeug. Bei CharterWay ist man in diesem Fall an der richtigen Stelle.

Im Fuhrpark von Mercedes-Benz CharterWay befinden sich neben einer großen Auswahl an Lkw und Vans mit dem Stern auch komplette Winterdienstlösungen zur Miete. Dabei handelt es sich um Fahrzeuge des Typs Mercedes-Benz Atego 1530 AK und Arocs 2036 AK, ausgestattet mit Schnee-

pflug und Streumaschine der Firma Aebi Schmidt.

### Flexible Zumiete

All diese Fahrzeuge stehen deutschlandweit ab 24 Stunden bis zu mehreren Monaten oder Jahren zur Miete bereit. Kommunen können dadurch lei-

stungsgerechte Winterdienstfahrzeuge für einen befristeten Zeitraum einstellen, ohne Kapital im Haushalt für die restliche Jahreszeit zu binden.

### Mercedes-Benz Atego Euro VI für Räumung von Überlandstraßen

Die Atego verfügen über den 7,7 l großen Sechszylindermotor OM936 mit einer Leistung von 220 kW (299 PS) und einem maximalen Drehmoment von 1200 Nm. Das vollautomatisierte Getriebe Mercedes PowerShift3 sorgt mit einer konstant hohen Schaltqualität für optimal gewählte Gangwechsel



Im CharterWay Mietfuhrpark erhältlich: Mercedes-Benz Atego 1530 AK mit Schneepflug und Aufbau-Streumaschine der Firma Aebi Schmidt.

und entlastet so den Fahrer in stressigen Situationen. Das 2,3 m breite Fahrerhaus ClassicSpace bietet neben einem bequemen Arbeitsplatz vor allem eine gute Sicht auf den Schneepflug. Der permanente Allradantrieb ist beim Einsatz im Winterdienst ein Muss und sorgt auch auf glatten Straßen für

ständige Traktion und stetiges Vorankommen.

Der mehrscharige Schneepflug Cirron SL 32 der Firma Aebi Schmidt mit einer Schneepflughöhe von 930 mm und einer 3200 mm langen Schürfleiste ist mit einem patentierten Überfahrssystem ausgerüstet. Der robuste Pflug eignet sich besonders für die Räumung von Gemeinde- und Überlandstraßen und wurde speziell für die anspruchsvolle Räumung auch von größeren Schneemengen in mittleren Höhenlagen konzipiert. Die Aufbau-Streumaschine Stratos S30 mit einer Behältergröße von 3,0 m<sup>3</sup> ist für das Streuen von tauenden und abstumpfenden Streumitteln ausgelegt. Der Fahrer kann jederzeit auf veränderte Fahrsituationen reagieren, indem er alle Funktionen direkt aus dem Fahrerhaus steuern

kann wie beispielsweise Streudichte, Streubild und Querverteilung.

### Mercedes-Benz Arocs Euro VI für Einsatz in alpinen Regionen

Die Mercedes-Benz Arocs 2036 AK verfügen über den 10,7 l großen Sechszylindermotor OM470 mit einer Leistung von 265 kW (360 PS) und einem maximalen Drehmoment von 1800 Nm. Auch hier entlastet das vollautomatisierte Mercedes PowerShift 3-Getriebe mit 16 Gängen den Fahrer im Winterdienstseinsatz. Das 2,3 m breite Fahrerhaus ClassicSpace bietet – wie der Atego – eine hohe Übersichtlichkeit im Straßenverkehr und auf den Schneepflug, aber auch einen bequemen Arbeitsplatz. Der permanente Allradantrieb des Arocs ermöglicht den Einsatz in schwerem Gelände mit hohen Anforderungen, wie beispielsweise beim Anfahren an rutschigen Steigungen.

### Streumittel

Der mehrscharige Schneepflug Tarron MS 34 ist mit einer mittleren Schneepflughöhe von 1.060 mm und einer 3.400 mm langen Schürfleiste für den Einsatz in alpinen Regionen mit größeren Schneemengen ausgelegt. Die Aufbau-Streumaschine Stratos S50 bietet mit einer Behältergröße von 5,0 m<sup>3</sup> ausreichend Platz für Streumittel, auch für längere Einsätze.

Weitere Informationen unter: [www.charterway.com](http://www.charterway.com)

Mercedes-Benz Citaro NGT:

## Augsburger Stadtwerke beschaffen neue Erdgasbusse

Die Augsburger Stadtwerke haben ein ambitioniertes Ziel: Bis 2017 soll der gesamte Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs CO<sub>2</sub>-neutral bewerkstelligt werden. Für die Omnibusflotte haben die Augsburger das Ziel schon erreicht, denn die Busflotte fährt in der Fuggerstadt bereits seit Jahren mit umweltfreundlichem Erdgas und seit einem Jahr sogar mit 100 Prozent Bio-Erdgas. Mit der Order von 13 Mercedes-Benz Citaro NGT (Natural Gas Technology) Omnibussen bleiben die Stadtwerke diesem umweltfreundlichen Antriebskonzept treu, möchten mit dem Einsatz des Stadtbusklassikers Citaro den Fahrgastkomfort aber nochmals deutlich steigern. Jüngst hat Tammo Voigt, Leiter Verkauf ÖPNV Großflotte Mercedes-Benz Omnibusse, den symbolischen Schlüssel für den ersten ausgelieferten Citaro Erdgasbus mit neuer Motortechnologie an Ernst Schäfer, Leiter der Omnibuswerkstätten Stadtwerke Augsburg, überreicht.

Augsburg ist deutschlandweit die erste Stadt, deren Busflotte im Regelbetrieb nahezu CO<sub>2</sub>-neutral unterwegs ist. Bei der turnusmäßigen Flottenverjüngung haben die Stadtwerke jetzt auf den innovativen Mercedes-Benz Citaro NGT

hungsweise Trittschritte auf. Speziell konstruierte Lichtelemente auf LED-Basis weisen den Fahrgästen schon beim Heranfahren an die Haltestelle den Weg. Grün bedeutet, hier können Sie zusteigen. Rot bedeutet, diese Tür ist nicht zum

ge mit fünf gleichmäßig im Innenraum verteilten Kameras verantwortlich. Der Fahrer kann die übertragenen Bilder in Echtzeit oder als Speicherdaten an einem Monitor am Fahrer Arbeitsplatz abrufen oder sie werden von der Leitstelle im Nachgang ausgewertet.

### Multifunktionsflächen

Gleich zwei Multifunktionsflächen bietet der NGT, für Rollstühle, Rollatoren oder Kinderwagen. Die Haltestangen aus gebürstetem Edelstahl mitsamt den in blau gehaltenen Sitzflächen vermitteln eine hochwertige Anmutung. Im Stoff der Rückenlehne ist dezent das Logo der Augsburger Stadtwerke eingelassen. Der großzügige und ohnehin schon helle Innenraum wird zusätzlich noch von den Dachluken aus Glas erhellt. Drei in Edelstahl gefasste TFT-Widescreen-Monitore mit je 29 Zoll stellen den aktuellen Linienerlauf, Umsteigemöglichkeiten sowie Werbeeinblendungen und aktuelle Meldungen dar. Eine leistungsfähige Klimaanlage und kostenloses LTE/WLAN runden das Komfortpaket des Citaro NGT ab. 43 Sitz- und 108 Stehplätze kann der Gas-Gelenkbus in dieser Ausführung bereitstellen.

Herzstück des neuen Citaro NGT ist der Erdgasmotor Mercedes-Benz M 936 G. Mit 7,7 l Hubraum handelt es sich um den derzeit kompaktesten Erdgasmotor seiner Klasse: Mit einem Gewicht von nur 747 kg einschließlich Vorkatalysator ist das Triebwerk ein Paradebeispiel für erfolgreiches Downsizing.

Der Erdgasmotor basiert auf dem hochmodernen Turbodieselmotor OM 936. Der stehend eingebaute Reihensechszylinder wird als monovalenter Motor mit komprimiertem Erd- bzw. Biogas betrieben. Er leistet 222 kW (302 PS) bei 2000/min, erreicht ein maximales Drehmoment von 1200 Nm konstant von 1200 bis 1600/min und unterschreitet die Abgasgrenzwerte von Euro VI zum Teil erheblich. Mit diesen Daten und seiner kraftvollen Leistungsentfaltung ist der einstufig aufgeladene Motor seinem Pendant mit Dieselantrieb völlig ebenbürtig. Die Leistungs- und Drehmomentkurven verlaufen im Hauptfahrbereich von Leerlaufdrehzahl bis etwa 1500/min deckungsgleich. Oberhalb arbeitet der Erdgasmotor sogar einen leichten Leistungs- und Drehmomentvorteil heraus. Erst bei Drehzahlen über 2000/min ist der Die-



Tammo Voigt (l.), Leiter Verkauf ÖPNV Großflotte Mercedes-Benz Omnibusse, übergab den ersten Gasbus der Euro VI-Baureihe an Ernst Schäfer, Leiter der Omnibuswerkstätten Stadtwerke Augsburg. Zwölf weitere Fahrzeuge folgen.

gesetzt. Der neue Citaro NGT mit Erdgasmotor setzt Maßstäbe in Sachen Umweltfreundlichkeit und Komfort. Er ist ohne Einschränkung für die Verwendung von Bio-Erdgas nach DIN 51624 freigegeben und unterschreitet das Geräuschniveau zum vergleichbaren Dieselmotor hörbar. Je nach Fahrzustand liegen seine Geräuschemissionen bis zu 4 dB(A) niedriger, das entspricht etwa einer Halbierung des subjektiv empfundenen Geräuschniveaus.

Beide Faktoren – geringe CO<sub>2</sub>-Emissionen und niedriger Geräuschpegel – prädestinieren den neuen Citaro NGT speziell für den Einsatz in hochbelasteten Innenstädten sowie für das Befahren von Wohngebieten oder touristisch stark frequentierten Altstädten wie beispielsweise Augsburg.

Dass die Augsburger Stadtwerke nicht nur in Sachen Antrieb unkonventionelle Wege gehen, zeigen die Ausstattungsmerkmale der neuen Citaro Flotte. Als Erstes fallen die beleuchteten Türunterkanten bezie-

Einstieg vorgesehen. Im Innern das gleiche Prinzip. Eine LED-Leiste über der Tür signalisiert über die Farbe Grün, welche Ausgänge aktiv sind. „Dieser gesteuerte Tür-Farbcode soll im Wesentlichen zwei Dinge erfüllen“, verrät der Leiter der Omnibuswerkstatt Ernst Schäfer. „Die LED-Lichter signalisieren Fahrgästen mit Sehbehinderung eindeutig, welche Tür für den Ein- oder Ausstieg vorgesehen ist. So lässt sich auch der Fahrgastfluss steuern und Zu- und Aussteigevorgänge gehen flüssiger vonstatten. „Staus“ in den Türbereichen, wie sie im Schülerverkehr oder an stark frequentierten Haltestellen zu Stoßzeiten mitunter vorkommen, sollen damit zusätzlich vermieden werden.“ Einen Mehrwert hat die äußere Beleuchtung überdies: Die LED-Leuchten geben so viel Licht ab, dass die Bereiche um die Trittschritte gut ausgeleuchtet werden. Ein Plus an Sicherheit.

Für die Sicherheit der Fahrgäste zeichnet sich im Innern unter anderem eine Videoüberwachungsanla-



## Mehr Effizienz im Winterdienst.

Der neue Unimog BlueTEC 6. Überzeugt mit vielen Innovationen und setzt Maßstäbe bei Effizienz, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und Bedienung. [www.neuerunimog.de](http://www.neuerunimog.de)

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: [henne-unimog.hst@daimler.com](mailto:henne-unimog.hst@daimler.com), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Jahrespressekonferenz 2015 der NürnbergMesse:

## Wirtschaftsmotor mit Spitzenumsätzen

Als umsatzstärkstes ungerades Geschäftsjahr geht 2015 in die Geschichte der NürnbergMesse ein: Wie Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann, CEOs der NürnbergMesse Group, bei der Jahrespressekonferenz hervorhoben, lassen die Messen und Kongresse am Heimatstandort Nürnberg und weltweit einen Gesamtumsatz von rund 195 Millionen Euro erwarten.

Wie Ottmann berichtete, „setzen wir bei den internationalen und nationalen Fachmessen unseren Wachstumsprozess der vergangenen Jahre unverändert fort“. Aufgrund hoher Zuwächse unter den internationalen Ausstellern und Besuchern könne die NürnbergMesse aktuell 4 Prozent mehr Aussteller als 2014 in diesem Segment vorweisen, habe um 5 Prozent bei der Aussteller-Standfläche zugelegt und durfte sogar 6 Prozent mehr Fachbesucher begrüßen. Die Vergleichswerte des Messeplatzes Deutschland seien demgegenüber etwas bescheidener: Hier betrügen die Steigerungsraten in allen drei Kategorien geschätzt 2 Prozentpunkte.

### Heißer Herbst

Der angekündigte „heiße Herbst“ mit der erstmaligen Durchführung der Beviiale Moscow, einem wachsenden Netz an Auslandsvertretungen, Rekordzahlen bei Fachmessen wie FachPack, BrauBeviiale und it-sa sowie der Entscheidung zum Bau der neuen Halle 3C sei somit Realität geworden. In Summe habe die NürnbergMesse damit die Weichen in Richtung der nächsten Stufe der Unternehmensentwicklung gestellt.

Im Rahmen der Jahrespressekonferenz präsentierten Fleck und Ottmann zudem die Ergebnisse einer aktuellen ifo-Studie. Demnach ziehen die Veranstaltungen im Messezentrum Kaufkrafteffekte in Deutschland von 1,65 Milliarden Euro pro Jahr nach sich. Jeder Besucher gebe im Durchschnitt 340 Euro im Rahmen seines Nürnberger Messebesuches aus, während die Ausgaben pro Aussteller sogar rund 32.000 Euro betrügen. Damit einher gehen Steuereinnahmen, die sich auf über 300 Millionen Euro pro Jahr belaufen. Davon gehen alleine über 100 Millionen Euro an den Freistaat. Will heißen: Nicht nur der private Sektor aus Bürgern und Unternehmen profitiert davon, sondern auch der Staat selber.

### Sichere Arbeitsplätze

Die Veranstaltungen im und die kontinuierlichen Investitionen ins Messezentrum Nürnberg sichern nach den Worten der CEOs jedes Jahr 15.000 Vollzeit-Arbeitsplätze – zwei Drittel davon übrigens in der Metropolregion Nürnberg. Wenn unverwundlich sei, dass Nürnberg und die Metropolregion von diesen Effekten am stärksten profitieren. So stünden beispielsweise 800.000 Übernachtungen pro Jahr in der Norisstadt in direktem Zusammenhang mit Veranstaltungen im Messezentrum Nürnberg. Die Investitionen in die neue Hotelmeile am Hauptbahnhof seien somit ein wichtiger Baustein, um den Bedarf, den Kongresse und Messen in der Region generieren, besser zu decken.

„Durch weitere Investitionen werden auch wir als NürnbergMesse selbst den Messestandort Nürnberg weiter stärken“, informierte CEO Fleck. Präsentiert wurde in diesem Zusammenhang die vor kurzem getroffene Entscheidung für den Bau einer neuen Halle 3C: In konsekuen-

ter Fortführung der Südschiene des Messegeländes entsteht nun zum zweiten Mal eine neue Messehalle mit höchsten Qualitäts- und Energiestandards und knapp 10.000 qm Brutto-Ausstellungsfläche. Mit dieser Investition wird mittelfristig ermöglicht, die Modernisierung des Messegeländes sukzessive anzugehen und gleichzeitig keine Ausstellungsfläche zu verlieren.

Die Fertigstellung der Halle 3C ist für das Jahr 2018 geplant. Das Investitionsvolumen werde sich nach den aktuellen Planungen einschließlich der notwendigen Infrastruktur und inklusive Steuern auf rund 70 Millionen Euro belaufen, so Fleck. Im Ergebnis entstehe durch den Dreiklang aus dynamischem Veranstaltungswachstum, klarer Internationalisierungsstrategie und erhöhten Investitionen ins Messezentrum Nürnberg die Erfolgsbasis, um auch als Messengesellschaft in Zukunft erfolgreich zu sein.

Fleck weiter: „Regionalität und Internationalität gehen für uns Hand in Hand. Beides braucht es, um einerseits eine Heimat zu haben und verwurzelt zu sein – andererseits aber auch den Kopf frei zu haben, um im internationalen Geschäft zu bestehen. Bestes Beispiel hierfür sind unsere internationalen Fachmessen im Messezentrum Nürnberg mit einem Anteil internationaler Aussteller von 56 Prozent und von 41 Prozent bei den internationalen Besuchern.“

### Freiheit der Wirtschaft

Trotz aller unternehmerischen Euphorie war es Fleck ein Anliegen, „auf die sensible Achillesferse der Messecwirtschaft“ hinzuweisen: Seinen Ausführungen zufolge „befinden wir uns gerade an der Stufe zu einer Art epochalen Zeitenwende – nur leider nicht in Richtung „Entspannung“. So werden nach Flecks Einschätzung beispielsweise die schrecklichen Ereignisse von Paris „weitreichende Konsequenzen für uns und die globalen Zusammenhänge der Wirtschaft insgesamt“ haben.

Dieses fragile Gebilde, auf dem die gesamte Gesellschaft basiert – „nämlich unser Wertekanon, letztlich Dreh- und Angelpunkt der persönlichen und unternehmerischen Freiheit“ – gelte es zu bewahren, ja zu verteidigen“, unterstrich der CEO. Nur, wenn die Freiheit der Wirtschaft uneingeschränkt gelte, werde auch das Potenzial von Messen, um erfolgreich zu sein, nicht reduziert.

### Hohe Messlatte für 2016

In seinem Ausblick auf das Geschäftsjahr 2016 wies Fleck abschließend darauf hin, „dass nach unserer Prognose das mit Abstand stärkste Messejahr unserer Unternehmensgeschichte vor uns liegt“. Die von Ausstellern und Partnern erhaltenen Rückmeldungen seien bis dato sehr positiv. „Demnach haben wir als Messlatte für die kommenden 12 Monate „250 Millionen Euro plus x“ ausgegeben. Wir haben uns fest vorgenommen, diesen magischen Schwellenwert erstmals zu überschreiten!“ DK



Von links: Sybille Pichl (Gemeinde Eckersdorf), Gerlinde Augustin, SDL Geschäftsführerin, Christine Freier (Schnelldorf), Renate Hans (Lehrberg), Angelika Obermayr (Grafing b. München), Christel Muggenthal (Wörthsee), Barbara Angermaier (Baierbrunn), Monika Zeller (Bolsterlang), Alexandra Sitter-Czarneck (Ammerthal), Cornelia Vogelfänger (Pastetten), Kathrin Zeller, Seminarleitung, Susanne Hoyer (Langenbach). □

## Bürgermeisterinnen-Seminar in der SDL Thierhaupten

Bereits über 17 Mal besuchten Bürgermeisterinnen aus ganz Bayern ein Seminar für Frauen in Politik und Ehrenamt in der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL). „Die Bürgermeisterin – mit Power und Know-how“ lautete der Titel einer Veranstaltung mit dem Schwerpunkt Zeit- und Selbstmanagement.

Die Ziele, die die Teilnehmerinnen erreichen wollen, sind so unterschiedlich wie sie selbst. Mit dem richtigen Know-how arbeitet man zielorientierter, kann sich besser einschätzen und erweitert die Handlungs- und Gestaltungsspielräume zum Wohle der eigenen Gemeinde, so die Geschäftsführerin der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten, Gerlinde Augustin. Mit unserem speziellen Angebot möchten wir Frauen Mut machen, Know-how als auch die Netzwerkbildung anregen.

### Mit Power und Know-how

Mit viel Energie und Engagement gehen die Teilnehmerinnen an die Aufgabenstellung heran, getreu dem Motto „Bürgermeisterin mit Power und Know-how“. In jeder Gemeinde drückt der Schuh woanders oder an vielen Stellen. Daher gilt es, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und sich nicht zu verzetteln. Die Grundregeln der Zeitplanung wurden gemeinsam erarbeitet.

Zum Erfolg sind Disziplin und Vertrauen in die eigenen Potentiale wichtig, aber auch die Fähigkeit zum Delegieren. „Nehmen Sie Abschied vom Multitasking, widmen Sie sich jeweils nur einer

Aufgabe“, empfahl Seminarleiterin Kathrin Zeller.

„Ohne Tagesplanung geht es nicht“, bestätigt eine Bürgermeisterin. „Gerade die Aspekte Erfahrungsaustausch und das Erfahrungswissen von Kolleginnen sind hilfreich, überzeugend und motivierend“, so eine Teilnehmerin. Hilfreich sind Grundregeln der Zeitplanung und eine gute Arbeitsorganisation, aber es gilt auch immer genügend Puffer einbauen.

Doch nicht nur das Zeit-Management steht im Fokus des Seminars. Auch die Frage, wie die eigene Widerstandskraft langfristig erhalten bleibt. In diesem Seminarabschnitt ging es dann auch um das „Eingemachte“, um die Reflexion der eigenen Fähigkeiten, aber auch um die Analyse von schwierigen Lebenssituation und den eigenen Umgang damit. Wichtig, dass sich die Frauen bewusst werden, wer hilfreich war und welche eigenen Fähigkeiten dabei eine Rolle spielen. Diese gilt es langfristig zu erhalten und auszubauen, um die Ressourcen der Frauen selbst zu schonen. Selbstmanagementstrategie sorgt für mehr Professionalität und Klarheit der eigenen Rolle. Das gilt natürlich genauso für alle Kollegen.

Weitere Informationen unter [www.sdl-inform.de](http://www.sdl-inform.de) □



## LRA Donau-Ries fährt elektrisch

Im Dienstfahrzeugpool des Landratsamtes Donau-Ries befinden sich seit kurzem auch zwei Elektrofahrzeuge. Landrat Stefan Rößle (unser Bild) überzeugte sich selbst bei einer Probefahrt vom Alltagswert und der Spritzigkeit der E-Mobile. Von Seiten der Mitarbeiter werden die neuen Dienstfahrzeuge bereits sehr gut angenommen, auch wenn die Reichweite von 150 Kilometern anfangs Bedenken mit sich brachte.

Landkreischef Rößle kann sich durchaus vorstellen, noch weitere Elektrofahrzeuge in den Fuhrpark aufzunehmen: „Gerade für Fahrtstrecken innerhalb des Landkreises stellen diese Fahrzeuge einen Beitrag auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energienutzung dar.“

Für interessierte Bürger werden von Seiten der Energieberatung ab Januar 2016 auch Beratungstermine zur Elektromobilität angeboten. Diese finden in Donauwörth und Nördlingen statt. Alle Termine und weitere Informationen sind auch unter [www.donau-ries.de/energieberatung](http://www.donau-ries.de/energieberatung) zu finden. □

Abschlusspressekonferenz Messe München:

## Mit schwarzen Zahlen in ein spannendes Jahr

Zum sechsten Mal in Folge schreibt die Messe München mit dem erfolgreichen Jahr 2015 schwarze Zahlen. Ein Grund, mit großer Zuversicht in ein ereignisreiches Messejahr 2016 zu gehen, wie auf der Jahrespressekonferenz in München verlautete.

Laut Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München, erwirtschaftete der Konzern Messe München nach den jüngsten Hochrechnungen einen Umsatz von 270 Millionen Euro. Die Messe München GmbH schließt das Jahr 2015 voraussichtlich mit einem Umsatz von 225 Millionen Euro ab. Der Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) beträgt über 70 Millionen Euro. Nach den vorläufigen Hochrechnungen bleibt ein Überschuss von rund zwölf Millionen Euro – und dies trotz eines nach wie vor hohen Kapitaldienstes für den Neubau des Messegeländes von rund 42 Millionen Euro im Jahr. Der Überschuss wird als Zinsen auf das Gesellschafterdarlehen für den Bau des neuen Messegeländes an die beiden Hauptgesellschafter Freistaat Bayern und Landeshauptstadt München überwiesen.

Der Messe München Konzern ist inzwischen wirtschaftlich so stark, dass er im Dezember 2015 für einen zweistelligen Millionenbetrag die größte Messe in Russland, die CTT Moskau kaufen konnte. Dabei handelt es sich um den größten und bedeutendsten Kauf in der Geschichte der Messe München, die damit ihre weltweit führende Stellung im Bereich der Bau- und Bergbaumaschinen weiter ausbaut und in diesem Sektor nunmehr über einen weltweiten Marktanteil von mehr als 50 Prozent verfügt.

Insgesamt hatte die Messe in München im Jahr 2015 bei 217 Veranstaltungen mehr als 1,9 Millionen Besucher (plus 4 Prozent) und rund 33.000 Aussteller (plus 2 Prozent). Darin sind auch alle Events im ICM (86) und MOC (95) sowie die Gastveranstaltungen eingerechnet. Zusammen mit den eigenen Messen in China, Indien, Südafrika und in der Türkei zählte der Konzern rund 2,2 Millionen Besucher und etwa 40.000 Aussteller.

Mit zahlreichen Höhepunkten wartet das Jahr 2016 auf: Vom 24. bis 27. Januar wird die ISPO MUNICH wieder alle Messehallen füllen. Eines der großen Trendthemen dabei ist „Gesundheit, Fitness und Prävention“. Dafür gibt es eine komplette Halle „Health & Fitness“.

Zu den weltweit treibenden Kräften der Wirtschaft gehört seit Jahren die Bau- und Baumaschinenindustrie. Dass die Firmen dieser Branche sich neben ihrem Tagesgeschäft aktiv für die Bekämpfung von Hunger und Armut sowie für Bildung und die Umwelt in der Dritten Welt engagieren, soll durch die neue „baum Charity Alliance“ hervorgehoben werden. Start ist auf der weltgrößten Messe, der bauma 2016, die vom 11. bis 17. April in München auf 605.000 Quadratmetern stattfindet.

Dass die gute Entwicklung der Industrie in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich durch die Globalisierung vorangetrieben wurde, darüber besteht kein Zweifel. In diesem Zusammenhang haben international ausgerichtete Unternehmen sich zunehmend in Entwicklungs- und Schwellenländern engagiert. Zahlreiche Firmen interessieren sich aber nicht nur für reine Gewinnmaximierung und Expansion – sie engagieren sich weltweit intensiv in unterschiedlichsten sozialen Projekten. Messechef Dittrich zufolge „sind geschäftliches und soziales Engagement von Unternehmen kein Gegensatz –

im Gegenteil: Um langfristig erfolgreich zu sein, müssen beide Faktoren Hand in Hand gehen. Viele Aussteller der bauma haben das längst verinnerlicht und handeln dementsprechend.“

Ende Mai füllt die Weltleitmesse für Umweltechnologien IFAT alle 16 Hallen und einen Teil des Freigeländes. Am Vorabend der IFAT werden in einer großen Gala die GreenTec Awards verliehen, Europas größter Umwelt- und Wirtschaftspreis. Gleich nach der IFAT ist im Juni der erste Spatenstich für den Bau von zwei neuen Messehallen und einem Konferenzbereich. Kostenpunkt: 105,8 Millionen Euro. Die Finanzierung trägt die Messe vollständig aus eigener Kraft. Nach zwei Jahren Bauzeit wird das 1998 eröffnete Messegelände vollendet sein und verfügt dann über 18 Hallen mit insgesamt 200.000 Quadratmetern und rund 400.000 Quadratmeter Freifläche. DK

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Internet: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

Bankverbindungen:

Kreis- und Sparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Bezirk Mittelfranken:

## Trauer um Altbezirkstagspräsident Gerd Lohwasser

**Ansbach – Der Bezirk Mittelfranken trauert um Altbezirkstagspräsident Gerd Lohwasser. Der engagierte und über die Parteigrenzen hinweg beliebte Politiker verstarb am 5. Januar im Alter von 74 Jahren. „Mit seinem großen persönlichen Einsatz und seinem ausgleichenden Wesen hat er im Bezirk Mittelfranken in über zwanzig Jahren viele wertvolle Impulse setzen können“, würdigt Bezirkstagspräsident Richard Bartsch den Verstorbenen.**

Von 1982 bis 2003 war Gerd Lohwasser Mitglied im mittelfränkischen Bezirkstag. Ab 1990 stand er als Bezirkstagspräsident an der Spitze des politischen Gremiums und der Bezirksverwaltung. Die sozialen, kulturellen und medizinischen Leistungen und Angebote des Bezirks Mittel-

franken ergänzte. Gerd Lohwasser setzte zudem neue, anerkannte kulturelle Akzente in Mittelfranken. Mit seinem Namen sind der Aufbau des Jüdischen Museums Franken in Fürth und Schnaitach, der Musikhochschule Nürnberg-Augsburg, die Errichtung der „Otto und Hildegard Grau- Kulturstiftung“ sowie die Übernahme und Neuausrichtung der Musikreihe „Fränkischer Sommer“ verbunden. Mit seiner Überzeugungskraft gewann er neue Förderer für das Fränkische Freilandmuseum des Bezirks Mittelfranken in Bad Windsheim, weshalb diese Institution schnell wachsen und europäische Bedeutung gewinnen konnte. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Bezirkstag blieb er der bezirklichen Kulturarbeit verbunden.

Unter Lohwassers Regie wur-



Unser Bild zeigt Gerd Lohwasser (rechts) mit seiner damaligen Stellvertreterin Gretl Schneider sowie dem amtierenden Bezirkstagspräsidenten Richard Bartsch (links) mit dessen Stellvertreterin Christa Naab. Aufgenommen wurde es am 19. November 2015 im Bezirksrathaus in Ansbach anlässlich der Verleihung der Bezirksmedaille an Dr. Inge Richter, Friedrich Hilterhaus und Fritz Körber. □

franken und seiner Einrichtungen konnten in dieser Zeit wesentlich verbessert und ausgebaut werden.

So entwickelte sich die Frankenalb-Klinik Engelthal zu einem

den zudem die ambulanten Beratungsangebote für psychisch Kranke und Suchtkranke flächendeckend ausgebaut und durch den Psychiatrischen Krisendienst

CSU-Mandatsträger im Bundeswahlkreis Fürth:

## Bund, Land und Kommunen – Politik aus einem Guss!

**Neuhof a.d. Zenn (pmw). Dass neben den großen weltpolitischen Themen auch die Politik vor Ort nicht zu kurz kommt, wurde beim Pressegespräch der CSU-Politiker zum Jahreswechsel im Bundeswahlkreis Fürth deutlich: Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik arbeiten erfolgreich zusammen, um die Region weiter voranzubringen.**

Bundesminister Christian Schmidt, Landtagsabgeordneter Hans Herold und Landrat Helmut Weiß sahen ihre Aufgaben auch in 2016 im weiteren Ausbau der Infrastruktur vor allem bei den Verkehrswegen und der Breitbandversorgung, wie auch in den Bereichen von Schule und Bildung und der medizinischen Versorgung besonders auf dem Land.

Alle drei Politiker waren sich darin einig, dass die Herausforderungen in 2016 nicht kleiner werden, zeigten sich aber gleichwohl zukunftsoptimistisch. Was Europa betrifft, „ist mein Optimismus aber noch ausbaufähig“, meinte Christian Schmidt mit Blick auf den Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern. Auch die Weltgemeinschaft habe zur Bekämpfung von Hunger und Armut noch viel zu tun, denn „die Sicherung der Ernährung trägt maßgeblich zur Sicherung des Friedens und der Stabilität in der Welt bei“. Optimistisch stimmten die Entwicklungen bei der Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrors und der Bewältigung des Klimawandels.

Nachdem auch im neuen Jahr mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zu rechnen sei, werde das Thema wohl „ganz oben auf der Tagesordnung bleiben“. Schmidt, Herold und Weiß erklärten übereinstimmend, dass Asylbewerber einen Anspruch auf menschenwürdige Betreuung hätten und für

diejenigen mit Bleiberecht auch für entsprechende Unterbringung gesorgt werden müsse. Dabei müsse aber darauf geachtet werden, keine „Parallelgesellschaften“ entstehen zu lassen. Man spüre, dass so manche freiwillige Helfer so langsam an ihre Grenzen stoßen, berichtete Landrat Helmut Weiß. Etwa 1.400 Flüchtlinge würden sich derzeit im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim aufhalten, davon rund 250 in sog. Notunterkünften. Er hoffe, dass es dabei bleiben könne, keine Sporthallen belegen zu müssen.

„Bayern nimmt auch seine kommunalen Aufgaben deutlich besser wahr, als manch andere Länder in Deutschland“, konstatierte Schmidt. Auch der Bund werde seinen diesbezüglichen Verpflichtungen nachkommen und in diesem Zusammenhang bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans „in enger Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen einiges auf den Weg bringen“. Beispielhaft nannte er die geplante Entlastung der Stadt Stein durch Maßnahmen an der B 14 oder die Ortsumgehung von Lenkersheim bei Bad Windsheim, die er möglichst zeitnah umgesetzt sehen möchte.

Stolz zeigte sich Hans Herold über den bayerischen Landeshaushalt, zum elften Mal ohne Neuverschuldung, „trotz der Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicherheit durch internationalen Ter-

Mittelfranken ergänzt. Gerd Lohwasser setzte zudem neue, anerkannte kulturelle Akzente in Mittelfranken. Mit seinem Namen sind der Aufbau des Jüdischen Museums Franken in Fürth und Schnaitach, der Musikhochschule Nürnberg-Augsburg, die Errichtung der „Otto und Hildegard Grau- Kulturstiftung“ sowie die Übernahme und Neuausrichtung der Musikreihe „Fränkischer Sommer“ verbunden. Mit seiner Überzeugungskraft gewann er neue Förderer für das Fränkische Freilandmuseum des Bezirks Mittelfranken in Bad Windsheim, weshalb diese Institution schnell wachsen und europäische Bedeutung gewinnen konnte. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Bezirkstag blieb er der bezirklichen Kulturarbeit verbunden.

Maßstäbe gesetzt

Als überzeugter Pädagoge kümmerte er sich intensiv um die Bildungseinrichtungen des Bezirks Mittelfranken. Das Bildungsangebot für Menschen mit Behinderung wurde kontinuierlich ausgebaut und die Berufsausbildung für junge Menschen mit Behinderung in den bezirklichen Ausbildungseinrichtungen in Nürnberg und Ansbach erweitert.

Die Gründung der Mittelfrankenstiftung „Natur-Kultur-Struktur“ mit den FÜW-Aktien als Stammkapital im Jahr 1994 konnte Gerd Lohwasser ebenso als Erfolg verbuchen wie den späteren Verkauf der Aktien und deren Umwandlung in Geldanlagen, mit denen sich die Stiftung heute finanziert.

Lohwassers großes Interesse galt auch der Völkerverständigung, die für ihn auch und besonders eine kommunale Aufgabe war. So initiierte er viele Beziehungen zu den mittelfränkischen Partnerregionen, der Region Limousin in Frankreich und der Woiwodschaft Pommern in Polen.

„Mit Gerd Lohwasser verlieren wir einen leidenschaftlichen, zielstrebigem und zugleich ausgleichenden Kommunalpolitiker, der mit seinem nachdrücklichen Wirken für den Bezirk Mittelfranken Maßstäbe gesetzt hat, von denen wir heute noch profitieren. Seine humorvolle Art und Weise, seine menschliche Größe und seine Verbundenheit mit unserem Bezirk werden fehlen. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren“, hob Bezirkstagspräsident Richard Bartsch hervor. □

ror und zur Versorgung der Flüchtlinge“. Außerdem zahle Bayern mit 5,5 Mrd. Euro mehr als die Hälfte in den Länder-Finanzausgleich ein und könne trotzdem noch 550 Mio. tilgen. „Zudem haben wir in 2016 den höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten“. In „seinem“ Stimmkreis, welcher den Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim und große Teile des Landkreises Fürth umfasst, gebe es eine insgesamt gute Entwicklung.

Über „enorme Investitionen“ im Landkreis berichtete Landrat Helmut Weiß. In seinem Ausblick sprach er von einer Million mehr im neuen Jahr für Kreisstraßen und die Absicherung von Bahnübergängen. „Viel Geld wurde und wird auch in die Bildung und die medizinische Versorgung sowohl ambulant wie stationär gesteckt“, und auch der ÖPNV soll weiter ausgebaut und ein touristisch und wissenschaftlich untermauertes Forschungsprojekt zum Thema

„Wasser“ angepackt werden. Hoherfreut zeigte sich der Landrat darüber, dass inzwischen alle Gemeinden im Landkreis am Breitbandausbau teilnehmen. □

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Aha, das soll angeblich ein großer Sieg für die Verbraucher sein: Was auf der Verpackung draufsteht, muss auch in dem Produkt drin sein. Eigentlich schlimm, dass so etwas Selbstverständliches vom Europäischen Gerichtshof und vom Bundesgerichtshof eigens festgestellt werden muss.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kommentierte erstaunt einen Artikel, den ich ihm in seine Vorbereitungsmappe für die Grüne Woche gelegt habe.

Darin wird von einem Verfahren vor dem Bundesgerichtshof berichtet, das eine Frage betraf, die wohl auch schon die Europarichter in Luxemburg beschäftigte. Es ging um eine Verpackung für einen Fruchtee, auf der in appetitlichen Farben saftig-rote Himbeeren sowie eine Vanilleblüte prangen und reinen Genuss des Himbeer-Vanille-Tees verhiessen. Dumm nur,

die Schweine, die zu Hackfleisch, 100 Gramm für 30 Cent, verarbeitet wurden, artgerechte Haltung erlebten, der muss schon einen sehr starken Glauben oder die Fähigkeit zur Selbsttäuschung haben. Anderes Beispiel: Ist etwas außer Selbstbetrug im Spiel, wenn man Tofu in Form von Wiener Würstchen zu sich nimmt oder veganes Mett herstellt, indem man Naturreis-

waffeln zerbröseln und mit Hilfe von Zwiebeln, Tomatenmark und jeder Menge Gewürzen zum Fleischersatz hochjazzt. Allenfalls an Halloween sinnvoll und nachvollziehbar.

Interessanterweise befinden wir uns ja derzeit in einer Phase, in der auch in der Politik nicht mehr garantiert das drinsteckt, was außen drauf steht. In der Diskussion um gewaltbereite Migranten kommen von Seiten der SPD Töne, die die älteren unter uns noch mit Fritz Zimmermann oder Alfred Dregger in Verbindung bringen würden. Und aus der CDU macht der Bundesfinanzminister Vorschläge zu Steuererhöhungen, als habe er aus Versehen das Thesenpapier einer antikapitalistischen Zelle vorgelesen. Hier verwischen immer mehr die Konturen und die Positionen der Parteien werden austauschbar. Irgendwie wie veganes Mett oder vegetarisches Schmitzel: Ein bisschen was von allem soll es sein; wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen – nur nicht durch klare Unterschiede unterscheidbar sein. So herausfordernd die Lage derzeit ist, müssen die demokratischen Parteien sehr aufpassen, dass die Bürger nicht einmal von ihnen den Eindruck bekommen, sie seien zu Himbeertee ohne Himbeeren geworden.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ein Mann der klaren Worte und entschiedenen Handlungen. Er bleibt sich treu beim Essen und verzehrt Fleisch als Fleisch, Fisch als Fisch und Gemüse als Gemüse. Er hält aber auch politisch Kurs, was in den Zeiten, die wir jetzt haben, beileibe nicht immer einfach ist. Als treuer Fan und loyale Mitarbeiterin stärke ich ihm in einem Tweet den Rücken. Diesmal wird es biblisch mit Matthäus 5,37: „Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.“

the  
Sabrina

## Ein Mann bleibt sich treu

dass in den Teebeuteln wohl alles Mögliche drin war, nur keine Spur von Himbeere oder Vanille.

Jetzt wird der mündige Verbraucher wohl ahnen, dass in solchen Teebeuteln deutlich mehr Farb-, Aroma- und Konservierungsstoffe drin sind als Früchte oder Gewürze. Er wird es in Kauf nehmen, denn schließlich ist es zum Beispiel auch kein Geheimnis, dass auf der Welt weit mehr Erdbeerejoghurt gegessen wird, als pro Saison an Erdbeeren wachsen kann und damit ein Mischungsverhältnis von einem Teil Frucht zu x-mal so viel Chemie unausweichlich ist. Trotzdem greift man zum Fruchtjoghurt, anstatt sich die Mühe zu machen und Früchte kleinzuschneiden, unter Naturjoghurt zu mischen und das Ganze cremig zu rühren (Arbeitsaufwand unter fünf Minuten). Aber natürlich möchte man dennoch bitteschön in seinem Jogurtbecher wenigstens ein mit der Zunge wahrnehmbares Stück zermatscheter Erdbeere spüren, um sich die Illusion einer Obstmahlzeit nicht zu zerstören.

Gut, sicherlich stimmt es auch, dass der Mensch betrogen werden will, ja sich sogar gerne selbst betrügt, wenn es ums Essen geht. Wer glaubt, dass man, wenn man zehn gekochte und gefärbte Eier für 1,50 Euro kauft, die Produkte glücklicher Scharrhühner in Händen hält oder

Lokale Aktionsgruppe Main4Eck:

## Erste Projekte in neuer LEADER-Förderperiode

**Erfolgversprechende Ideen zur zukunfts-fähigen und nachhaltigen Entwicklung der Heimat hat der Steuerkreis der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Main4Eck unter Vorsitz von Landrat Jens Marco Scherf in seiner Sitzung im Landratsamt Miltenberg auf den Weg gebracht. Weitere Vorhaben befinden sich in der Entwicklung.**

Der Erfolg des LEADER-Programms liegt vor allem in seiner bürgernahen Konzeption, die auf die Akteure vor Ort setzt und ihnen viel kreativen Spielraum für ihr Engagement bietet. Ein spannendes Projekt verspricht die Naturerlebnis-Station in Eschau zu werden, die vom Landschaftspflegehof Elsavatal getragen wird. Dort soll ein Umweltbildungsprojekt initiiert werden; geplant sind u. a. die Präsentation eines Schaubienenvolks und verschiedener Ausstellungstücke in einem Pavillon sowie das Anbringen von Lehartafeln. Die Projektpartner Naturpark Spessart, Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Schullandheim Hobbach und Jagdgenossenschaft Eschau unterstützen das Projekt.

Vom Förderverein Rotary Obernburg getragen wird das geplante Projekt „WasserWeg“ am Amorbach in Mömlingen. Vorgehen sind interaktive Tafeln, ein Trägersystem der Elemente, Öffentlichkeitsarbeit und ein Hinweisschild auf andere Beteiligte der Aktion „Grünes Klassenzimmer“. Die Umsetzung der Maßnahme soll Anfang dieses Jahres beginnen und im Sommer beendet sein.

Mittels eines Projekts soll auch

chäoparks touristisch aufzuwerten. Infotafeln, ein Besucherzentrum sowie die Installation eines Besucherleitsystems sind dafür notwendig. Erstmals will auch der Landkreis Miltenberg als Träger eines Projekts auftreten, indem er ein Radverkehrskonzept für den gesamten Landkreis in Auftrag geben will. Dabei soll das gesamte Radwegenetz in Augenschein genommen werden.

Als umsetzenswert erachtete der Steuerkreis auch die Realisierung des Projekts „Fairtrade-Landkreis Miltenberg“. In dieser deutschlandweiten Kampagne fördern Städte und Landkreise gezielt den fairen Handel. Auf Anregung des Gremiums soll dies mit dem Zusatz ergänzt werden, dass auch das Bewusstsein für die regionale Wertschöpfungskette geschärft werden soll. Vorbild der Kampagne ist Mömlingen, das als erste Kommune im Landkreis mit dem Fairtrade-Siegel ausgezeichnet wurde.

In Vorbereitung sind auch die Etablierung des Fahrradmuseums Heimbuchenthal und das Projekt ChurNatur, mit dem junge Menschen Ideen für Natur- und Landschaftsschutz entwickeln. Hierfür soll ein pädagogisches Konzept entwickelt werden. Das Projekt wendet sich an Kinder im Alter von acht bis 15 Jahren, die auf diese Weise ihr Naturwissen verbessern können.

DK

# Martin Seitz ist „Bürgermeister des Jahres“

Gerolsbacher Rathauschef erhält Auszeichnung von der LKC-Gruppe

Martin Seitz (CSU), 1. Bürgermeister der Gemeinde Gerolsbach im Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm, ist zum „Bürgermeister des Jahres“ gekürt worden. Die Auszeichnung wurde ihm im Gerolsbacher Rathaus überreicht. Ausgelobt wird der jährliche, landesweite Preis für besondere kommunalpolitische Verdienste von der LKC Rechtsanwalts-Gesellschaft aus München-Bogenhausen. Die Kanzlei ist Mitglied der LKC-Gruppe, eine der führenden Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in Bayern.

Ausgezeichnet wird Bürgermeister Seitz für besonders ökologisches und wirtschaftliches Handeln sowie für Bürgerfreundlichkeit bei der Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere für die erfolgreiche Durchführung des Windkraftanlagen-Projekts „Windpark Gerolsbach“. Finanziert wird das Projekt mit einem Investitionsvolumen von etwa 14 Millionen Euro durch

einen bis dahin einmaligen Zusammenschluss aus der Bürgerenergiegenossenschaft, dem Landkreis Pfaffenhofen, der Bayernwerk Natur GmbH und der Gemeinde Gerolsbach. Die drei Windräder wurden Anfang Dezember in Betrieb genommen.

### Ökonomie, Ökologie und Soziales im Einklang

In ihrer Begründung lobte die

Fachjury vor allem „die Fähigkeit des ehrenamtlichen Bürgermeisters Ökonomie, Ökologie und Soziales in Einklang zu bringen.“ Dabei sei es Bürgermeister Seitz trotz gesetzlicher Änderungen und einer allgemeinen Eintrübung der Energiewende gelungen, sowohl den Gemeinderat als auch Bürger und Nachbargemeinden für das Projekt zu gewinnen. Neben dem Bürgermeister wurden auch die Gemeinderatsmitglieder und die Mitarbeiter der Verwaltung geehrt, ohne deren Unterstützung die Maßnahmen nicht erfolgreich gewesen wären.

### Verantwortung gegenüber kommenden Generationen

Übergeben wurde der Preis von Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig, M.B.A., Geschäftsführer der LKC Rechtsanwalts-Gesellschaft und Altbürgermeister der Gemeinde Pullach im Isartal. In seiner Laudatio hob Detig besonders die Verantwortung gegenüber kommenden Generationen hervor, die bei der Planung und Umsetzung dieses Projekts „durch großes Engagement und Kreativität der beteiligten Personen eine besondere

Wertschätzung erfahren hat.“ „Wir freuen uns sehr über die Auszeichnung“, betonte Martin Seitz bei der Preisverleihung. „Der Preis ist eine Bestätigung der geleisteten Arbeit und zugleich ein großer Ansporn, die Energiewende weiterhin gemeinsam mit den



Martin Seitz (l.), nahm die Auszeichnung von Stefan Detig, Partner bei der LKC-Gruppe, entgegen. Foto: Benedikt Natzer

Bürgern, dem Gemeinderat und den sehr engagierten Verwaltungsmitarbeitern zu gestalten.“

Bereits seit 2008 erarbeite die Gemeinde Konzepte für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien und sei an deren Umsetzung beteiligt. Dabei habe vor allem eine umfassende öffentliche Informationspoli-

# Fragen stellen, Erfahrungen austauschen

Landratsamt Schweinfurt und Diakonie luden Ehrenamtliche zum Fachtag rund um das Thema Asyl ein

„Ohne Ehrenamtliche geht es nicht!“ So lautete die Überschrift eines Fachtags, zu dem das Landratsamt Schweinfurt und Diakonie die freiwilligen Helfer aus den Landkreismunicipalitäten eingeladen hatten, um deren Fragen und Impulse zum Thema Unterbringung und Integration von Asylbewerbern aufzugreifen.

Landrat Florian Töpfer und Diakonie-Chef Jochen Keßler-Rosa konnten sich über volle Reihen im großen Sitzungssaal des Landratsamts freuen. In seinem Grußwort unterstrich der Landrat das beachtliche und nachhaltige Engagement unzähliger Landkreismunicipalitäten für die Flüchtlinge, in den Notunterkünften, den Gemeinschafts- oder dezentralen

Unterbringungen. „Wir wissen um Ihren Einsatz und wir wissen ihn zu schätzen“, hob der Landrat auch im Namen der Mitarbeiter des Sozialamts hervor. Ausdrücklich betonte Töpfer, dass man das Ehrenamt nicht überfordern dürfe und deshalb nach Kräften bemüht sei, die engagierten Helfer zu unterstützen, so auch durch die Freiwilligenagentur GemeinSinn. Die Kooperation mit der Diakonie im Rahmen der Asylsozialarbeit lobte der Landrat als beispielhaft.

Als Gastreferent fungierte der Leiter der Flüchtlingsberatung des Diakonischen Werks Augsburg Matthias Schopf-Emrich, der aus seinem reichen Erfahrungsschatz viele Fragen der Ehrenamtlichen aus dem Landkreis kompetent und mit beachtlichem Hintergrundwissen beantworten konnte. Nach seinem Vortrag wurden einzelne Themen in Arbeitskreisen vertieft, in denen auch ein reger Austausch unter den Helferkreisen verschiedener Gemeinden zustande kam.

### Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3, die am 27. Januar 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Kommunale Baupolitik
- Dorferneuerung · Stadtrenovierung
- Gestaltung öffentlicher Räume, Stadtmobiliar
- Kommunale und private Freizeitanlagen
- Fremdenverkehr in Bayern
- Wasser · Abwasser · Gewässerschutz

## LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

### Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Inserieren bringt Erfolg!  
www.gemeindezeitung.de

### Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

### Bau

ERLUS AG  
Hauptstraße 106  
D-84088 Neufahrn/NB  
T 08773 18-0  
F 08773 18-113  
www.erlus.com

### Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:  
www.twitter.com/gz\_aktuell  
www.facebook.com/GZaktuell

### Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH  
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten,  
Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsamm-  
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal  
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10  
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

### Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der  
BAYERISCHE  
Gemeindezeitung  
www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
  - ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
    - 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder
    - 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)
- Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

### Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner  
für die Gebäudereinigung  
seit 1910  
Prior & Peußner  
Gebäudedienstleistungen  
Für Sie vor Ort:  
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg  
www.pp-service.com

### Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500  
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung  
www.laumer.de · info@laumer.de

### Kindergarteneinrichtungen

eibe  
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen  
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199  
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

### Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM GmbH  
Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm  
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0  
info@ltm-ulm.de  
www.ltm-ulm.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL  
Telefon 081 71.9307-13  
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.  
Henne-Unimog GmbH  
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de  
Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de  
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com  
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de  
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de  
KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

### Multifunktionale Wärmerückgewinnung

### Für Ihre Lüftungsanlagen: Multifunktionale Wärme- / Kälterückgewinnungstechnik

Die multifunktionale Rückgewinnungstechnik von SEW® reduziert die Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen und in Folge:

- ⇒ kleinere Heizkessel
- ⇒ kleinere Kältemaschine
- ⇒ Wegfall von Rückkühlwerken

Damit bezahlt sich die SEW®-Energie-einsparungstechnik bereits von selbst und Energie wird auf Jahrzehnte eingespart!

Fordern Sie unsere kostenlose Werksberatung an oder besichtigen Sie eine Musteranlage in Ihrer Nähe: Tel.: 02152/91560

SEW® GmbH  
47906 Kempen  
info@sew-kempen.de  
www.sew-kempen.de



### Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218  
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

### Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe  
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen  
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199  
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

### Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER  
Wartehallen  
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG